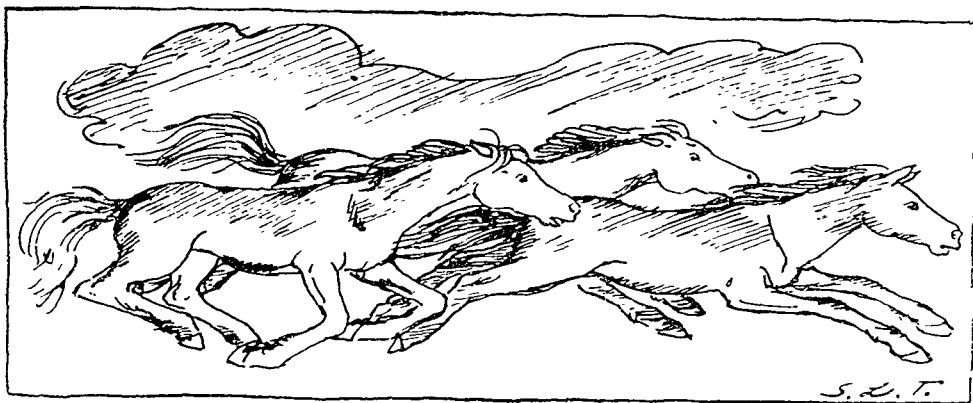




11. Januar 1926

RUDOLF WISELL · DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNOT

WIR stecken in einer Wirtschaftskrise, deren Ausmaß vor einem halben Jahr wohl kaum jemand geahnt hat. Die Anzahl der Arbeitslosen steigt von Tag zu Tag, sie hat jetzt sicher 1 Million weit überschritten. Am 1. Juli 1925 gab es, nach amtlicher Angabe, in Deutschland 195 099 Arbeitslose, am 1. August 197 248, am 1. September 230 727, am 1. Oktober 265 566, am 1. November 363 961, am 1. Dezember 669 130. Seitdem hat die Arbeitslosigkeit trotz der Besserung, die am Jahresschluß der Weihnachtsmarkt im allgemeinen stets zu bringen pflegt, wesentlich zugenommen. Größer noch als die Anzahl der unterstützten Arbeitslosen ist die der verkürzt Arbeitenden. Kaum eine Industrie gibt es, die nicht von der Krise betroffen worden wäre. Die Anzahl der Konkurse und der Fälle, in denen unter Geschäftsaufsicht gestellt wurde, ist ebenfalls ganz rapid gestiegen. Von der Mitte des verflossenen Jahres an sieht das Bild so aus: Im Juni gerieten 766 Firmen in Konkurs. 328 wurden unter Geschäftsaufsicht gestellt, im Juli waren die entsprechenden Zahlen 797 und 375, im August 751 und 379, im September 914 und 459, im Oktober 1104 und 633. Aus allen diesen Zahlen ergibt sich ein Anwachsen der offenen und verborgenen Not in Deutschland.

Was ist die Ursache dieser Krise? In einem Wort zusammengefaßt: die verfehlte Wirtschaftspolitik, die Deutschland in den letzten Jahren getrieben hatte; oder, anders ausgedrückt: das Fehlen einer wirklichen, planvollen deutschen Wirtschaft.

In den Jahren, da Deutschland vom Weltmarkt abgeschlossen war, hat die deutsche Wirtschaft in einer großen Reihe ihrer industriellen Anlagen Erweiterungen vorgenommen, die über die heutige Absatzmöglichkeit weit hinausgingen. In den anderen Ländern, die in jener Zeit inmitten des Weltverkehrs standen, hat man das Prinzip der internationalen Arbeitsteilung besser berücksichtigt als bei uns. Ein Betrieb, der zu 100 % seiner Produktionskapazität ausgenutzt werden kann, macht glänzende Gewinne, ein Betrieb, der sie zu 90 oder 80 % ausnutzen kann, vermag noch gute Gewinne zu erzielen, aber mit der Verminderung der Ausnutzung sinken die Gewinnmöglichkeiten immer mehr, und heute ist der Gewinn der deutschen Industrie im

allgemeinen durch die Vergrößerung des Produktionsapparats erheblich beeinträchtigt. Inzwischen hat man eingesehen, daß die rein technische Verbesserung des Produktionsapparates nicht ausreicht die Warenerzeugung so zu verbilligen, daß sie die Konkurrenz des Auslands nicht nur zu ertragen sondern zu überwinden vermag. Was nützt es, daß in 100 Betrieben eine Maschine neu aufgestellt wird, wenn sie jeweils nur ein paar Wochen oder einige Monate volle Beschäftigung findet? Das in ihr festgelegte Kapital ist der übrigen Wirtschaft entzogen, während vielleicht ein Viertel der Anzahl der Maschinen oder weniger den vorhandenen Bedarf vollständig zu decken vermöchte, wenn die gleichartigen Betriebe näher zusammenrückten. Nun fängt ja die deutsche Wirtschaft an zu begreifen, daß nur ein engerer Zusammenschluß auf horizontaler Grundlage die Billigkeit der Produktion verbürgt, die für das Bestehen auf dem Weltmarkt erforderlich ist. Aber diese Einsicht ist doch noch nicht allgemein geworden. Zwar sieht es jeder ein, daß 2 leistungsfähige Fabriken die Absatzmöglichkeit ausschöpfen können statt der vorhandenen 20 oder 30, und jeder Unternehmer ist auch für seine Person bereit die Schlußfolgerung daraus, nämlich Zusammenschluß der Fabriken, zu ziehen. Aber doch nur, wenn *seine* Fabrik bestehen bleiben soll. Menschlich ist es ja verständlich, daß ein Unternehmer, der mit seinem Betrieb groß geworden ist, schwer in eine Stillegung willigt, aber was nützen rein menschliche Erwägungen angesichts wirtschaftlicher Notwendigkeiten? Die Lage Deutschlands ist auch um deswillen so schlimm, weil die Kaufkraft im eigenen Land so überaus gering ist. Das Ausfallen der großen Schar der Sparer und Rentner infolge der ungeheuren Vernichtung ihres Kapitals durch die Inflation hat breite, früher kauffähige Schichten kaufunfähig werden lassen. Und die große Anzahl der Arbeitslosen und verkürzt Arbeitenden wirkt naturgemäß auch im Sinn der Verkauferschwerung.

In großen Zügen sieht man zwar die von uns zu lösenden Probleme, hat sie aber durchaus noch nicht gelöst. Das ergibt sich aus den jetzt so häufigen Klagen, daß der Staat seine Steueransprüche übersteigere, daß er Jahr für Jahr der Wirtschaft mehrere Milliarden entzogen habe. Es sei ganz dahingestellt, ob dies in dem behaupteten Umfang der Fall ist. Ich wende mich nur dagegen, daß mit geringerer Steuerbelastung der Wirtschaft dauernd geholfen werden könnte. Das ist gewiß nicht der Fall, mag auch der einzelne Betrieb bei geringeren Steuern leistungsfähiger sein. Man kann zu einem Problem so oder so stehen, aber man kann nur dann überhaupt zu ihm stehen, wenn man es nicht nur in seinen großen Umrissen sondern bis in die letzten Einzelheiten erkannt hat.

Ich sprach oben davon, daß die technisch beste Maschine nichts nützt, wenn sie stillstehen muß, weil durch die organisatorische Rückständigkeit der Wirtschaft 100 Fabriken die selbe Maschine haben, und keine sie genügend auszunutzen vermag. Ford hat in den letzten Jahren zur Herstellung der für seine Automobile erforderlichen Kegelräder 380 Kegelradhobelmaschinen neu aufgestellt; sie laufen am Tag in 3 Schichten. Mit Fords Kapital und technischer Mitarbeit ist heute eine Schnellhobelmaschine konstruiert worden, deren Schneidestahl so rasch arbeitet, daß man ihm mit den Augen nicht folgen kann; wie ein elektrischer Funke fährt er hin und her, man sieht nur das Sprühen der Spähne beim Einschneiden der Zähne. Diese Maschine leistet beinahe das Fünffache der Arbeit der alten Maschinen.

In den letzten 3 Monaten wurden 80 dieser neuen Maschinen aufgestellt, die alten, sämtlich noch gebrauchsfähigen stillgelegt. Die Ersparnis an Löhnen für das Maschinenpersonal, die dadurch erzielt wurde, ist so groß, daß die Maschinen in 1 Jahr abgeschrieben werden können, und durch das hemmungslose Stillsetzen der 380 alten Maschinen wurde eine solche Verbilligung in der Erzeugung der Räder erreicht, daß ihre Kosten nur durch die Materialpreise und die billige Maschinenarbeit bestimmt werden. Der Lohnanteil, der auf das einzelne fertiggestellte Stück entfällt, ist so gering, daß er praktisch kaum ins Gewicht fällt. Nach dieser Methode wird in Amerika grundsätzlich bei jedem einzelnen Stück gearbeitet. Wer da nicht mitmacht, kommt unter die Räder. Bis vor 4, 5 Jahren war eine der bekanntesten Automobilfabriken in Amerika Winton in Cleveland /Ohio/; sie stellte einen vorzüglichen Sechszylinderwagen her. Aber der Inhaber versteifte sich in echt amerikanischer Hartköpfigkeit darauf jedes einzelne Stück des Automobils selbst herzustellen. Ergebnis: Die Fabrik steht zum Verkauf. Die 8 größten amerikanischen Automobilfabriken haben sich zur General Motor Company zusammengeschlossen. Ihr Ziel ist größtmögliche Serienherstellung der von jeder Fabrik gebrauchten typisierten Teile. Die Motore, die Hinterachsen mit dem Getriebe: alles ist normalisiert und wird gemeinsam von solchen Fabriken bezogen, die nur dieses und dieses so billig herstellen wie es die einzelne Fabrik trotz ihrem riesenhaften Bedarf nicht herstellen könnte. Die Werkzeugmaschinenfabriken haben sich spezialisiert. Es kommt nicht vor, daß eine Fabrik in x Ausführungen und Größen alles Mögliche produziert. Beinahe alles ist Maschinenarbeit. Fast nur das Zusammenbauen erfordert noch Handarbeit. Bei dieser Produktionsweise spielt der Arbeitslohn kaum noch eine Rolle. Dadurch wird die Tatsache erklärt, daß die Vereinigten Staaten 4-, 5mal so hohe Löhne zahlen können wie Deutschland und doch noch imstande sind auf dem Weltmarkt wegen ihrer niedrigen Preise zu konkurrieren.

Gegen eine solche Konkurrenz meint Deutschland sich halten zu können, wenn der Stundenlohn um einige Pfennige niedriger gestellt wird. Angenommen, in Amerika werde mehr gearbeitet, 50 oder 100 % mehr als in Deutschland. Dann wäre doch die Ware nur mit einem Drittel oder selbst der Hälfte des Lohnanteils belastet. Aber das spielt gegenüber dem technisch-organisatorischen Vorsprung Amerikas auch nicht die geringste Rolle. Bei seiner tausendfältig zersplitterten Industrie muß Deutschland konkurrenzunfähig bleiben, wenn es nicht in seiner Wirtschaft endlich Ordnung schafft, wenn es sich nicht, an Stelle dieser Zersplitterung, so zusammenschließt und spezialisiert, daß es alle Spezialarbeiten in großen Serien produzieren kann. Das bedeutet freilich, daß viele rückständige Fabriken verschwinden müssen, daß man sich den Allgemeininteressen unterordnet, den Privatvorteil zugunsten der Gesamtheit aufgibt, es bedeutet eine in ihrem Verlauf einheitlich beherrschte und geregelte Wirtschaft. Nur in solcher Serienarbeit und auf den Gebieten, auf denen auch durch die denkbar besten technischen Vorrichtungen die Handarbeit nicht auszuschließen ist, wird Deutschland auf dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig sein. Ich denke da an die Herstellung von Turbinen für Schiffe und Kraftwerke und an Spezialarbeiten, bei denen es auf die Handfertigkeit und die menschliche Arbeitskraft noch besonders ankommt.

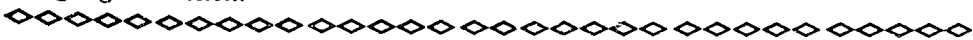
Alles gipfelt in der Frage, wie Deutschland den Umbau seiner Wirtschaft vollziehen soll, um für die Dauer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Es gehört dazu freilich viel Kapital, ausländisches Kapital. Solches ist im Lauf dieses Jahres in erheblichem Umfang nach Deutschland geflossen. Nur dieses fremde Kapital erklärt den erheblichen Einfuhrüberschuß, der bis Ende Oktober 1925 schon über 3,5 Milliarden Goldmark betrug. Sehr viel dieses Kapitals hat die deutsche Wirtschaft aufgenommen. Aber viel dieses Kapitals ist auch für Zwecke verwandt worden, die mit Produktion absolut nichts zu tun haben. So haben die vielen Auslandsanleihen für deutsche Kommunen durchaus nicht immer wirklich produktiven Zwecken gedient. Mir scheint es nicht so notwendig Stadien oder selbst Elektrizitätswerke zu bauen oder Straßendurchbrüche vorzunehmen, so wünschenswert das im allgemeinen auch sein mag, solange fühlbarere Bedürfnisse nicht befriedigt werden können. Auch in der Wirtschaft selbst ist das Kapital kaum immer so angewandt worden wie es das Interesse der Allgemeinheit erfordert hätte. Der Umbau der deutschen Wirtschaft vollzieht sich, wie ich fürchte, auch diesmal leider nicht so wie er sich vollziehen müßte: nach den Voraussetzungen eines bewußten Plans, der zwar den Tendenzen der freien Wirtschaft nicht entgegenwirkt, aber das Tempo, die Formen und Begleiterscheinungen des Umbaus den sozialen Bedingungen des proletarischen Daseins anpaßt. Wo ist ein solcher Plan? Hat ihn die Regierung, hat ihn die Wirtschaft, haben ihn die Parteien, die Arbeiterorganisationen? Freilich haben die Banken in Deutschland für ihre Kreditgewährung schon einen Plan: Sie geben nur Kredite, wenn es ihre Interessen geboten erscheinen lassen. Ein von den Rücksichten auf die Gemeinschaft des Volkes getragener Plan aber fehlt vollständig.

Im vorstehenden habe ich mich ausschließlich mit der Industrie beschäftigt und die Landwirtschaft nicht erwähnt. Aber auch hier gibt es Probleme zu lösen, an die man frei von parteipolitischer Gebundenheit herangehen muß, sollen sie so gelöst werden wie es das Interesse des ganzen Volks erfordert. Kein Zweifel, daß auch die Landwirtschaft in einer schweren Krise steht. Auch ihr fehlt es an Betriebskapital, so daß sie Produktionsmöglichkeiten nicht ausschöpfen kann, die an sich gegeben sind. Vor einigen Monaten schien es, als ob der Großgrundbesitz unter dem Eindruck der sinkenden Preise seiner Erzeugnisse einer gewissen staatlichen Regelung des Absatzes nicht abgeneigt sei. Er hoffte durch solche staatliche Regelung, in deren Mittelpunkt die in ihren Resten noch vorhandene Reichsgetreidestelle stehen sollte, höhere Preise erzielen zu können als er sie auf dem freien Markt erhielt. Diese Preise lagen in der Tat nicht unerheblich unter dem Weltmarktpreis. Mit dem Steigen der Inlandspreise, wie es in den letzten Wochen eintrat, scheint aber die Neigung für eine staatliche Regelung der Getreidewirtschaft wieder geschwunden. Voraussetzung für eine solche Regelung wäre natürlich gewesen, daß auch in Zeiten steigender Getreidepreise durch staatlichen Einfluß eine gewisse einheitliche Linie der Preisgestaltung eingehalten würde. Eine solche einheitliche Linie hätte im Herbst dieses Jahres gewiß über den Inlandspreisen liegen müssen. Das hätte jedoch die Lebenshaltung des Volkes nicht erschwert. Die Brotpreise haben sich *nicht* auf den niedrigen Stand des Getreides eingestellt, sie lassen sich vielmehr nur bei einem viel höhern Getreidepreis rechtfertigen. Eine Verteuerung der Lebenshaltung der Bevölkerung wäre also dabei gewiß nicht zu befürchten gewesen. Aber die

Scheu vor einer solchen Regelung wird es wahrscheinlich mit sich bringen, daß in der Zukunft das Brot noch teurer werden wird. Eine Reihe von landwirtschaftlichen Unternehmern hat sich in dem jetzt abgelaufenen Jahr wirklich bemüht zu einer intensiven Wirtschaft überzugehen. In der Hoffnung im Herbst durch höhere Getreidepreise die für die Intensivierung der Landwirtschaft verausgabten Mittel wieder hereinzubringen haben sie Wechselschulden auf sich genommen, die sie bei den niedrigen Getreidepreisen nicht decken konnten. Entsprechend dem alten Sprichwort, daß ein gebranntes Kind das Feuer scheue, werden diese fortschrittlichen Elemente unter den Landwirten im nächsten Jahr die gleichen Erfahrungen nicht noch einmal machen wollen. Bei mehr extensiver Wirtschaft aber wird weniger geerntet werden, und bei geringerer Ernte werden höhere Preise die notwendige Folge sein. Jetzt schon klagen die Fabrikanten künstlicher Düngemittel über erheblich erschwerten Absatz. Die Landwirtschaft hat das Geld nicht, um diese Düngemittel zu kaufen. Die geringere Ernte bedeutet aber weiter vermehrte Einfuhr der für die Ernährung des Volkes notwendigen Lebensmittel. Also sind weitere Gefahren für die Passivität der Handelsbilanz gegeben. Dabei wäre es theoretisch möglich den Lebensbedarf des deutschen Volkes im wesentlichen auf eigenem Boden zu erzeugen. Wenn wir nur 1½ Milliarden Mark für die Einfuhr von Lebensmitteln sparen könnten, indem wir die Erzeugung im eigenen Land steigern, wüchse uns im buchstäblichen Sinn des Worts dieser Betrag im eigenen Land zu. Dadurch wäre in der Landwirtschaft eine starke Käuferschicht gewonnen, die sich in einer Belebung des innern Absatzes, in einer Belebung von Handel und Industrie auswirkte. Und damit wären wiederum erhöhte Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Land gegeben.

Der Landwirtschaft muß also geholfen werden. Ihre Versuche sich aus eigener Kraft die Kreditmittel zu beschaffen, deren sie bedarf, sind fehlgeschlagen. Die durch die Rentenbankankleihen ermöglichten langfristigen Kredite stellen nur einen minimalen Betrag im Gesamtkreditbedarf der Landwirtschaft dar. Der Versuch durch Aushändigung von Goldpfandbriefen der Landwirtschaft Hypothekarkredit zu beschaffen hat sich nicht bewährt, und zwar um so weniger, als das drängende Angebot die Pfandbriefe zu einem Kurssturz und somit zu einer schweren Schädigung der kreditnehmenden Landwirtschaft geführt hat.

Ich kann diesmal nur kurz die Probleme andeuten, die für uns in Deutschland von Bedeutung sind. Aber ich muß sagen, ich glaube nicht, daß das Richtige geschieht, das die Not der Zeit gebietet. Im August 1922 habe ich auf dem Weltwirtschaftlichen Kongreß in Hamburg meine Ausführungen über die Lage Deutschlands mit folgenden Worten geschlossen: »Ich habe die Hoffnung verloren, daß wir das Richtige tun werden, solange es noch Zeit ist. Jeder, aber auch jeder, denkt nur an sich und nicht an die Allgemeinheit. Und wenn ich auch heute wieder vor Ihnen als ein Mahner erscheine, so geschieht es in der Gewißheit, daß morgen doch wieder getan wird, was gestern getan wurde: nämlich nichts, daß wir noch erst wieder durch ein tiefes dunkles Tal müssen, ehe wir wieder an eine mögliche Zukunft für die, die dann noch da sind, denken können.« Jetzt stehen wir vor dem Eingang zu diesem tiefen dunklen Tal. Ich weiß nicht, wann wir seinen Ausgang erreichen.



LUDWIG QUESSSEL · EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

POLITISCHE Betrachtungen zur Jahreswende verfallen oft in den Fehler sich zu Rückblicken auf den politischen Verlauf des vergangenen Jahres zu gestalten, was im Grunde eine Verken-
nung des Wesens der Politik darstellt. Genau genommen fällt das alte Jahr, wenn der 12. Schlag der Kirchenuhren verhallt ist, mit allem, was es Volk und Menschheit brachte, dem Historiker anheim, dessen Aufgabe es ist seine Ergebnisse sinnvoll der vaterländischen und der Weltgeschichte einzuordnen. Im Gegensatz zu dem Historiker hat der Politiker es nicht mit der Vergangenheit sondern mit der Zukunft zu tun. Politische Voraussicht muß den Schleier der Zukunft zu lüften versuchen, um Gewißheit über das zu erlangen, was geheimnisvoll und schwer ergründbar sich im Schoß der Zeiten verbirgt. Wie das alte Jahr dem Historiker, so gehört das neue mit seinen drängenden Problemen dem Politiker, weil es das werdende ist, das er gestalten, und das kommende, dem er die Richtung weisen soll. Politik erschöpft sich nicht in Erkenntnis, sie drängt das richtig Erkannte entsprechend dem Ideal des Gemeinschaftslebens umzugestalten. Das Erkennen ist die eine, das Gestalten die andere Seite der Politik. Beim Erkennen kann sich der Politiker alle Wissenszweige dienstbar machen, das Gestalten ist seine eigene Domäne. In politisches Erkennen muß kraftvoll das Wollen hineinstrahlen. Nur so kann konstruktive Politik entstehen, die eine Zwangsläufigkeit nur da anerkennen darf, wo sie naturgesetzlich begründet ist. Politik treiben heißt mit der Zukunft ringen. Wer fatalistisch die sozialen Dinge hinnimmt, wie sie sind, hat vom Geist der Politik nie einen Hauch verspürt. Erst im Umgestalten zeigt sich der politische Meister, und selbst da, wo die sozialen Dinge uns hart und kalt wie Stahl und voll eigensinniger Kraft entgegentreten, muß er darauf bedacht sein sie in Bahnen zu zwingen, die dem Gemeinwohl dienen, mit warmem Herzen Armut und Not zu mildern und ehrfurchtsvoll den Menschheitsidealen zu dienen, die Religion, Philosophie und Kunst Menschen und Völkern offenbaren. »Die Politik ist das Schicksal«, lautet das Wort Napoleons.

TRETEN wir nun von diesen Gesichtspunkten aus an die außenpolitischen Probleme des neuen Jahres heran, so wird uns eindringlich klar, daß der in Locarno unternommene Versuch Europa ein neues, vom Faustrecht des Krieges fortführendes Völkerrecht zu geben, noch ganz der Zukunft angehört. Zwar haben die Parlamente der an den Locarno-Verträgen beteiligten Staaten sanktioniert, was im Rheinpakt und in den Schiedsgerichtsverträgen enthalten ist. Aber Deutschland harret noch immer der politischen Leitung, die seinen Eintritt in den Völkerbund bewerkstelligen soll, ohne den die Locarno-Verträge kein wirkliches Leben gewinnen können. Mit größter Seelenruhe haben die Parteiführer nach 6 Wochen Locarno- und 4 Wochen Kabinettskrise ihre Fraktionen auf 4 Wochen in die Weihnachtsferien geschickt, als ob die bloße Annahme der Locarnogesetze schon wirklich den Frieden Europas verbürge. Kein Wunder wahrlich, daß die lange Hinauszögerung der Regierungsbildung und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund die Gegner der Locarno-Verträge zu einer unterirdischen Agitation gegen den Parlamentarismus ermutigt. Demokratische Organe klagen darüber, daß in vertraulichen Korrespondenzen, die an Unternehmerkreise versendet werden,

für Errichtung einer Diktatur auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung agitiert werde. Der Reichstag, so werde dort ausgeführt, sei unfähig eine Regierung zu bilden. Auch seine Auflösung werde daran nichts ändern. Schon 2mal hätten die Parteiführer der Linken seit Ende 1923 den Reichstag zur Auflösung gebracht, ohne daß dadurch die Fähigkeit des nach dem "freiesten Wahlrecht der Welt" gewählten Parlaments eine stabile Regierung zu bilden größer geworden wäre. Übrigens befinde sich nicht nur in Deutschland sondern auch im übrigen Europa der Parlamentarismus in einer Krise. Die Zukunft gehöre der Diktatur. Italien werde seit langem so regiert. In Spanien habe die Diktatur nicht nur innen- sondern auch außenpolitische Erfolge aufzuweisen. Rußland stehe seit 1917 unter der diktatorischen Herrschaft der Bolschewiki. In Polen glaube der Demokrat Dmowski seine Anhänger warnen zu müssen sich nicht von der Doktrin der Diktatur umgarnen zu lassen. Frankreich lebe, wie seine angesehensten Preßorgane zugeben, »im Schatten der Diktatur«. Die gebildeten Klassen hätten nicht nur das Vertrauen zu den Parteiführern verloren, deren Unfähigkeit das Finanzproblem zu meistern offenbar sei, sondern auch zu den parlamentarischen Institutionen. Wie die Finanzkrise in Frankreich, so könne auch die Wirtschaftskrise in Deutschland nur durch eine Diktatur, die den Reichstag zu einem beratenden Kollegium ohne tiefere Bedeutung herabdrückt, überwunden werden. Für Deutschland sei die Diktatur der einzige Rettungsweg. Vom Reichspräsidenten müsse gefordert werden, daß er ihn entschlossen beschreite. Die Errichtung einer Regierung, unabhängig vom Reichstag, auf Grund des Artikels 48 der Verfassung, sei das Gebot der Stunde.

Die Parteien sollten sich keinem Zweifel hingeben, daß die unterirdische Agitation für die Diktatur in Deutschland vielfach offene Ohren findet. Kein Wunder, daß das Deutsche Friedenskartell sich mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt hat, um die Parteiführer auf die der republikanischen Verfassung drohende Gefahr aufmerksam zu machen und sie aus ihrer behaglichen Weihnachtsstimmung aufzuscheuchen. Man wird nicht bestreiten können, daß 4 Wochen parlamentarische Weihnachtsferien für ein Land, das keine Regierung und 1½ Millionen Arbeitslose hat, von denen 40 % keine Unterstützung beziehen, etwas reichlich bemessen waren. Wirtschaftskrisen sind zwar eine der privatkapitalistischen Produktionsweise immanente Erscheinung, aber sie können doch durch eine zielklare Wirtschaftspolitik wesentlich gemildert werden. Aller politischen Vernunft widerspricht aber der Zustand, daß der Wohnungsbau, der bei uns fast völlig aus heimischen Rohstoffen und mit heimischen Arbeitskräften zu bewerkstelligen ist, danieliegt, weil angeblich nur ein Bruchteil der Mietssteuer, die seinerzeit in fast sakraler Form den Mietern als Neubausteuer auferlegt wurde, für Bauzwecke verwendet werden kann. Schon jetzt könnte durch die Aufstellung eines großzügigen Bauplans eine wesentliche Milderung der Krise eintreten, da die aus Holz und Eisen herzustellenden Baumaterialien auch im Winter angefertigt werden können. Wer die Finanzlage Deutschlands und seine ökonomischen Kräfte unbefangen prüft, wird zugeben müssen, daß nicht materielle Not, sondern politische Unfähigkeit die Ursache der deutschen Wohnungsnot ist. Wer in der Diktatur eine ernste Gefahr für unser Kulturleben sieht, wird dringend wünschen müssen, daß der Parlamentarismus weit mehr als bisher seine finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen dem Produktionsgedanken unterordnet.



ENGLISCHE Innenpolitik, das sollte uns mindestens die Erfahrung des letzten Jahrzehnts gelehrt haben, schwebt in der Luft, wenn sie nicht von einer gesunden Außenpolitik getragen wird. Man kann zugeben, daß vom kontinentaleuropäischen Gesichtspunkt aus das alte Jahr mit dem Eindruck abschließt, als ob ernste Probleme gelöst, wichtige Verträge abgeschlossen, moralische Gewinne erzielt worden wären. So sehr die britische Diplomatie auch bestrebt war die kontinentaleuropäische Friedenssicherung auf das für die britischen Interessen erwünschte Maß zu beschränken, läßt sich doch sagen, daß dank der völkerversöhnenden Politik Frankreichs das Jahr 1925 mit einer erfolgreichen Anstrengung endet, um die noch aus vielen Wunden blutenden Kontinentalvölker zu versöhnen und sie zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Die französische Friedensarbeit, die am 1. Dezember 1925 durch die Unterzeichnung der Locarnoverträge in London einen sichtbaren Erfolg errang, erstreckt sich schon auf 2 Jahre. Sie herrschte vor bei der Ausarbeitung des Genfer Protokolls im Jahr 1924, das von England zu Fall gebracht wurde, weil London die darin erzielte Friedenssicherung zu weit ging, und sie wies Europa die Richtung bei der Aufstellung des Rheinpakts im Jahr 1925, indem sie die englische Absicht die Weichsel völlig ungesichert zu lassen vereitelte. Durch die Vereinigung des Rheinpakts mit den östlichen Schiedsgerichtsverträgen und der französisch-polnischen Verteidigungsallianz erfuhr die britische Balance of power-Politik eine wesentliche Abschwächung. So gering auch die Unterstützung war, die die französische Friedensarbeit von deutscher Seite erfuhr, so sind nichtsdestoweniger ihre Resultate für den deutschen Staat sehr erheblich. Die Ruhr ist geräumt, der Entwaffnungskonflikt durch französisches Entgegenkommen beigelegt, die Kölner Zone von Fremdherrschaft befreit, das Besatzungsregime im übrigen Rheinland gemildert worden. Alles das geschah, obwohl die deutsche Politik auch im letzten Jahr ganz überwiegend unter dem Einfluß englischer Parolen stand, die der französischen Friedensarbeit auf Schritt und Tritt entgegenwirkten. In Paris täuscht man sich nicht darüber, daß auch im neuen Jahr angelsächsischer Einfluß in Berlin vorherrschen wird, sowohl bei der Reichsregierung als bei den Parteiführern. An beunruhigenden Symptomen dafür fehlt es ja auch nicht. Der Versuch ein Kabinett der Locarnoparteien zu bilden ist im Dezember gescheitert, womit der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurde. Bei dem Parteistreit um Deutschlands Vertretung beim Völkerbund werden Namen genannt (von Kühlmann, Lewald), die England volles Vertrauen einflößen können. Dazu kommen die Strömungen, die darauf hinauslaufen eine Regierung auf Grund des Artikels 48 zu schaffen, bei der es, weil in ihr die locarnoseindlichen Tendenzen überwiegen würden, außerordentlich zweifelhaft wäre, ob sie die Sicherheitsverträge durch Eintritt in den Völkerbund überhaupt in Kraft setzen würde.

Eine Sabotage der Sicherheitsverträge durch Hinausschieben des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund könnte, darüber sollte sich niemand täuschen, für Europas Menschheit verhängnisvoll werden. Die außenpolitischen Probleme, die ungelöst aus dem alten ins neue Jahr hinübergehen, sind ernst und schwer. Europa bleibt in eine große Anzahl von Staaten zerstückelt, von einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise geschüttelt, von diktatorischen Gelüsten bedroht. Mit Argusaugen bewachen die 26 Staaten Europas

ihre Verkehrs- und Zollhoheit, und nur langsam bricht sich bei ihnen die Erkenntnis Bahn, daß dieses Festhalten an einer künstlichen Wirtschaftssouveränität das schwerste Hindernis für den ökonomischen Aufstieg des Kontinents ist. Eine Gesundung kann erst eintreten, wenn die nationale Differenzierung Europas ihr Gegengewicht in einer ökonomischen Integrierung findet. Diese Integrierung liegt in der natürlichen und notwendigen Ordnung der Dinge. Wenn skeptisch gefragt wird, wie es möglich sein soll »mit dem Europa der verschiedenen national getrennten Demokratien und Parlamente eine Zollunion ins Leben zu rufen«, so ist darauf zu sagen, daß hierfür eine französisch-belgisch-deutsche Zusammenarbeit, deren physische Grundlagen durch das Vorkommen von Eisen in Frankreich, von Kohle in Deutschland und Belgien von der Natur gegeben sind, den festen Kern abzugeben hat. Ist dieser französisch-belgisch-deutsche Wirtschaftsblock einmal geschaffen, so entsteht für die übrigen Staaten des Kontinents ein ökonomischer Zwang sich ihm anzugliedern. Der europäische Kontinent stellt seit langem eine Wirtschaftseinheit dar, die keine übertriebenen Zoll- und Verkehrsbarrieren ertragen kann. Sowohl die natürlichen Produktionsbedingungen als auch der Umlauf der Güter drängen zu einer kontinentalen Zollunion, die die Wirtschaft der europäischen Völker aus den selbstgebauten Wirtschaftskäfigen der 26 Staaten endlich befreit. Die wirtschaftliche Annäherung und Zusammenarbeit der Völker ist eine Voraussetzung des wahren Friedens, die Errichtung eines kontinentalen Zollvereins muß daher als die große Aufgabe des neuen Jahres bezeichnet werden, die wirksam nur auf dem Boden einer französisch-deutschen Wirtschaftsverständigung in Angriff genommen werden kann. Der Völkerbund plant die Einberufung einer großen Konferenz, die sich mit Weltwirtschaftsfragen befassen soll. Es ist notwendig, daß auf ihr das europäische Problem richtig angegriffen und nicht angelsächsischen Interessen untergeordnet wird.



BERHAUPT darf das, was im alten Jahr erreicht worden ist, nicht dazu führen die außenpolitischen Aufgaben des neuen Jahres zu unterschätzen. Noch ist die Gefahr von Kriegen außerhalb Europas, die die europäische Menschheit in Mitleidenenschaft ziehen können, nicht gebannt. Was sich jetzt in Asien vollzieht, wird in seiner Tragweite für Europa bei uns kaum richtig erfaßt.

In China hat der Bürgerkrieg, der das Reich der Mitte seit Jahren erschüttert, eine dramatische Zuspitzung erfahren. 3 Heere stehen sich dort zurzeit gegenüber. Feldmarschall Wupeifu, dessen Macht sich im Süden Chinas vom Jangtsegebiet bis Kanton erstreckt, vertritt das alte konfuzianische China, das in England und Amerika seine Beschützer sieht. In der Innern Mongolei und südlich der Großen Mauer herrscht Feldmarschall Feng, dessen Truppen jüngst Tientsin erobert haben. Feng ist der einzige chinesische General, der sich zum Christentum bekennt. Er unterhält Beziehungen zu den Russen und stützt sich auf die unteren Klassen Chinas. Am bekanntesten ist Feldmarschall Tschangtsolin. Er beherrschte mit seinen Truppen vor seiner Niederlage das gewaltige Gebiet zwischen Amur und Jangtse. Zurzeit ist seine Herrschaft auf die Mandschurei beschränkt. Tschangtsolin, der zuerst in russischen Diensten stand, hält fest zu Japan. Sein Sieg über den meuternden General Kuosunglin, der unlängst auf seinen Befehl hingerichtet worden ist, hat seine Herrschaft in der Mandschurei, die

zeitweilig stark gefährdet schien, wieder befestigt. Was den chinesischen Vorgängen eine auch für Europa gefährliche Wendung gab, war die Okkupation Mukdens durch Japan und die Verstärkung der japanischen Garnisonen in der Mandschurei, deren Stärke durch den Vertrag von Portsmouth auf 15 000 Mann beschränkt ist. Von den Anhängern Fengs wurde Japan aus diesem Grund angeklagt das Spiel Tschangtsolins zu spielen, und die Regierung von Kanton, die stark unter bolschewistischem Einfluß steht, protestierte feierlich gegen das japanische Vorgehen, das sie als eine offenkundige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas brandmarkte. Während Tschangtsolin zweifellos die Vormachtstellung Japans in China, die die Japaner als eine Frage über Leben und Tod, über Sein oder Nichtsein ansehen, anerkennt und stützt, hat Feng alle nationalistischen Elemente um sich gruppiert, die sich seit den tragischen Vorfällen in Schanghai und Kanton in großer Erregung befinden. Bekannt ist, daß die nationale Bewegung in China, die sich nicht nur gegen die Europäer sondern auch gegen die japanische Vormachtstellung richtet, vom Bolschewismus stark beeinflusst wird. Die japanische Politik ist offensichtlich bemüht es weder mit den Russen noch mit der nationalen Bewegung ganz zu verderben. Dafür spricht der russisch-japanische Vertrag von 1925 sowie der Umstand, daß Moskau gegen die Besetzung Mukdens nicht selbst protestiert sondern hierzu die Regierung von Kanton vorgeschoben hat, was wohl auf eine Beeinflussung Moskaus von japanischer Seite zurückzuführen ist. Ein weiteres militärisches Vordringen Japans würde bestimmt England und Amerika auf den Plan rufen, die man als die eigentlichen Urheber des chinesischen Bürgerkriegs anzusehen hat. Bei Betrachtung der chinesischen Zustände darf überhaupt nicht übersehen werden, daß hinter Tschangtsolin die Japaner, hinter Feng die Russen, hinter Wupeifu die Angelsachsen stehen. Daraus ergibt sich die Gefahr, daß der chinesische Bürgerkrieg eines Tages zu einem ostasiatischen Weltkrieg wird, der die großen Mächte der Alten und der Neuen Welt gegen einander führt und Europa in schwere Erschütterungen versetzt. Was speziell die Rolle Moskaus betrifft, so will es jede nationalasiatische Bewegung zu einer Waffe in seinen Händen machen, die es zu gegebener Zeit gegen die europäischen Mächte richten könnte, um so seine eigene Stellung in Europa zu festigen.

Für den Frieden der Welt ist der Ferne Osten nicht der einzige Gefahrenherd. Auch in Vorderasien gärt und brodelte es. Die ungerechte Entscheidung zugunsten Englands, die der Völkerbundsrat in der Mossuler Frage fällte, hat dazu geführt, daß die Vertreter Rußlands und der Türkei, Tschitscherin und Ruchdi, am selben Tag in Paris einen Vertrag im Namen ihrer beiden Staaten abschlossen, in dem sich beide Mächte zu gegenseitiger Neutralität im Fall eines Angriffs von dritter Seite auf einen der beiden Staaten sowie zur Fernhaltung von allen Bündnissen und Abkommen verpflichten, die sich gegen einen der Vertragschließenden richten. Der Schutz der militärischen und maritimen Sicherheit jedes der beiden Staaten wird dabei besonders betont. Dieser russisch-türkische Neutralitätsvertrag ist sicher mehr als sein Name besagt. Die Frankfurter Zeitung erinnert daran, daß das enge Verhältnis der beiden Mächte zu einander den Türken in ihrem Kampf gegen Griechenland schon einmal zur Rettung geworden ist. Moskau überließ den Türken, was es an Waffen, Munition und Kriegsgerät entbehren konnte, und daß Kemal von der russischen Seite ganz sicher vor

allen Beunruhigungen war, ermöglichte es ihm den letzten Mann gegen die Griechen einzusetzen und zu siegen. Griechenland war damals Englands Soldat, den London hilflos auf der Strecke liegen ließ, als er zum Krüppel geschlagen worden war. Jetzt ist eine ähnliche Lage wie damals entstanden, nur daß diesmal die Türkei nicht gegen eine von England vorgeschobene Macht sondern gegen England selbst steht. Über Nacht kann ein Sturm wegen Mossuls ausbrechen. Es ist nicht anzunehmen, daß Rußland, wenn es zu einem türkisch-englischen Krieg in Vorderasien kommt, nur Zuschauer bleiben wird. Der Gegensatz zwischen Rußland und England macht sich in ganz Asien bemerkbar. Aber auch der Gegensatz zwischen Frankreich und England ist außerhalb Europas nicht entfernt behoben. England sucht in Syrien die Drusen, in Marokko die Rifkabylen gegen Frankreich auszuspielen. Mit erheblichen Anstrengungen ist Frankreich Herr über den Drusenaufstand geworden. Die Drusen haben die Feindseligkeiten eingestellt und mit den Franzosen den Austausch der Gefangenen vereinbart. Anderslautende Meldungen verdienen keinen Glauben. Die Syriennachrichten der deutschen Presse, gegen deren tendenziöse Entstellungen der französische Geschäftsträger in Berlin mit Recht Einspruch erhoben hat, stammen aus angelsächsischen Quellen. Wie in Syrien sind auch in Marokko die Franzosen siegreich geblieben. Der beste Beweis hierfür ist das Auftauchen des englischen Hauptmanns Gordon Cuning als Friedensvermittler. Paris sieht hierin eine völlig unberechtigte Einmischung Englands in die Auseinandersetzung zwischen Abd el Krim und Frankreich. Briand hat die englische Friedensvermittlung in der Kammer mit den Worten zurückgewiesen, daß sich Frankreich und Spanien auf die Friedensvermittlung Gordon Cunnings nicht einlassen könnten; wenn Cuning glaube die öffentliche Meinung Frankreichs aufwiegeln zu können, damit sie auf die französische Regierung einen Druck ausübe, so sei diese Taktik allerdings sehr geschickt, aber die französische Regierung werde sich durch sie nicht dúpieren lassen.

MAN kann hoffen, daß die englische Brandstiftung in Syrien und Marokko in diesem Jahr überwunden werden wird. Sehr ernst ist jedoch die Gefahr zu nehmen, daß in Mossul die britische Gier nach den asiatischen Petroleumquellen einen Brand entfacht, der sich schließlich über ganz Asien ausdehnt und Europa in Mitleidenschaft zieht. Aber auch Europa droht Gefahr. Schon sind die angelsächsischen Unruhestifter dabei den Völkerbund für eine sogenannte Abrüstungskonferenz mobil zu machen. Was sich nach der ökonomischen Einigung Europas mühelos, wie von selbst, ergäbe, soll hier vorweggenommen werden. Indem man das Ende an den Anfang stellt, wird neue Verwirrung, neuer Zwiespalt geschaffen werden. Angesichts dieser Lage ergibt sich für Deutschland die Notwendigkeit das bescheidene Maß von Friedenssicherung, das die Locarnoverträge unserm, durch 4 Jahre Krieg schwer geprüften Kontinent sichern, durch den Beitritt zum Völkerbund unverzüglich wirksam zu machen. Es ist dies die erste und wichtigste Aufgabe, die uns das neue Jahr stellt. Mögen die Parteiführer und Fraktionen nicht vergessen, daß er sich jetzt besonders und vor allem darum handelt die Kontinuität der Politik von Locarno zu sichern, und daß auch innenpolitische Opfer gerechtfertigt sind, wenn dadurch ein Abgleiten der deutschen Außenpolitik nach der Seite der Locarnogegner verhindert werden kann.

MAX SCHIPPEL · DIE WIRTSCHAFTSPROGRAMME DER INDUSTRIE UND DER ARBEITER



WISCHEN den führenden Schichten des Industrieunternehmertums und der Arbeiterbewegung war ein eigentümlich widerspruchsvolles Verhältnis niemals ganz zu überwinden. Auf die unbestreitbaren Gegensätze wurde man ununterbrochen durch die Alltagskämpfe um Profit und Lohn, um die Wertanteile an dem Produktionsergebnis hingewiesen. Wer über den Horizont dieses zeit- und kräfteverzehrenden Ringens nicht hinauszublicken vermochte, sah alsdann »nur Gegensätze«, und auf dieser Ausschließlichkeit des Gesichtsfelds und der Denkgewohnheiten beruht in der Tat noch immer überwiegend die beliebteste, weil am leichtesten eingehende Agitationstheorie: auch bei einem großen Teil der Unternehmer, soweit sie hinter dem Streben nach höherer Lebenshaltung und Mitwirkung der Arbeiter jederzeit nur die Bedrohung des eigenen Gewinneinkommens gewahren wollten.

Es klang aber zeitweilig noch ein ganz anderer Grundton durch diese primitiven Kriegserklärungen hindurch, wenigstens in gewissen Schicksalsstunden, deren Bedeutung sich hüben wie drüben niemand ganz zu entziehen vermochte. Schon das Kommunistische Manifest rühmte in fast überschwenglichen Worten die moderne Industrie als die große revolutionierende Kraft zur Schaffung immer »massenhafterer und kolossalerer Produktionskräfte« und damit als eine der unumgänglichen Vorbedingungen für eine höhere Sozialordnung. Soweit die Bourgeoisie diesen Umwälzungsprozeß noch nicht zum Abschluß gebracht hätte und weiterführte, sollte der Kommunismus »gemeinsam mit der Bourgeoisie kämpfen«. Und noch in der Programmkritik von 1875 knüpfte Marx an diese grundlegenden Auffassungen an, um vor dem Schlagwort der gegenüberstehenden "einen reaktionären Masse" zu warnen. Marx und Engels vertraten just um die Zeit des Kommunistischen Manifests unumwunden sogar die Anschauung, daß die führende Vertretung der großen Produktionsinteressen, deren Unterstützung den Arbeitern zufalle, in erster Linie den Großindustriellen selber gebühre. Von der jämmerlich kleinbürgerlich-demokratischen Anschauung, daß man mit der Wahrung der Interessen der großen modernen Produktion sich gewissermaßen das Brandmal der Verfechtung der "materiellen Interessen" aufdrücke, waren Marx und Engels schon damals vollkommen frei. Was sie 1847 in spezieller Anwendung auf die Handelspolitik schrieben, war nur der Ausfluß eines allgemeinen Grundgedankens wirtschaftlicher Art. So heißt es in dem Artikel der Deutschen Brüsseler Zeitung über Schutzzoll- oder Freihandelssystem: »Sowie . . . die Herrschaft der Mittelklassen begann, so mußte auch in erster Reihe die Forderung hervortreten, daß die ganze Handelspolitik Deutschlands, respektive des Zollvereins, den unfähigen Händen deutscher Fürsten, ihrer Minister und hochmütigen, aber in Handels- und Industriesachen höchst geistesbeschränkten und unwissenden Bürokraten entrissen und von denen abhängig gemacht und entschieden werde, die sowohl die nötige Einsicht als das nächste Interesse bei der Sache besitzen . . . Der Vereinigte Landtag in Berlin hat der Regierung gezeigt, daß die Bourgeoisie weiß, was ihr nottut; bei den neulichen Zollverhandlungen ist dem Spandauer Regierungssystem in ziemlich klaren und bitteren Worten eröffnet worden, daß es unfähig ist die materiellen Interessen zu begreifen, zu schützen und zu fördern.«¹

1) Siehe Marx und Engels Gesammelte Schriften 1841 bis 1850 II /Stuttgart 1902/ Seite 429.

Die tiefwurzelnde zeitweilige Koalition, die sich in dieser Art in den revolutionären vierziger Jahren ankündigte, erlebte in den stürmischen Endtagen des Jahres 1918 eine noch viel umfassendere Wiedergeburt: weil sie in diesem Fall von beiden Seiten bewußt für die Lösung der mannigfaltigsten und wichtigsten Wirtschaftsprobleme erstrebt und eingegangen wurde, und zwar unter der teils stillschweigenden teils ausdrücklich hervorgehobenen Voraussetzung, daß der rein politische Parlamentarismus, die rein parteipolitische Interessengruppierung allem Anschein nach versagen werde: »Durchdrungen«, hieß es in der Einleitung zur Satzung vom 4. Dezember 1918, »von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt, schließen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.«

Für die Arbeitsgemeinschaftspolitik jener Zeit war, auch in England², kennzeichnend, daß das politische Parlament danach im großen und ganzen den Beschlüssen und Weisungen der Wirtschaftsvertretung nachzukommen hatte, und wiederum die Wirtschaftsvertretung dachte man sich im allgemeinen herausgewachsen aus den Kreisen der Unternehmer- und der Arbeiter-„produzenten“. Selbst in der Weimarer Reichsverfassung mit ihrem Reichswirtschaftsrat und ihren Bezirkswirtschaftsräten fand dieser damalige „wirtschaftsdemokratische“ Anlauf bekanntlich seinen, freilich bereits stark abgeschwächten Niederschlag, allerdings sehr zum Mißvergnügen der landläufigen „Konsumenten“demokratie, der die materielle Produktion überhaupt niemals die schöpferische Grundlage des ganzen politischen und kulturellen Oberbaues, sondern höchstens ein notwendiges Übel, mitunter nichts als ein schlimmer Auswuchs erscheint.

MIT dem, zunächst vielleicht noch unvermeidlichen Zerfall der Arbeitsgemeinschaft sind die beiden großen Klassen der Produktion, Unternehmer wie Arbeiter, von neuem ihre eigenen Wege gegangen. Der zähe Kleinkrieg der jüngsten Jahre und Monate hat den Sinn für das damals klarer Erkannte und zielbewußter Erstrebte wieder abgestumpft und bei vielen Beteiligten zweifellos mit der Zeit ganz abgetötet. Jedoch die inneren sachlichen Produktionszusammenhänge sind damit nicht gelöst und machen sich im stillen, gleichsam, wie Marx es gern nannte, hinter den Rücken der Beteiligten immer von neuem geltend. Durch alle Separathandlungen und Sonderkundgebungen, die sich auf wirtschaftliche Grundfragen beziehen, leuchten daher, oft in ganz überraschender Stärke, gar nicht selten gleichartige Richtlinien hindurch, während hiergegen die beliebtesten Schlagwörter der intransigenten von der Hand in den Mund lebenden Tages„aufklärung“ recht oft verblassen und ganz in Vergessenheit versinken.

Es ist lehrreich dies an den beiden Wirtschaftsprogrammen näher zu beobachten, die fast bis auf Tag und Stunde gleichzeitig der deutschen Öffentlichkeit Mitte Dezember 1925 vom Reichsverband der deutschen Industrie und von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterbreitet wurden.

2) Siehe Schippel Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitsgemeinschaften in England und Das Sozialprogramm der englischen Arbeitsgemeinschaften, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 236 und folgende und 318 und folgende.

Rationalisierung des Produktionsapparats nach jeder Richtung, Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit ohne irreführende Sentimentalitäten bilden auf beiden Seiten den sachlichen Ausgangspunkt. Der Reichsverband rückt mit bewußter Betonung in den »Vordergrund der Betrachtungen« die »vernunftgemäße Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel zur Steigerung der Ergiebigkeit menschlicher Arbeit«. Er wendet diese Wertung ohne Rückhalt auch gegen das eigene Fleisch und Blut, nämlich gegen leistungsunfähige Betriebe und Unternehmungen an. So sei die Preispolitik der Kartelle von den »Kosten leistungsschwacher Mitglieder« unabhängig zu machen, das heißt: die innerlich, technisch und organisatorisch überlebten Betriebe seien fallen zu lassen. Die »unnatürliche Übersetzung der Güterverteilung mit Handelsbetrieben aller Art« sei im Weg eines »natürlichen Reinigungsprozesses« zu beseitigen. Die Eisenbahn und ähnlich das Telegraphen- und Fernsprechwesen seien zu höchster Leistungsfähigkeit bei geringster Belastung der Wirtschaft zu bringen, um (wie unsere parteigenössischen Wirtschaftspolitiker hier sprechen müßten) für die "Konsumenten" der Transportleistungen, das heißt für die Frachtauftraggeber aus der Produktionssphäre, mit der Kohlenproduktion an der Spitze, einen Preisabbau (»Abbau der Tarife«) zu erzielen.

Nach den Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wäre »mit den Versuchen rückständige Betriebe aufrechtzuerhalten mit aller Entschiedenheit Schluß« zu machen:

»Die Sozialdemokratie ist sich stets darüber im klaren gewesen, daß das Ende der Kriegs- und Inflationswirtschaft und die Einordnung Deutschlands in den weltwirtschaftlichen Gütertausch von einer schweren Krisis begleitet sein würde, und zwar von einer Krisis, die man zu einem wesentlichen Teil als Reinigungs- und Rationalisierungskrisis bezeichnen kann . . . Der oberste Gesichtspunkt bei einer solchen Wirtschaftspolitik muß darin bestehen, daß die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reinigung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens anerkannt wird. Die Ausscheidung aller in der Inflation großgezüchteten lebensunfähigen Wirtschaftsgebilde ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Diese Reinigung ist auch die Voraussetzung für eine Steigerung der Reallöhne und für eine gesunde Entwicklung der sozialen Lage . . . Die Ausscheidung der minderwertigen Betriebe bildet die Voraussetzung für gesteigerte Ergiebigkeit der gesamten volkswirtschaftlichen Arbeitsleistung und damit für steigende Reallöhne.«

Die Unterschiede beginnen natürlich bei den Folgerungen, je nachdem diese eine größere Quote der Nachteile und Belastungen auf das Kapital oder die Arbeit abzuwälzen bereit sind. Der Reichsverband weist geflissentlich darauf hin: »jeder einzelne«, der am Erzeugungsprozeß beteiligt sei, müsse ein »Maximum leisten«. »Der Lohn muß sich nach Leistung und Produktivität der Arbeit richten. Bei Tarifverträgen ist jede Schematisierung zu vermeiden. Das gleiche gilt für die Anwendung des Achtstundentages.« Nach allem Vorangegangenen weiß man, daß hinter diesen etwas nebelhaften Äußerungen, gegen die an sich kaum viel einzuwenden wäre, unter Umständen recht greifbare Vorstöße gegen die Forderungen und Maßnahmen der Gewerkschaften stecken können. Wiederum heißt es bei der Sozialpolitik ziemlich allgemein: die soziale Fürsorge müsse aufrecht erhalten bleiben, nur sollten die Beiträge aller Teile der Wirtschaft sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpassen.

Das sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm unterstreicht naturgemäß diese Aufrechterhaltung der sozialen Fürsorge und will ihre Fortbildung vor allem durch die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung gefördert sehen.

Aber von dem Recht auf jede nun einmal überkommene, wenn auch privat- und volkswirtschaftlich noch so irrationelle Arbeit (wie oft haben wir an dieser Stelle auf das ganz Widersinnige und Unmögliche dieser oft verfochtenen bequemen Gedankenlosigkeit hinweisen müssen) ist keine Rede mehr. Es wird auf den gewaltig angeschwellenen unproduktiven Apparat besonders in den kaufmännischen Bureaus und Bankbetrieben hingewiesen (die Nichterwähnung der großen öffentlichen Verkehrsmittel ist wohl kein Zufall, aber meines Erachtens ein Mangel). Für diese Reinigungskrise charakteristisch sei das »starke Anschwellen der Arbeitslosigkeit in der Übergangszeit«; jedoch nur dadurch seien die »Vorteile, die die Gesamtwirtschaft bei einem ungestörten Ablauf der Reinigungskrise zu erwarten hat, zu erkaufen«. Das ist sehr unbefangen gesprochen, und allzu weit sind hier die Standpunkte der beiden großen Produzentenklassen nicht voneinander entfernt.

Bei der Grenzziehung zwischen freier Privatwirtschaft und gebundener öffentlicher Wirtschaft erscheinen die früher so lebhaften Gegensätze gleichfalls beträchtlich ausgeglichen, obwohl selbstverständlich noch immer merkbar. Der Reichsverband will möglichst alle Einkommensteile, die über den laufenden persönlichen Konsum hinausragen, der »inneren Kapitalbildung« zugeführt sehen, das heißt in diesem Fall: der dringend notwendigen Erweiterung, Umbildung und Inanghaltung des privatwirtschaftlichen Produktionsapparats. Das Steuersystem müsse deswegen, bei höchster Sparsamkeit, so vereinfacht und ausgebaut werden, daß »ein Betrag zur Kapitalneubildung übrig bleibt«. Mit dem System der Überschußansammlung und der künstlicher Schaffung von Rücklagen bei den öffentlichen Körperschaften sei zu brechen; wo solche Überschüsse sich trotzdem herausstellen, seien sie den Kreditbanken und so mittelbar abermals der Produktion zuzulenken.

Die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wiederum gehen dem engern Problem der öffentlichen Betriebe sorgsam aus dem Weg. Aber bei der Kritik des Pseudosozialismus der meisten Zwangswirtschaftler finden sie für die freie Privatwirtschaft Worte der Anerkennung, die, wenn sie aus dem Mund des Reichsverbands gekommen wären, bis vor kurzem bei den hemmungslosen Vorkämpfern der Sozialisierung Stürme und Orkane der prinzipiellen Verwahrung entfesselt hätten:

»Staatliche Eingriffe zugunsten einzelner Wirtschaftszweige bedeuten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer die Gefahr, daß sie nur den äußern Anschein eines planwirtschaftlichen Vorgehens erwecken, und daß sich hinter diesem Pseudosozialismus die allergrößte Planlosigkeit verbirgt. In der kapitalistischen Gesellschaft erfolgt die Regulierung des Wirtschaftslebens durch die Kräfte der Konkurrenz, und es ist in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe der Wirtschaftspolitik die Hemmungen der freien Konkurrenz zu beseitigen, statt neue Hemmungen zu schaffen.« Dies spitzt sich allerdings sofort im einzelnen gegen die Kartelle zu. Gleich vorher wird jedoch statt der willkürlichen »schematischen« Kreditkontingentierung und Kreditzuweisung der »Übergang zur reinen Diskontpolitik als Regulator des Kredit- und Währungswesens« empfohlen (unsere Reichsbank ist, seit den Dawesverträgen, wie die ähnlichen Banken in anderen kapitalistischen Ländern, bei freier Diskontentfaltung nur noch die Zentrale des großen freien Kreditmarkts und seiner Institute), und weiteren Konsequenzen werden die Richtlinien selber nicht ausweichen wollen. Die alten, angeblich so unüberbrückbaren Unterschiede zu den Leitern der Produktion, zwischen den Repräsentanten der Unternehmer- und der Lohnarbeiterproduzenten, erscheinen somit abermals für die großen Grundprobleme unserer

nächsten Zukunft merkwürdig gemildert. Was das Bank- und Kreditwesen anlangt, neigt der Reichsverband sogar zu stärkerer vorläufiger Planwirtschaft: »Nach Ansicht des Reichsverbandes ist an einer planmäßigen Einschränkung der Kredite durch die Reichsbank so lange festzuhalten, bis der Kapitalmarkt den Übergang zur freien Regelung der Kreditwirtschaft durch den Reichsbankdiskont gefunden hat.«

Selbst die programmatischen Sätze des Reichsverbands zur Handelspolitik enthalten an sich nichts, was von seiten der Arbeiter abgelehnt werden müßte. Das Ziel der Handelspolitik solle ein »Abbau der internationalen Zollmauern, besonders innerhalb des europäischen Wirtschaftsgebietes« sein: also doch wohl ein System niedrigerer Binnenzölle zwischen den kontinentaleuropäischen Zollunionsmitgliedern im Vergleich zu den verbleibenden Außenzöllen, da eine andere Form des Zollabbaus vorläufig kaum denkbar und erreichbar scheint. Auch die sozialdemokratische Kundgebung erwähnt heute bereits ruhig »die Forderung nach einer europäischen Zollunion«, ohne den allgemeinen undifferenzierten internationalen Freihandel dagegen als Trumpf auszuspielen, wie dies früher üblich war und gelegentlich zu den heftigsten Verwahrungen gegen die Vertreter einer spezifisch kontinental-europäischen Zollannäherung führte. Doch darüber ein anderes Mal.



HIER Stärke haben die Richtlinien der Reichstagsfraktion, wie zu erwarten, in dem sozialpolitischen Teil. Doch selbst hier mit der Zeit welch ein Durchbruch realpolitischen Sinns! Wie schon bemerkt, wird von einem alles überragenden Recht auf überkommene Stellung und Betätigung unter Hinweis auf eine ohnehin schon vorhandene Überproduktion mit keinem Worte mehr gesprochen. Das Streben nach Mehrleistungen, nach Rationalisierung der eigentlichen Arbeitsweise, dieses einen und unter Umständen wichtigsten Teils der ganzen Betriebsweise, soll offenbar allen anderen Rücksichten vorangehen. Aber sehr richtig und glücklich wird die vom Unternehmertum gern übersehene, obwohl nicht grundsätzlich abgelehnte Konsequenz für die Übergangsperiode gezogen: »Die aus der Rationalisierung zu erwartenden Gewinne sollen benutzt werden zu einer umfassenden und großzügigen Entschädigung für alle die, deren wirtschaftliche Existenz völlig ohne ihr Verschulden durch die Rationalisierung bedroht ist. Die Sozialpolitik, vor allem in der Form einer über das heutige Maß erheblich hinausgehenden Arbeitslosenunterstützung, gewinnt in diesem Zusammenhang eine ganz überragende Bedeutung. Sie ist nicht nur als eine Wohlfahrtsmaßnahme sondern in erster Linie als eine *produktionspolitische* Maßnahme zu betrachten, eine soziale und ökonomische Schuldverpflichtung, mit der eine aufblühende Wirtschaft sich das Recht ihres ungehemmten Aufstiegs erkaufte.«

Die Sozialdemokratie wäre keine politische Vertretung der Arbeiterbewegung und der wirtschaftlichen Arbeiterklasseninteressen, wenn sie diese Auffassung und Zielsetzung nicht wort- und tatkräftig hervorheben wollte. Aber ist selbst dabei eine grundsätzliche Ablehnung seitens der Unternehmer notwendige Folgeerscheinung ihres Produzententums? Und folgt andererseits aus der Klassenstellung des Arbeiterproduzenten, daß ihm "die Produktion" mit ihren allgemeinen, vorläufig beiden Produktionsklassen gemeinsamen Lebens- und Entwicklungsnotwendigkeiten weiter innerlich fremd und womöglich gar ein Gegenstand der Befürchtung und Feindseligkeit bleiben müsse? Auch hier sinken, auf beiden Seiten, überlieferte Anschauungen der Vergangenheit dahin, um höheren Errungenschaften und Geboten der Gegenwart und Zukunft Platz zu machen.



PAUL KAMPFFMEYER · ZU EINER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

WIRTSCHAFTS- und Sozialpolitik stellen sich nicht als 2 innerlich von einander getrennte Gebiete dar. Es ist allerdings zuzugeben, daß sie in bestimmten Entwicklungsstadien der kapitalistischen Wirtschaft heftig aufeinanderstoßen und sich wie feindliche Brüder gebärden. Aber wer wollte heute noch nach den so eindrucksvollen Erfahrungen "Sowjet"rußlands den tiefen Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ernstlich in Frage stellen? Der diktatorisch regierende Partei"kommunismus" Rußlands sah sich in der Sozialpolitik zu erbarmenswerter Ohnmacht verdammt, weil ihm bei der zusammenbrechenden Wirtschaft alle Mittel zur Hebung und Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten fehlten.

Die Geschichte der Sozialpolitik läuft fast parallel der Geschichte der Wirtschaft. Selbstverständlich ist hier der Begriff der Sozialpolitik erweitert, insofern unter ihm nicht nur die staatlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Arbeitenden sondern auch alle in der gleichen Richtung erfolgenden Bestrebungen der Gewerkschaften und Genossenschaften verstanden werden. Wir sprechen ja schon alltäglich von der Sozialpolitik der Gewerkschaften. In diesem Sinn sind Perioden aufstrebender Sozialpolitik Perioden blühender Wirtschaft. Allerdings wirft eine solche Wirtschaft nicht den Segen sozialpolitischer Verbesserungen von selbst ab. Sozialpolitische Fortschritte sind Resultate organisierter Machtkämpfe auf einer festen, erstarkenden wirtschaftlichen Basis.

Die innere Verknüpfung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist den Genossen nicht entgangen, die denkend den Novemberzusammenbruch des Jahres 1918 und seine ökonomischen Folgen miterlebt haben. Das revolutionäre Prinzip des Jahres 1918 war der wirtschaftliche Rätegedanke, und zu den Funktionen der neugeschaffenen Räte zählen nicht nur die bisherigen sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften sondern die neuen des wirtschaftlichen Aufbaus, der schöpferischen Organisation. Das Heidelberger Parteiprogramm verbindet die Tätigkeit der Gewerkschaften eng mit der der Wirtschaftsräte. In seinem wirtschaftspolitischen Teil fordert das Programm »Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften«. Diese Forderung betont die Unlösbarkeit der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik, indem sie den wesentlichen Trägern der Sozialpolitik, den Gewerkschaften, einen Anteil an der Mitbestimmung der Organisation der Wirtschaft sichert.

Das Heidelberger Parteiprogramm sieht in den Wirtschaftsräten öffentlich-rechtliche Organisationen zur Regelung aller wesentlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. In seinem Kommentar zum wirtschaftspolitischen Teil des Heidelberger Programms führt Robert Schmidt über die Aufgaben der Wirtschaftsräte aus: »Bisher ist durch das Betriebsrätegesetz die Vertretung für den Betrieb geregelt, und im Reichswirtschaftsrat haben wir eine Wirtschaftsorganisation, die eigentlich dem organischen Aufbau vorausgegangen ist, denn es fehlt der Unterbau, der Bezirkswirtschaftsrat. Dieser

Unterbau der Wirtschaftsorganisation ist nicht unwichtig; er muß durch Reichsgesetze so gestaltet werden, daß der Bezirkswirtschaftsrat an die Stelle der Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkerkammern tritt. In dieser Organisation ist die berufliche Gliederung zu vollziehen, und die Arbeiter sind gleichberechtigt und in gleicher Zahl mit den Unternehmern zu beteiligen. Von hier aus wäre dann gesondert von jeder Gruppe die Vertretung für den Reichswirtschaftsrat zu bestimmen. Der Bezirkswirtschaftsrat wäre mit einer weitgehenden Befugnis auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, der Unfallverhütung und der sozialen Fürsorge zu betrauen. Bezirkswirtschaftsrat und Reichswirtschaftsrat nehmen zu allen Fragen Stellung, die die Wirtschaft berühren. Es sind das insbesondere Handelsvertragsabschlüsse, die Zollgesetzgebung, der Arbeiterschutz, die Sozialversicherung, die Steuern, das Verkehrswesen.«¹ Sicher nicht unabsichtlich nennt Schmidt die drängendsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Forderungen in einem Atemzug. Wer wollte heute noch leugnen, daß Arbeiterschutz und Sozialversicherung unfruchtbar bleiben, solange sich allein 27 kontinentaleuropäische Staaten von Zeit zu Zeit wirtschaftspolitisch bekriegen? Ein kontinentaleuropäischer Zollverein, die Krönung des europäischen Zusammenschlusses, gewährt der Sozialpolitik erst die nötige Entwicklungsmöglichkeit. Paul Göhre, der sich in seinem neuen Buch zu dem von den Sozialistischen Monatsheften programmatisch vertretenen Kontinentalgedanken bekennt, verlangt daher auch ganz konsequent »Handelsverträge mit dem Ziele eines kontinentaleuropäischen Zollvereins, bei dem für einige Zeit zwischen einzelnen Kontrahenten für einzelne Artikel sehr wohl mit Zwischenzollgrenzen gerechnet werden könnte, planmäßige Pflege der Beziehungen der Unternehmer- und Arbeiterverbände der einzelnen Länder, der genossenschaftlichen Organisationen, sowie gemeinsame Kongresse wissenschaftlicher, sozialer, politischer, sportlicher Verbände«.² Der Aufbau Europas geht wie der Deutschlands durch die Zollunion. Durch den Deutschen Zollverein wurde einst Deutschland wirtschaftlich geeint, und dieser wirtschaftlichen Einigung durch Preußen folgte das politisch geeinte Preußen-Deutschland nach. Das politische Großdeutschland scheiterte zum erstenmal, als der österreichische Staatsmann Metternich den Anschluß Österreichs an den Deutschen Zollverein verwarf und mit besonderem Nachdruck die inneren Zwischenzollgrenzen der Monarchie Österreich hervorhob.

Den Weg, den Deutschland zu seiner Einigung im 19. Jahrhundert ging, muß Europa ebenfalls im 20. Jahrhundert betreten. Mit der werdenden Einigung Deutschlands erstarkte zugleich die deutsche sozialdemokratische Arbeiter-schaft. Das Parlament des Norddeutschen Bundes erlebte die ersten großen sozialpolitischen Debatten. Ein, allerdings noch mit heimtückischen gesetzlichen Fußangeln belastetes, Koalitionsrecht wurde der Arbeiterklasse verliehen. Der erste Arbeiterschutzgesetzentwurf der Sozialdemokratie warb für die weitgesteckten Ziele einer auf die Umformung der kapitalistischen Wirtschaft eingestellten Sozialpolitik.

Das zerklüftete Europa kann wirtschaftlich kaum leben, geschweige denn bei seiner Blutarmut eine lebensstarke Sozialpolitik aufziehen. Mit kräftigen Strichen zeichnet Adolf Braun die wirtschaftliche Zerrissenheit Europas,

1) Siehe *Das Heidelberger Programm*, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie /Berlin 1926/ Seite 58.

2) Siehe *Göhre Deutschlands weltpolitische Zukunft* /Berlin 1925/ Seite 145.

das seinen ohnehin schon kranken Wirtschaftskörper durch die Erschwerung der Handelsbeziehungen in seiner Gesundheit hemmt: »Das von dauernder Arbeitslosigkeit, von gedrückten Löhnen geplagte, immer größerer Verarmung entgegengehende Europa ist ein weltwirtschaftliches Unglück.«³ Das geeinte Europa kann zu höchster kulturell-sozialer Entwicklung führen.

Die wirtschaftliche und politische Einigung unseres Kontinents ist zu einer wirklichen Lebensfrage des europäischen Sozialismus überhaupt geworden. Sein sozialpolitisches Programm, seine große Umformungsarbeit an der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft ist an diese Einigung gebunden. Die ehrenvolle Mission einer wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas liegt jetzt in den Händen der deutschen Sozialdemokratie. Sie hat als stärkste demokratische Partei die Führung bei der Lösung aller großen europäischen Fragen. Sie tut gut sich der politischen Vorgänge zu erinnern, die in der Geschichte der Einigung Deutschlands eine Rolle spielten.

Die deutsche bürgerliche Demokratie versuchte es in den Jahren 1862 bis 1866 durch deutsche "Abgeordnetentage" Deutschland zu einigen. Am 28. September 1862 versammelten sich in Weimar die Abgeordneten aller liberalen Fraktionen deutscher Kammern, »welche die Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands erstreben«. 200 Abgeordnete aus den verschiedensten Staaten Deutschlands forderten die Berufung eines »aus freien Volkswahlen« hervorgehenden deutschen Parlaments. Nach den Satzungen dieser Vereinigung sollte der Abgeordnetentag das fehlende deutsche Parlament nach Möglichkeit ersetzen und auf dessen baldige Einberufung drängen. »Der Tag sollte«, wie der Historiker Georg Kaufmann 2 Jahre vor dem Krieg schrieb, »ordentlichweise alljährlich einmal zusammentreten, um über wichtige Fragen von allgemeinem Interesse, welche eigentlich in einem deutschen Parlament beraten werden müßten, unter den Mitgliedern der Einzellandtage eine Verständigung und eine möglichst gleichartige Behandlung herbeizuführen.«⁴ Sollte nicht die deutsche Sozialdemokratie europäische Abgeordnetentage einberufen, auf denen man sich über die Einbringung von Anträgen und Gesetzentwürfen zur Anbahnung der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas verständigte?

Wir haben heute nicht mehr Schattenparlamente in Europa wie Deutschland in den Jahren seiner werdenden Einigung. Damals war die wirkliche Staatssouveränität an die Machtsprüche deutscher Fürsten gebunden. Die Völker Europas werden nicht wie die Stämme Deutschlands 1866 und 1871 gewaltsam zusammengeschlossen, sie müssen sich zu freien politischen Aktionen vereinigen. Die deutsche Sozialdemokratie kann sich in ihrer Geschichte kaum eines politischen Ereignisses rühmen, das so in eine große politische Zukunft wies wie die Berner deutsch-französische Verständigungskonferenz vom Jahr 1913. Führer der deutschen und der französischen Demokratie berieten damals gemeinsam. Es war ein wirklicher europäischer Abgeordnetentag. Nun wohl, möge die deutsche Sozialdemokratie neue europäische Abgeordnetentage einberufen, und wir werden nach ernster sachlicher Arbeit zu einer einheitlichen europäischen Wirtschaftspolitik und damit zu einer neuen fortschrittlichen europäischen Sozialpolitik gelangen.

3) Siehe Braun Europäische Zollunion, in der Gesellschaft 1925 II Seite 409.

4) Siehe Kaufmann Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert /Berlin 1912/ Seite 495.

META CORSSSEN · WESENSART UND AUFGABEN DER FRAU



ELTSAM berührt es, daß heute, wo mehr oder weniger in allen Kulturländern eine äußere Gleichstellung zwischen Mann und Frau durchgeführt ist, wo die Wirtschaft überall auf die Mitarbeit der Frauen gegründet ist, immer noch ein förmlich leidenschaftlicher Kampf um die innere Berechtigung dieser Gleichstellung geführt wird. Freilich ist ja auch die Gleichberechtigung für die Frauen in der Praxis noch keineswegs gesichert, und so mag der theoretische Kampf doch ein Anzeichen sein, daß die Entwicklung hier noch nicht am Ende ist sondern noch viele Hemmnisse überwinden muß.

Die Art allerdings, in der jetzt häufig gegen die Frauenbewegung polemisiert wird, scheint denn doch oft reichlich veraltet. Immer wieder wirft man dem weiblichen Geschlecht vor, daß es keinen Goethe und Napoléon hervorgebracht habe; daher dürfe es nicht den Anspruch erheben Männerarbeit leisten zu wollen. Immer sieht man in der Frau nur das Geschlechtswesen, das dem Mann unterworfen und in seiner ganzen Menschlichkeit vom Mann abhängig ist. Man betrachtet daher häufig auch die Bestrebungen der Frauenbewegung rein aus sexuellem Gesichtspunkt. Der Ton bald herablassender bald gehässiger Überlegenheit, in dem Autoren jener Art sich gefallen, steht besonders denjenigen gut an, die selbst für ihre Berechtigung zu schreiben oder sich sonst irgendwie zu betätigen ebensowenig wie die Frauen den Beweis des Genies haben zu erbringen brauchen. Den wirklich Großen, soweit sie überhaupt Frauen kannten, lag immer solcher Hochmut fern. Goethe hätte sonst nicht die Gestalt der Iphigenie geschaffen. Im übrigen braucht nicht bestritten zu werden, daß die Männer, die sich heute der Frauenbewegung entgegenstemmen, sie womöglich rückgängig machen möchten, oft subjektiv den Frauen durchaus gerecht werden wollen; sie verwahren sich oft ausdrücklich dagegen, daß sie etwa frauenfeindlich seien. Das Wesentliche aber ist, daß sie an dem eigentlichen Problem der Frauenbewegung vollständig vorbeischießen, daß sie von ihren geschichtlichen Ursachen keine Ahnung haben und daher auch ihren Sinn nicht begreifen. Es handelt sich ja in keiner Weise darum, daß die Frauen einen "Wettbewerb" mit dem Mann aufnehmen und es darin unbedingt bis zur Leistung Goethes bringen müssen (als ob es darin überhaupt einen Wettbewerb gäbe). Die Frauen, die in die vorher männlichen Arbeitsgebiete eintraten, waren nicht von einem derartigen Ehrgeiz geprikkelt. Sie wurden auch nicht von dem Drang nach sexueller Fessellosigkeit getrieben. Sie standen vor der geschichtlichen Notwendigkeit für ihre Kräfte neue Wirkungsfelder zu suchen. Sie stehen heute, wo die menschliche Gesellschaft, wenn sie für alle ihre Glieder ein menschenwürdiges Leben schaffen will, von jedem die höchstmögliche Leistung fordern muß, vor der Notwendigkeit alle Schranken, die noch die Entfaltung ihrer Kräfte hemmen, niederzureißen. Dieser Erkenntnis gegenüber erscheint fast alles, was gegen die Frauenbewegung geschrieben wird, oberflächlich.

Von einem dickleibigen Buch Ehrhard F. W. Eberhards, das die Frauenbewegung als Teufelswerk und Ursache alles gegenwärtigen Elends zu erweisen trachtet¹, braucht, da es sonst jeder Bedeutung entbehrt, nicht ausführlicher

¹) Siehe Eberhard Die Frauenemanzipation und ihre erotischen Grundlagen (Wien 1924).

geredet zu werden. Ebensovienig von einer kleinen Schrift Adolf Sommerfelds, der die Arbeit der Frauen wirtschaftlich für durchaus entbehrlich erklärt, sich im übrigen sehr über die augenblickliche Mode ereifert und die Frauenfrage für gelöst hält, wenn den Frauen das Kleidungsbudget gekürzt wird². Ernster zu nehmen ist schon ein wieder sehr umfangreiches Buch Constantin Brunners³. Nachdem zuerst sehr umständlich eine Philosophie der Liebe und der Ehe entwickelt ist, nach der alle Beziehungen zwischen Menschen nur aus Egoismus und Gattungstrieb entspringen, wird das Wesen der Geschlechter bestimmt, und es werden, in krampfhaftem Zarathustrastil, Gesetzestafeln für die Frauen (oder die Weiber, wie der Verfasser sich ausdrückt) aufgestellt. »Das Weib hat Existenz nur durch den Mann, der Mann aber existiert trotz dem Weibe.« Das Weib hat nur Geschlechtscharakter, es kann aber zum Menschen werden durch den Mann, und zwar durch einen und nur durch einen Mann. Daher ist es vermessen, wenn das Weib sich in die Arbeit des Mannes drängt. »Es ist gegen die Natur, daß ihr arbeiten sollt gleich dem Mann, der ein Arbeiter ist von Natur, ein Kämpfer, ein Held, ein Hervorbringer, ein Schöpfer.« Die Weiber dagegen haben keinen Verstand und können nichts hervorbringen; man kann es ihnen nicht verdenken, wenn sie nichts zu leisten vermögen. Sie haben sich aber durch all diese verkehrten Bestrebungen schon ganz verdorben. Deshalb müssen sich die Männer ermannen und die Weiber wieder zu Weibern machen, »zu Weibern mit natürlicher Abhängigkeit von uns Männern und allen den sozialen Konsequenzen dieser natürlichen Abhängigkeit«. Vor allem in sexueller Beziehung darf nicht an die bestehende Ordnung, die das Weib bindet und den Mann freiläßt, gerührt werden. Das Weib darf nur einen Mann lieben, sonst wird sie zur Dirne; sie darf aber nicht vom Mann verlangen, daß er sich in seinen Beziehungen zu Weibern beschränkt. Die Ehe »ist kein beiderseitiger Vertrag zwischen den Ehegatten sondern vor allem einseitig das Weib verpflichtend . . . Nur das Weib begeht Ehebruch.« Die Prostitution ist unentbehrlich; die armen Mädchen können einem zwar leid tun, aber man muß sie ihrem Schicksal überlassen. Es genügte eigentlich diese Stichproben einer naiv brutalen Geschlechterphilosophie zu geben. Doch soll noch mit einem Wort auf die zuletzt angeführte Theorie von der einseitigen Verpflichtung der Frau in der Ehe eingegangen werden, weil sie im Grunde nur eine heute immer noch weithin herrschende Anschauung, die nur gewöhnlich heuchlerisch bemäntelt wird, offen ausspricht. Die gesellschaftliche Heuchelei verrät immerhin, daß man noch Gefühl dafür hat, was sein sollte, während Brunner die faktisch herrschende doppelte Moral zu einem als gerecht und natürlich anerkannten Prinzip machen möchte. Er beruft sich dabei auf die natürliche Verschiedenheit der Geschlechter in sexueller Beziehung. Sie kann nicht geleugnet werden. Eine wahre Sittlichkeit aber, die der Verfasser in endlosen, sich immer wiederholenden Reden fordert, kann nie erreicht werden, wenn man die natürlichen Bedürfnisse eines Teils als Norm aufstellt. Sittlichkeit ist nur im Kampf mit der Natur, in der Beherrschung und Bändigung natürlicher Kräfte möglich. Als Ideal bleibt, für die Frau wie für den Mann, die Monogamie unbestritten. Es wird vielleicht nie ganz erreicht werden, aber schon das Streben nach ihm kann das sexuelle Leben veredeln und erhöhen. Es mag richtig sein, daß die Frau von

2) Siehe Sommerfeld Die Entartung des Weibes im Bronnspiegel der Zeit /Berlin 1925/.

3) Siehe Brunner Liebe, Ehe, Mann und Weib /Potsdam 1924/.

der Natur mehr auf monogame Lebensweise hingewiesen ist als der Mann. Daraus folgt aber nicht, daß man sie bedingungslos unter die starre Formel dieses Ideals zwingen soll, während man den Mann von jeder Verpflichtung freispricht. Soll die Frau dem monogamen Ideal Geltung verschaffen, es auch dem Mann gegenüber, soweit es möglich ist, durchsetzen können, so muß sie frei und ihm gleich sein. Dies ist der Sinn der neuen sittlichen Anschauungen, die Brunner mit dem Aufwand vieler Worte als unsittlich stempeln möchte. In diesem Punkt ist der Frauenarzt Bernhard A. Bauer etwas moderner⁴. Er verteidigt das Recht der freien Liebe. Er glaubt überhaupt von Vorurteilen gänzlich frei zu sein, er betont mehrmals, daß er in keiner Weise mit antifeministischen Schriftstellern wie Weininger oder Möbius sympathisiere. Das Resultat seiner vielleicht in gutem Glauben angestellten Beobachtungen ist dann aber doch von dem seiner Vorgänger nicht sehr verschieden: Der einzige Lebenszweck der Frau ist dem Mann zu gefallen, deshalb übt sie Verstellung und Lüge ihr ganzes Leben lang. »Das Weib wird ausnahmslos zur Zier- und Modepuppe; ich sage ausnahmslos.« Emanzipation, gut, aber in den Grenzen, die dem Wesen des Weibes entsprechen. »Lehrer und Lehrmeister jedes ernsten Berufes bleibt doch der Mann, nur der Mann.« Besonders liebenswürdig gehalten ist dann auch das Kapitel über die "alte Jungfer". Diese Darstellung, die kein gutes Haar an der Frau läßt, abgesehen davon, daß ihre Fähigkeit sich in der Ehe den Gewohnheiten und Ansichten des Mannes anzupassen gerühmt wird, soll aber keineswegs die Frau »verunglimpfen oder herabsetzen«. Diese heutzutage immerhin etwas erstaunlichen Ansichten erklären sich wohl daraus, daß der Verfasser glaubt ausschließlich auf Grund der Beobachtungen in seiner frauenärztlichen Praxis eine umfassende Erkenntnis der weiblichen Seele erlangen zu können. Sein Gesichtswinkel ist von vornherein viel zu eng, beschränkt auf das rein Sexuelle, und seine naive und grobkörnige Psychologie versagt bei der Behandlung der geistigen und seelischen Probleme, die über diese Sphäre hinausreichen, macht ihm den Einblick in jede auch nur ein wenig komplizierte Frauenseele unmöglich. Auch bei diesem Autor wirkt wohl, ihm selbst vielleicht nicht bewußt, das Motiv der feindlichen Abwehr gegen die neuen Kräfte, die in der Frauenwelt leben, und die durch die Beschränkung der Frau auf die Gattungsbestimmung stillgelegt werden sollen. Aus dieser negativen Einstellung erklärt sich, daß in all solchen Schriften irgendwelche erheblichen Erkenntnisse über das Wesen der Frau nicht zutage gefördert werden. Bei allen Theorien, die diese Männer, alle Frauen über einen Kamm schierend, über den weiblichen Charakter aufstellen, hat man immer nur das Gefühl, daß sie die Frauen, so wie sie wirklich sind, überhaupt nicht kennen.

Das Gegenstück zu dieser Art Geschlechterpsychologie bildet das aus 2 Büchern bestehende Werk, in dem Mathilde Vaerting eine Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib unternimmt.⁵ Hier wird der Kampf um die Macht von der Frauenseite geführt, und im Gegensatz zu der Auffassung, die in der Frau nur das Geschlechtswesen sieht, wird hier jeder Unterschied zwischen den Geschlechtern geleugnet. Der 1., bereits 1921 veröffentlichte

4) Siehe Bauer *Wie bist du, Weib? Betrachtungen über Körper, Seele, Sexualität und Erotik des Weibes* /Wien 1923/.

5) Siehe Vaerting *Die weibliche Eigenart im Männerstaat und die männliche Eigenart im Frauenstaat* /Karlsruhe 1921/ und *Wahrheit und Irrtum in der Geschlechterpsychologie* /Karlsruhe 1923/.

Band geht von der Annahme aus, daß früher im menschlichen Gemeinschaftsleben eine Frauenherrschaft ganz parallel der heutigen Männerherrschaft bestanden habe, und soll beweisen, daß in dieser Zeit die Frauen alle Eigenschaften und Gewohnheiten besaßen, die heute als spezifisch männlich gelten, und umgekehrt die Männer in der heute als weiblich bezeichneten Eigenart erschienen, daß alle Geschlechtsunterschiede ausschließlich ein Produkt der ungleichen Verteilung der Macht unter den Geschlechtern seien. Es ist nun in dem Buch eine Menge interessanten Materials zusammengetragen, aus dem hervorgeht, daß in der Tat sehr viele uns heute männlich erscheinende Eigentümlichkeiten irgendwo und irgendwann auch an Frauen beobachtet worden sind und umgekehrt, vom weiblichen Kriegsdienst bis zur männlichen Hausarbeit und Kinderpflege, von der umgekehrten Differenzierung der Körperformen und der Kleidung bis zur Umkehrung der doppelten Moral. Diese Tatsachen sind sehr geeignet nicht nur die grob antifeministischen Anschauungen zu widerlegen sondern auch die landläufigen Meinungen von einer in bestimmten Sätzen festlegbaren "weiblichen Eigenart" zu erschüttern und freieren und voraussetzungsloseren Anschauungen Raum zu schaffen. Das ist zu loben, das meiste andere des Buches ist es leider nicht. Das Bild der Menschheitsentwicklung, das Vaerting aus ihrem Material konstruiert, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Die Theorie, daß in den Anfangsformen des menschlichen Gemeinschaftslebens die Funktionen zwischen den Geschlechtern genau umgekehrt verteilt waren wie heute, steht mit so vielen Tatsachen im Widerspruch, daß eine objektive Forschung versuchen würde die einzelnen Fälle aus besonderen zeitlichen, ethnischen, kulturellen Voraussetzungen zu erklären. Vaerting aber nimmt einen Zug aus dem Leben der Kamtschadalen, einen von den alten Ägyptern, einen von den Singhalesen und fügt daraus das Gebäude ihres "Frauenstaats" zusammen. Schon in den eigenen Argumentationen der Verfasserin sind so viele Widersprüche, daß sie allein die Glaubwürdigkeit des Gesamtbilds in Frage stellen. So beruht nach ihrer Theorie die heutige Gesellschaftsform in allen ihren Einzelheiten, besonders was die Stellung der Frau angeht, auf der Herrschaft des Mannes, nirgends kann sich die Frau frei entwickeln, lückenlos umschließen sie die Mauern, die er um sie herum aufgeführt hat. Diese absolute Herrscherstellung ist das Prinzip der »eingeschlechtlichen Vorherrschaft«, müßte also im umgekehrten Fall auch von der Frauenherrschaft gelten. Was nun aber Vaerting selbst, um ihre Theorie zu stützen, über die Zustände in Sparta berichtet, will in diesem Sinn durchaus nicht stimmen. Hier hatten die Frauen eine freie Stellung, sie waren sogar in ihrem sexuellen Leben weniger beschränkt als der Mann. Wir hören aber nicht, daß Frauen in Sparta regierten, unter Ausschluß der Männer den Rat der Alten und die Volksversammlung bildeten, den Kriegsdienst ausübten; die spartanische Geschichte überliefert nicht einen einzigen Frauennamen. Daraus ergibt sich, daß im "Männerstaat" eine weitgehende Freiheit der Frau möglich war. Die gesamten Konstruktionen des Buches beruhen auf durchaus unwissenschaftlicher Quelleninterpretation. Stärker aber als alle Einzelheiten steht das Gesamtbild dieser Geschichtsauffassung im Widerspruch mit einer unbefangenen Betrachtung der Dinge. Selbst wenn es Völker gegeben hat, in denen Frauen zeitweilig eine Stellung hatten, die der des Mannes von heute teilweise ähnlich ist, wie ist es zu erklären, daß jetzt überall die Entwicklung einen entgegengesetzten Verlauf genommen hat, warum sind die Spuren dieser

Frauenherrschaft überall so restlos verschwunden? Hier beginnt erst die eigentliche Schwierigkeit, und auf diese Frage hat Vaerting, da sie auch nicht die größere physische Kraft des Mannes gelten läßt, nur die Antwort, daß weibliche und männliche Vorherrschaft in einer »Pendelbewegung« abwechseln. Eine ganz mechanische, äußerliche Erklärung, die dem komplizierten Wesen geschichtlicher Prozesse nicht von fern gerecht wird. Wieviel tiefer sieht Olive Schreiner, wenn sie die veränderte Stellung der Frau mit den Wandlungen der Formen der produktiven Leistung in Zusammenhang bringt.⁶ Vaerting dagegen gelangt zu dem Schluß, daß nicht die Macht der Leistung folgt, sondern umgekehrt die Anerkennung der Leistung beim Herrschenden und Beherrschten stets proportional dem Machtverhältnis ist. »Die weibliche Schwäche ist nicht die Ursache der Arbeitsteilung sondern die Folge derselben . . . Wenn die Frau herrscht, so ist sie dem Mann ebenso an körperlicher Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit überlegen, wie es bei Männerherrschaft der Mann ist.« Gewiß steigert die Macht auch die Leistungsfähigkeit, aber welcher grob äußerlicher Begriff der "Macht" liegt diesen Anschauungen zugrunde, welcher Mangel an tieferm Verständnis für das eigentliche Wesen der Macht (die, abgesehen von vereinzelt ephemerer Bildungen, immer in Schaffenskräften ihren Ursprung hat)! In dem 2. Band wendet sich die Verfasserin gegen die bisher geübte Frauenpsychologie. Sie erklärt sie zum Teil wieder aus dem Machtstreben des Mannes: Alle spezifisch weiblichen Eigenschaften sind dem weiblichen Geschlecht von dem herrschenden männlichen Geschlecht nur beigelegt worden, um einen möglichst großen Abstand zwischen den Geschlechtern und dadurch die Herrschaft des Mannes aufrechtzuerhalten. Einige tatsächlich vorhandene Unterschiede sind durch Erziehung und Gewöhnung von seiten des Mannes entstanden. Als weiteres Moment zur Widerlegung aller Aussagen über die Geschlechtsunterschiede führt Vaerting den Begriff der Sexualkomponente ein, das heißt die Beeinflussung von Experimenten und Enketen sowie Beobachtungen in der Schule durch sexuelle Einflüsse zwischen Versuchsleiter und Versuchspersonen. Sie glaubt zum Beispiel, die allgemeine Annahme einer größeren weiblichen Emotionalität, die tatsächlich nicht vorhanden sei, sei besonders auf Störung der Experimente durch sexuelle Erregung zurückzuführen, und führt zum Beweis die Ergebnisse einer amerikanischen Forscherin an, die zu entgegengesetzten Resultaten gekommen ist. Außerdem erklärt sie tatsächlich beobachtete Eigentümlichkeiten der Frau, größere Neigung zum Mitleid, Härte des Urteils gegenüber dem eigenen Geschlecht, aus dem Eintreten oder Wegfallen des sexuellen Einflusses. Sie meint, das weibliche Mitleid trete nur dem Mann gegenüber hervor, und der Mann sei gegen die Frau ebenso mitleidig und andererseits gegenüber dem eigenen Geschlecht ebenso hart im Urteil wie die Frau; daher sei Objektivität im Richterberuf allein für die Frau oder den Mann überhaupt nicht möglich. In dieser Beweisführung steckt richtige Beobachtung, und es ist verdienstlich, daß die Verfasserin die Aufmerksamkeit auf bisher zu wenig beachtete Zusammenhänge gerichtet hat. Aber es scheint auch, daß sie die Bedeutung der Sexualkomponente, über deren Wirkung sie selbst keine genaueren Angaben machen kann, und deren Eintreten sie immer nur als möglich bezeichnet, überschätzt. So sind ihre Ausführungen über die Wirkung des verschiedenen Geschlechts der Lehrkräfte

in der Schule bestritten. Hans Voigt, der sich mit der Sexualkomponente Vaertings auseinandersetzt, kommt zu dem Ergebnis, daß die meisten Schülerinnen der Frage, welchen Geschlechts die Lehrkraft sei, gleichgültig gegenüberstehen, und findet, daß das Untersuchungsmaterial Vaertings nicht ausreichend ist, um ihre Behauptungen zu stützen.⁷ Aber auch hier entscheiden nicht Einzelheiten über den Wert der Theorie sondern ihr Gesamtcharakter. Und da tritt uns wieder das Mechanisch-Äußerliche in der geistigen Orientierung der Verfasserin entgegen. Es wird gleichsam rechenmäßig festgestellt, daß der Mann sich gegenüber dem Weib ebenso verhalte wie das Weib gegenüber dem Mann, und daß es nur einer Gleichstellung der Geschlechter bedürfe, um alle Konflikte und Schwierigkeiten in schönster Harmonie und Gerechtigkeit aufzulösen. Eine unbefangene Betrachtung wird den heute vorhandenen Unterschied zwischen Mann und Frau, wenn er sich auch gewiß nicht dogmatisch festlegen läßt sondern dem Erklärer immer neue Rätsel aufgibt, da tatsächlich alle als weiblich geltenden Eigenschaften auch beim männlichen Geschlecht vorkommen, nicht übersehen können. Sie wird auch nicht die unbestreitbare Tatsache, daß produktive Höchstleistungen von Frauen, die sich mit denen des männlichen Geschlechts auch nur annähernd vergleichen ließen, bis jetzt nicht vorliegen, damit erklären, daß der Mann die Frau unterdrückt habe und nicht zur Produktion gelangen lasse. Gegen diese Begründung wird sich immer wieder die Frage erheben: Warum hat sich die Frau unterdrücken lassen? Wäre es wirklich so, daß die Frau ohne weiteres ganz das Gleiche leisten, genau die gleichen Eigenschaften wie der Mann entwickeln würde, sobald nur der Mann sie nicht unterdrückte, hätte sie wirklich ihr ganzes Wesen durch die männliche Vorherrschaft verbiegen und verzerren lassen, so wäre das zum mindesten auch ein Beweis von "Inferiorität". In die Problematik des weiblichen Wesens tiefer einzudringen erweist sich die Auffassung Vaertings genau so unfähig wie die der Antifeministen. Man wird ihr überall da zustimmen, wo sie für das weibliche Geschlecht volle Gleichberechtigung und Freiheit, absolute Vorurteilslosigkeit in der Erziehung fordert und die Bedenken, die man dagegen erhebt, wie drohende Zerstörung des Familienlebens, Sinken der sexuellen Moral, zurückweist. Aber man wird im Sinn einer wirklichen und tiefern Lösung der Frauenfrage unbedingt ihre Grundauffassung ablehnen, die das gesamte Problem zu einer bloßen Machtfrage zwischen den Geschlechtern macht, die rein mechanisch ausgekämpft werden muß. Nicht darauf kommt es an, daß die Frau "Macht" erringt, mit der dann die Leistungen von selbst kommen, sondern daß sie in Gemeinschaft mit dem Mann, ohne das törichte Wägen und Rechnen, wer mehr leisten kann, den Willen zum Schaffen in sich wachsen und sich auswirken läßt.

Wertvoll ist indessen der psychologische Teil des Vaertingschen Buches als Kritik an der Geschlechterpsychologie, die eine grundsätzliche psychische Verschiedenheit zwischen Mann und Frau zur Voraussetzung hat. Selbst einer so sachlichen und ernsthaften, gerechten und vorsichtigen Untersuchung gegenüber, wie sie das bekannte Buch Gustav Heymans' ist⁸, bleibt der Zweifel bestehen, ob die festgestellten Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht größtenteils darauf beruhen, daß die Vergleiche nicht auf

7) Siehe Voigt Das Interesse für Unterrichtsfächer an Höheren Mädchenschulen, in der Zeitschrift für angewandte Psychologie 1924 Seite 225 und folgende.

8) Siehe Heymans Die Psychologie der Frauen, 2. Auflage /Heidelberg 1924/.

der selben Basis angestellt wurden, angestellt werden konnten. Heymans glaubt, vor allem auf Grund von Enqueten, aber auch unter Zuhilfenahme von Beobachtungen und Erfahrungen des täglichen Lebens, eine Reihe spezifisch weiblicher Eigenschaften feststellen zu können. Als Grundzug des weiblichen Wesens, der auch alle ihre übrigen Eigenschaften bedingt, erscheint ihm dabei ihre Emotionalität. Aber es muß vor allem betont werden, daß Heymans selbst alle diese besonderen weiblichen Eigenschaften immer nur als »durchschnittlich« verstanden wissen will. Sie sind immer nur häufiger und in höherm Grad bei Frauen als bei Männern beobachtet worden. Sie können also in keiner Weise analog den körperlichen Geschlechtsmerkmalen als angeborene unabänderliche Eigenschaften betrachtet werden. Die Frage, wie weit sie durch äußere Einflüsse, durch Erziehung und Lebensweise hervorgerufen und daher wandelbar sind, bleibt also immer offen. Gerade für die angeblich unbezweifelbare Theorie von der größern Emotionalität der Frau fällt der Einfluß der Erziehung, der allgemeinen Meinung, die dem Mann lebhaftere Gefühlsäußerungen verbietet, stark ins Gewicht. Die Theorie wird auch durch die Beweisführung Vaertings sehr erschüttert. Auch erweisen sich bei genauer Betrachtung die Grundlagen der verschiedenen Enqueten oft als sehr schwankend. Die Angaben widersprechen sich; so finden Frauen eine Eigenschaft, etwa Furchtsamkeit oder Ehrgeiz, häufiger bei Männern, Männer häufiger bei Frauen, und sehr oft hat man das Gefühl, daß die Antworten auf eine Frage von der herrschenden Meinung bestimmt sind. Bei der Untersuchung der weiblichen Intelligenz gelangt Heymans zu dem Ergebnis, daß die Seltenheit weiblicher Genies weniger auf Mangel an Fähigkeiten als auf Mangel an Neigungen, weniger auf dem Können als auf dem Wollen beruht. Hier steckt, vom Verfasser unbemerkt, ein Ansatz zu einer tiefern Auffassung des Willens und der Schöpferkraft überhaupt. Angeborene unabänderliche Verschiedenheit der Geschlechter nimmt auch Adolf Heilborn in einer kleinen Studie an.⁹ Er ist Mediziner und schließt, seiner naturwissenschaftlichen Auffassung von der Seele als Funktion des Körpers folgend, aus den physischen Unterschieden auf entsprechende Differenzen im Geistigen. Auch scheint er zuweilen stark im Bann dogmatischer Überlieferung, so wenn er die heute doch im allgemeinen wohl überholte Lehre von der geistigen Inferiorität des Weibes auf Grund seines geringern Hirngewichts wieder aufwärmt. Andererseits aber ist er durchaus von dem Streben zu objektiver Betrachtung geleitet, er erkennt eine Reihe von sekundären Geschlechtsmerkmalen als Produkt der Entwicklung und Erziehung. Und zweifellos gelangt er in seiner geschichtlichen Darstellung der sozialen Stellung der Frau, in der er vielfach die selben Tatsachen behandelt wie Vaerting, zu einem richtigern Bild, wenn er zum Beispiel die freie soziale Stellung der ägyptischen Frau im Ehe- und Familienrecht, eine der Hauptstützen des Vaertingschen Frauenstaats, aus mütterrechtlichen Anschauungen erklärt, die sich bis in die Zeit sozialer und politischer Herrschaft des Mannes erhielten.

Wenn auch bestimmte, ausschließlich feministisch gerichtete Kreise dem Buch Vaertings begeistert zugestimmt haben, so ist ihre Auffassung des Geschlechterproblems doch nicht die unter den heutigen Frauen herrschende. Obgleich der Kampf um die Gleichstellung der Frau in der Praxis noch

9) Siehe Heilborn *Weib und Mann* /Berlin 1924/.

nicht zu Ende ist, so hat sich doch, wirtschaftlich wie geistig, schon eine gewisse Entscheidung vollzogen; es ist ein Punkt überschritten, unter den die Entwicklung nicht mehr zurückgehen kann, und antifeministische Tendenzen, wie sie in den anfangs charakterisierten Büchern zutage treten, dürften im allgemeinen unter Menschen, die mit ihrer Zeit leben, heute kaum noch erheblichen Widerhall finden. Daher handelt es sich auch bei den Frauen, die sich um die Erkenntnis der Aufgaben ihres Geschlechts bemühen, nicht mehr in erster Linie um den Kampf gegen die männliche Vorherrschaft. Sie suchen vielmehr positiv zu bestimmen, was sie als Frauen sein und leisten sollen. Die Antworten, die von den Frauen selbst auf diese Fragen gegeben werden, fallen freilich verschieden genug aus. Der Kampfegeist der ältern Generation ist noch lebendig in dem Buch der Schweizer Ärztin Emanuele Meyer¹⁰. Es wendet sich mit großem Nachdruck gegen die Auffassung, die in der Frau nur das Geschlechtswesen sieht, und gegen jede Entrechtung und Unterdrückung, die sich daraus herleitet. Die Verfasserin lehnt überhaupt die Überbetonung des Geschlechtlichen und die Überschätzung seiner Bedeutung im menschlichen Leben ab und predigt warmherzig und begeistert den Frauen die großen Aufgaben, die sie auf geistigem Gebiet, in der Ausübung der Liebe und Mütterlichkeit nicht nur gegen die Angehörigen sondern gegen den Mitmenschen schlechthin zu erfüllen haben. Leider ist nicht zu verkennen, daß die Verfasserin, so stark sie einerseits die Befreiung der Frau von überlebten Konventionen fordert und einen neuen Frauentypus heraufbeschwören will, andererseits doch selbst teilweise noch im Bann alter Anschauungen steht, an manchen Problemen des modernen Frauenlebens vorbeisieht und zu anderen keine unbefangene Stellung findet; so etwa, wenn sie gegen die Frau, die eine Zigarette raucht, einen fürchterlichen Fluch schleudert (als ob das Rauchen beim Mann nicht genau so abscheulich, nicht genau das selbe unsoziale Laster ist), oder wenn sie den Satz aufstellt, die Frauen sollen zwar über die Politik Bescheid wissen, aber sich, mit ganz wenigen Ausnahmen, nicht politisch betätigen.

Ganz anders lauten die Stimmen, die sich aus der jungen Generation erheben. Während bei den Älteren immer vorerst das Gleiche zwischen Mann und Frau betont wird, verkünden die Jungen ein Sichbesinnen auf das eigentlich und ursprünglich Weibliche. Sie rücken nicht wie jene die Geschlechtsbestimmung so weit wie möglich in den Hintergrund, sondern sie gehen gerade von dem Verhältnis zum Mann und Kind aus und betonen und unterstreichen seine Bedeutung. Sie wollen gar nicht für ihr Geschlecht etwas erkämpfen, sondern sie glauben, daß die Frau gerade durch ihre Beschränkung auf ihre weibliche Naturbestimmung mächtig sei. Sie bedienen sich auch nicht der Methoden der wissenschaftlichen Untersuchung sondern wollen auf intuitivem Weg zu ihrem Ziel kommen. Freilich scheint es, daß sie dabei leicht den Boden unter den Füßen verlieren, und daß sich daraus die bisweilen etwas absonderlichen und durchaus entgegengesetzten Ergebnisse erklären, zu denen sie gelangen. In Elisabeth Hahns Buch des Lebens nimmt die Verfasserin, die sich ursprünglich Eva nannte, dadurch für die Frau eine besondere hohe Bedeutung in Anspruch, daß sie ihr, in ihrer eigenen Person nämlich, die Rolle einer Welterlöserin zuspricht, daß sie mit ihrem Auftreten eine neue Epoche der Geschichte beginnen läßt.¹¹ Eva, die

10) Siehe Meyer *Das Weib als Persönlichkeit* /Leipzig 1924/.

11) Siehe Hahn *Das Buch des Lebens* /Rudolstadt 1923/.

im Stil des Zarathustra schreibt, freilich ohne seine dichterische Kraft, und sich auch selbst als Nachfolgerin oder eigentlich als Überwinderin Zarathustras gibt, will anscheinend durch eine breit ausgeführte Verkündigung ihrer göttlichen Sendung, die mindestens die Hälfte des Buches ausmacht, die Bedeutung dessen, was sie sachlich zu sagen hat, ersetzen. Ihre teils aphoristischen teils in Form von Legenden gekleideten Offenbarungen enthalten an Kritik der heutigen Kulturwelt manches richtig Empfundene; über das Weib erfährt man, daß es seine Aufgabe ist den Mann zu lieben und durch diese Liebe mächtig zu werden, der Liebe zum Sieg in der Welt zu verhelfen. Über das Wesen der Liebe, wie sie zwischen innerlich freien Menschen sein soll, wird manches fein und tief gefühlte Wort gesprochen, und sicher steht hinter allem ein Wille zu Neuem und Lebendigem. Aber in dieser überspannten Form und dieser merkwürdigen Glorifizierung der Frau und des weiblichen Prinzips würde sich kaum eine wirklich zukunftsbergende Kraft äußern. In einem ähnlichen Ton der Offenbarung gehalten ist ein Buch Maria Groeners¹², nur daß es auf den Spuren Schopenhauers wandelt und die Eingebung verkündet, das Weib sei nicht für die Welt, nicht für Gott, nicht für die Ewigkeit da sondern nur für diese arme kleine Spanne Zeitlichkeit und für das Köstlichste in ihr, für den Mann, daß es »wieder Rippe werden« und dadurch den Mann erlösen soll. Der Erlöserberuf der Frau, der doch Allliebe erfordert, wird aber aufgehoben, wenn die Erlöserin gleichzeitig einer ebenso verwerflichen wie albernen Rassenanmaßung huldigt. Es ist sehr schade, daß Groener, die in ihrem Buch vieles Sympathische und auch Richtige sagt und von einem Streben nach echter Gesinnung erfüllt ist, in diesem entscheidenden Punkt von der heute in manchen Kreisen herrschenden Verblendung infiziert und dadurch geistig heruntergebracht wurde.

Im Gegensatz sowohl zu dieser unfruchtbaren und unklaren Verkündigung des Nurweiblichen wie zu dem mechanischen Gleichheitsstandpunkt Vaertings steht die 3. Generation der Frauenbewegung. Ihr Suchen und Ringen nach Klarheit über ihre Bestimmung, ihr Wille zum mitgestaltenden Schaffen spricht aus dem Buch Lenore Kühns.¹³ Die Verfasserin sieht und fühlt das Besondere des weiblichen Wesens in einer starken Verbundenheit mit der Natur und in unmittelbarem Gebundensein an das Persönliche, in einem unauslöschlichen Gefühl für den Wert des Menschen. Wohl nicht alle Wesenszüge, die sie in ihrer zuweilen ein wenig überschwenglichen Darstellung den Frauen beilegt, werden vor der Wirklichkeit, vor der großen Mannigfaltigkeit der heutigen Frau standhalten. Aber Kühn hat doch mit einer sichern Einfühlungsfähigkeit, die sich auch in der psychologischen Ergründung einzelner bedeutender Frauen ausspricht, im Wesen der Frau, wie sie sich bis heute entwickelt hat, einen starken Grundzug richtig gefühlt, einen Zug, der vielleicht für das Mitwirken der Frau an der Gesamtkultur fruchtbar werden kann. Sie empfindet vor allem einen scharfen Gegensatz der weiblichen Natur zu dem Starren und Schematischen der heutigen Zivilisation, der die Frau drängt für die Entfaltung einer lebendigen persönlichen Kultur, für die immer weniger Platz bleibt, zu kämpfen. Aber es ist ihr klar, daß die Frau in die sachliche Kultur hineinwachsen muß, gerade um ihr eigenes Wesen zu entwickeln, daß sie abgesperrt worden ist von dem vollen Leben,

12) Siehe *Groener Hominibus bonae voluntatis* /Nürnberg 1923/.

13) Siehe *Kühn Wir Frauen* /Langensalza 1923/.

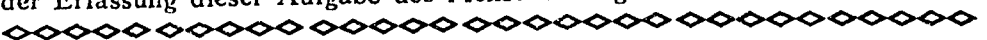
eingezwängt in die rein geschlechtliche Sphäre, beschränkt auf die enge Welt des Hauses, aus der sie hinaustreten muß in die große Welt. Sie sieht, daß die Frau heute förmlich sklavisch abhängig von den äußerlich herrschenden, aber innerlich toten gesellschaftlichen Anschauungen und Formen ist, daß sie innerlich frei werden muß, wenn sie von sich aus etwas Neues geben will. Tief verwurzelt im Wesen der Frau scheint ihr der Zug zur Hingebung, zur passiven Einfügung in die Natur und zur liebenden Hingabe an einen Menschen, ohne daß sie dabei verkennt, daß diese Liebe eine starke Wurzel des Egoismus, des Willens zur Macht in sich trägt. Und die junge Generation möchte, im Gegensatz zu jener ältern, die im Kampf um neue Freiheiten oft heroisch und asketisch auf innerstes persönliches Glück verzichtete, diesen Zug nicht unterdrücken. Lenore Kühn erkennt, daß für die Frau, wenn sie die neuen Aufgaben, die vor ihr stehen, erfüllen und doch ihr eigenes menschliches Glück nicht aufgeben will, äußere Entlastung noch nicht ausreicht, daß sie vor allem selbst ihr Wesen innerlich erweitern muß, um beides zu vereinen. Sie weiß, daß schmerzliche Konflikte nicht ausbleiben können, Konflikte vor allem für die Frau, die Persönlichkeit sein, als Persönlichkeit schaffen will und zugleich in der Liebe ihr Selbst aufzugeben gedrängt wird. Es ist wohl so, daß diese Neigung der Frau zur Passivität und zum Aufgeben ihrer selbst, die ihren Ursprung vielleicht in ihrer generativen Bestimmung hat, einen Grund für den Mangel originaler weiblicher Produktion bildet. Die junge Generation aber weiß, daß dieser Konflikt durchgekämpft werden muß, daß hinweg über die bedingungslose Demut und Selbstvernichtung, die früher zum Frauenideal gehörte, ein neuer Frauentypus Hingabefähigkeit und Schaffensaktivität in einer neuen Form vereinigen muß. Kühn ist überzeugt von dem Wert, den die Arbeit und der Beruf für die Bildung der Persönlichkeit der Frau haben, sie wehrt mit größter Entschiedenheit alle Versuche ab die Frau wieder auf eine spezifische Weiblichkeit zu beschränken und sie von der herben Luft der Sachlichkeit und der Wissenschaft abzuschließen. Ihre Forderung persönlicher Kultur ist von jeder Weichlichkeit weit entfernt. »Die Persönlichkeit arbeitet sich an der Leistung und durch die Leistung heraus . . . Die beste persönliche Ausbildung und Kultur ist die seine Persönlichkeit zunächst gründlich beiseite zu setzen.« Das sind ausgezeichnete Worte. Und besonders wichtig ist es, daß eine Frau diese Erkenntnis ausspricht, die noch vielen Männern nicht aufgegangen ist. Die Möglichkeit zur Hingabe an eine Sache findet Kühn in dem religiösen Gefühl der Frau. Die Aufgabe ist die Vereinigung sachlicher und persönlicher Kultur. »Sie kann die Frau erhoffen, gerade wenn sie selbstlos, aber mit ihrem ganzen Menschen, nicht mit einer Teilfunktion der Sachkultur dient.«

Stärkere und lebendigere Hoffnungen als alle theoretischen Erwägungen, Forderungen, Wünsche und Glaubenssätze erweckt ein Buch, das eine wirkliche Frau, die gelebt und gewirkt hat, wie wir es von einer neuen Frau erwarten, vor uns hinstellt. Es ist das ergreifende Lebensbild, das James Ramsay MacDonald von seiner verstorbenen Gattin gezeichnet hat, und das kürzlich auch in deutscher Übersetzung erschien.¹⁴ Verehrende Liebe und gehaltene Trauer um die früh Entrissene haben dem Biographen die Feder geführt, und so ist ein Denkmal dieses reichen und seltenen Lebens ent-

14) Siehe *MacDonald Margaret Ethel MacDonald* /Berlin 1924/.

standen, das eine wundervolle Harmonie atmet, und dessen Form sich oft zu dichterischer Schönheit steigert. Margaret Ethel MacDonald entstammte der Familie Gladstones. Mit feinsten Einfühlung schildert ihr Gatte den Gang ihrer Entwicklung. Durch eine freie und glückliche Jugend an inneren Kräften reich geworden, fest wurzelnd in einem echten religiösen-Glauben, erarbeitet sie sich langsam, zuerst noch stark befangen in den Vorurteilen der bürgerlichen Gesellschaft, in der sie lebt, eine eigene Lebensauffassung. Ihr Sozialismus gründete sich auf Religion, er war die praktische Verwirklichung der von der Bibel geforderten Nächstenliebe; er wurde ihr, der begeistert tätigen Anhängerin der Arbeiterpartei, niemals zum Parteidogma oder zur bloßen Klassenforderung sondern blieb immer weite offene Menschlichkeit. Ihr Leben war ausgefüllt bis zum äußersten. Als sie ihren Weg erkannt hatte, widmete sie sich vor allem der Organisierung und Förderung der Frauenarbeit in umfassendem Sinn. Sie arbeitete für die gewerbliche Ausbildung der Mädchen, für die Arbeitsbedingungen der Frauen in den verschiedensten Berufen, die der weiblichen Konstitution angepaßt werden mußten, sie beschäftigte sich eingehend mit der Lage der Heimarbeiterinnen und trat für ihre allmähliche Abschaffung ein, sie tat Schritte, um der weiblichen Erwerbslosigkeit zu steuern, sie widmete besondere Aufmerksamkeit dem Kellnerinnengewerbe und arbeitete auf dessen Beseitigung hin. Auf vielen Gebieten wirkte sie bahnbrechend, indem sie zugleich die Blicke über das eigene Land hinaus richtete und die Entwicklung in anderen Ländern verfolgte. Dabei hatte sie keinen Ehrgeiz für ihre Person, sie tat ihre Arbeit in dem wahren Geist der Sachlichkeit, der keinen Unterschied der Stellung kennt und die notwendige Kleinarbeit ebenso hoch wertet wie die nach außen groß erscheinende Tätigkeit des Leitens und Organisierens. Sie war auch politisch sehr aktiv, sie war unbedingte Anhängerin des Frauenstimmrechts, aber sie ging niemals in der formalen Politik auf und stand zu der Suffragettenbewegung eher im Gegensatz. Auch in der Politik kam es ihr nur auf die sachliche Leistung an. Sie gründete die Women's Labour League, eine politische Organisation der arbeitenden Frauen, nicht um die Frauen in Gegensatz zu den Männern zu bringen, sondern gerade um sie zum politischen Denken und Handeln, zur gemeinsamen Arbeit mit dem Mann zu erziehen. Und doch hat ihre Tätigkeit, deren Umfang und Intensität alle bewunderten, niemals ihr menschliches Leben ausgetrocknet. Ihr Familienleben war voller Wärme und Innigkeit, sie hatte ein gastfreundliches Haus, in dem viele Menschen, vor allem Anhänger der sozialistischen Bewegung, Anregung, Belehrung und Freundschaft fanden, und die Schilderung der Reisen, die sie mit ihrem Gatten fast um die ganze Erde führten, zeigt, daß sie das Dasein in seiner vollen Weite ausschöpfte. Auf der Höhe ihres Lebens, 41 Jahre alt, mitten im vollen Schaffen, traf sie der Tod, den sie nie gefürchtet hatte, zu dem sie immer bereit gewesen war. Ihr Leben war, wie ihr Biograph in einem schönen Bild sagt, »ein Tempel, der nicht vollendet, eine Geschichte, die nicht auserzählt, eine unbeendete Schlacht, nichtsdestoweniger eine Schönheit und Verheißung, die keine Jahre mehr zu ihrer Vollendung und Erfüllung brauchten«.

Hier ist ein Leben gelebt worden, das auf eine Sache gestellt war. Sein Zentrum war nicht den eigenen Wert zu erweisen sondern das Notwendige zu tun. In der Erfassung dieser Aufgabe des Menschen liegt die Zukunft der Frau.



ANNA SIEMSEN · SCHULAUFBAU ODER SCHULZERSTÖRUNG?



AGESANEKDOTEN gibt es, die zunächst nur zum Lachen erscheinen, die aber sehr ernste Dinge enthüllen. Eine solche geht augenblicklich durch Thüringer Zeitungen. In Windischleuba bei Altenburg wirkt ein junger, aus der Jugendbewegung stammender Schullehrer namens Hans Schumann. Seine Persönlichkeit und sein Äußeres mißfielen etlichen Gemeindemitgliedern, und sie schrieben darob an das Altenburger Schulamt: »Die äußere Erscheinung des Schumann ist äußerst auffällig. Als Kleidung trägt er kurze Hosen, nicht ganz bis ans Knie, kurze Jacke, nicht ganz bis zur Hüfte, zurzeit rehbrown. Im Sommer trägt er Sandalen und geht barfuß. Im Winter trägt er Sandalen und lange Strümpfe. Das Kopfhaar ist nach hinten gekämmt und reicht bis ins Genick. Schumann ist Vegetarier.« Jedes Schulamt erhält natürlich gelegentlich solch geistvolle Schreiben. Man erheitert sich daran und legt sie zu den Akten. Ist der Ort besonders abgelegen und rückständig, so redet man bei einem persönlichen Besuch dem Lehrer wie den aufgeregten Antivegetariern gut zu. Der Altenburger Schulrat, er heißt Franke, gab diese lustige Sache an das Ministerium weiter, erhielt den Auftrag sie ernsthaft, hochnotpeinlich zu untersuchen und stellte fest, daß »ein Teil der Einwohner von Windischleuba an der Kleidung des Lehrers Anstoß nehme«. Er fügte aus eigenem Antrieb hinzu, daß ein anderer Junglehrer in der Nachbarschaft sich ähnlich kleide. Nun kann das Verfahren gegen die langhaarigen und sandalentragenden Jünglinge losgehen, und das Publikum hat etwas zu lachen. Es hätte aber Anlaß zu ernsthafter Überlegung.

Wir erleben heute einen so beispiellosen Zusammenbruch unserer Wirtschaft, unserer öffentlichen Organisationen und unserer Lebensführung, daß uns mit Überlieferungstreue, mit Korrektheit und einem festen Sittenkodex verdammt wenig gedient ist. Vor einem Menschenalter wußten wir genau, daß ein Pfarrer einen schwarzen Anzug zu tragen, und daß der Lehrer vor allem auf die Wahrung seiner Autorität den Schülern gegenüber zu achten hatte. Ein barfußiger Lehrer wäre damals sicherlich ein Disziplinarfall gewesen. Heute? Ich hatte, als ich auf jene Zeitungsnotiz stieß, ein Buch des Ministerialdirektors Paul Kästner aus dem preußischen Unterrichtsministerium, Lebenszeugnisse für die Arbeit unserer Volksschule, vor mir. Darin schreibt der Leiter des preußischen Volksschulwesens über Revisionen der Aufsichtsbeamten: »Es ist noch keinem Schulmann irgendwelchen Grades ein Stein aus der Krone gefallen, wenn er schnell einmal zwischendurch mit den Kindern "Dritten abschlagen" gespielt oder, wenn die alten von Bureauluft verdorbenen Lungen nicht mehr mitkonnten, ihnen dazu verholfen hat . . . Kinder nehmen überhaupt einen Mann, der noch spielen kann, mit Recht sehr viel ernster.« Was einem Ministerialdirektor recht ist, sollte einem Schullehrer billig sein. Die Forderung nach freier körperlicher Ausbildung unserer Jugend wird immer lauter erhoben. Wir haben Ausbildungskurse und Propagandafilme und Hochschulen für Leibesübung und Stadien, die Millionen kosten. Und wenn ein Lehrer ernst macht mit gesundheitsgemäßem Leben, so kann ihm jeder überraschte Großvater die Disziplinarbehörde auf den Hals schicken.

Wie hier so überall. Unsere alten Maßstäbe, unsere Erziehungsgrundsätze und Unterrichtsmethoden sind problematisch geworden. Wir glauben nicht mehr an alleinseigmachende Lehrpläne oder Lehrweisen, und wenn irgend-etwas heute offiziell anerkannt ist, so ist es die Problematik unserer Lage, die unabwendbare Notwendigkeit zu suchen, zu forschen und zu experimentieren. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht ist das vom Reich errichtete Symbol dessen, daß wir Suchende sind, Wandernde auf noch unerforschten Wegen, nach einem erst undeutlich erkannten Ziel. Kein Suchen ist möglich ohne Irren. Wenn wir Wege finden wollen, müssen wir den Mut zu Umwegen haben. Es gibt keine Forderung, die heute so dringend und so selbstverständlich wäre wie die Forderung nach dem Recht des Weiterstrebenden durch Irrtümer seinen eigenen Weg zu finden. Was bleibt uns denn anderes übrig, da wir noch gar nicht wissen, was unseren Kindern körperlich und geistig nottut, da wir nur das eine bestimmt sagen können, daß wir sie für ein ganz anderes Leben erziehen als das unsere war, ein Leben, das sicherlich voll von Kämpfen, Krisen, Wandlungen sein wird, und das von ihnen vor allem Gesundheit des Körpers, unverbrauchte Frische des Geistes und ein unvoreingenommenes Urteil verlangt.

Es gibt eine große Anzahl Menschen, die diese Problematik unserer Lage sehen, die Mut und Liebe und Verantwortungsgefühl genug haben, um an die Arbeit des Pioniers zu gehen. Was wird mit ihnen? Die letzten Jahre sind erfüllt von hoffnungsvoll unternommenen Versuchen, die an behördlichem Widerstand scheiterten. In Hamburg, in Berlin, in Leipzig, in München, in Hellerau: überall sind Schulversuche abgebogen, gehemmt, zerschlagen je nach der Gemütsart und Erkenntnisweite der Schulbehörden. Darin liegt das ungemein Bedenkliche. Ich glaube nicht, daß irgendeiner dieser Versuche vollkommen gewesen ist. Keiner konnte es sein, denn Unvollkommenheit liegt im Wesen des Versuchs, Unvollkommenheit liegt auch im Wesen suchender Menschen, die wie wir alle einer Übergangsepoche angehören. Wenn Unvollkommenheit eines Versuchs hinreichender Grund ist ihn abzubrechen, dann haben wir auf jeden Versuch zu verzichten. Dann bleibt nur eins zu tun: zu den "alten, bewährten Methoden" zurückzukehren, die ein festes Ziel auf bekannten Wegen erreichen. Nur daß leider niemand mehr an dies Ziel glaubt. Was bleibt uns aber anderes übrig, wenn nicht in der öffentlichen Meinung eine sehr wesentliche Änderung eintritt? Diese Meinung sieht heute noch ebenso wie das Gesetz im Lehrer einen Erziehungsbeamten, der der Kontrolle und Disziplinierung seiner Vorgesetzten untersteht. Der Zustand entspricht einer Zeit, in der feste Maßstäbe feste Vorschriften ermöglichten, der Lehrer also genau wußte, wozu er sich verpflichtete, wenn er in den öffentlichen Schuldienst eintrat. Heute weiß er es nicht. Er wird im Seminar, in der Akademie und auf der Universität mit der Problematik unserer Lage bekannt gemacht. Er erhält nicht feste Vorschriften sondern den Ratschlag durch unablässige Bildung seiner Persönlichkeit zu einer selbständigen Lösung seiner Aufgabe zu kommen. Wenn er nicht ein hoffnungslos stumper und gleichgültiger Mensch ist, muß er also suchen, forschen und experimentieren. Und dann hängt sein Schicksal davon ab, ob der Schulrat, mit dem er es zu tun bekommt, Kästner oder Franke heißt.

Stellen wir uns die Lage eines Junglehrers vor, der aus der Lektüre Kästners die Überzeugung gewonnen hat, der inspizierende Schulrat liebe

"Dritten abschlagen" und offene Kameradschaftlichkeit. Seine Unorientiertheit kann ihn den Hals kosten und ihn für immer aus dem Staatsdienst werfen. Tut sie es nicht, so wird er sehr bald lernen, lernen müssen zu laviere. Er wird dem einen Schulrat den aufrechten Reformfreund vorspielen und dem andern den korrekten Beamten und Untergebenen, er wird, soweit das angeht, das einmal gut gedrillten Lehrstoff vorreiten und das anderemal "Arbeitsunterricht". Und da Schulaufsichtsbeamte normalerweise keine großen Menschenkenner und durchaus nicht immer große Pädagogen sind, hat er allerlei Aussicht, daß es glückt. Kaputt gehen dabei nur sein Charakter, die Schule, die Kinder — und unsere Zukunft. Aber wir haben keinerlei Recht ihm einen Vorwurf zu machen. Der Beamte, insbesondere der Lehrer, ist heute so ungesichert in Deutschland, daß nur der bequeme und korrekte Durchschnitt sicher sein kann sein Dasein ungekränkt durch amtliche Schikane zu verbringen. Und der Junglehrer ist darüber hinaus absolut schutzlos. Was ist die Folge? Daß alles lebendig Wagemutige und Erkenntnisdurstige aus der Schule gedrängt wird; denn derlei Menschen sind immer unbequem. Und daß wir innerhalb der Schule mit einer offiziellen Scheinreform spielen, die aufsichtführende Schulräte und in Schulreform dilettierende Eltern befriedigt, ohne die Ruhe zu stören. Das wäre erträglich in einer ruhigen Zeit. Heute, wo Deutschland mit Europa in eine drohende Krise hineintaumelt, wo wir bei Verlust unserer Existenz es lernen müssen zu durchgreifenden, kühnen Heilmitteln zu greifen, ist es tödlich für uns.

Ich brauche mit vollem Bewußtsein diesen Ausdruck, und zwar unter dem Eindruck einer Schulzerstörung, die nun weit ernster ist als die Disziplinierung des jungen Vegetariers in Windischleuba.

Der Thüringer Wald gehört zu den ärmsten Gegenden Deutschlands. Er ist die Heimat der schlechtestbezahlten Heimarbeit, der schlimmsten Frauen- und Kinderausbeutung. Landwirtschaft ist nur unter schweren Mühen, um kärglichsten Ertrag möglich, die Industrien (Glas-, Spielwaren-, Porzellanindustrie) sind zersplittert und halten sich bei ihrer schlechten Organisation nur dadurch, daß sie Hungerlöhne zahlen. Die Menschen sind in Weltabgeschiedenheit und Elend verkümmert, durch Inzucht und starken Alkoholgenuß vielfach körperlich geschwächt, hilflos und abgestumpft. Das ganze Gebiet ist auf Überseeexport eingestellt, der nur durch die sehr elende Lage der Arbeiterschaft lohnt. Jede Wirtschaftskrise ist hier eine unmittelbare Lebensbedrohung. Fängt Amerika an seine Spielsachen und Scherzartikel selbst zu produzieren, so ist eine Katastrophe da. Wir haben also auf engstem Gebiet und in verschärfter Form die Probleme unseres ganzen bedrohten Landes. Die Erziehungsaufgaben, die ganz Deutschland gestellt sind, sind nirgends so notwendig, so schwer zu erfüllen, so undankbar. Es erfordert die Hingabe eines ganzen Menschen und den Mut eines jugendlichen Glaubens, um überhaupt ans Werk zu gehen. Trotzdem ist hier, in Goldisthal an der Schwarza, eine Erziehungsarbeit geleistet worden wie an ganz wenigen Stellen in Deutschland. Das Glück hat hier nämlich 3 junge Lehrer zusammengebracht, die bei gleichem Wollen sich praktisch ergänzten. Ihnen gelang es auch den Gemeindevorstand zu gewinnen. In den Inflationsjahren baute ihnen die damals sozialistische Regierung ein Schulhaus, das das stattlichste im Ort und ein wirklicher Mittelpunkt des Dorflebens wurde. Und dann ging die Arbeit an. Es ist erstaunlich, was diese Lehrer in

kurzer Zeit geschaffen haben. Sie haben sich ihre Zimmer geschmückt und eingerichtet, sie haben ihre Schulbühne und ihr Puppentheater für die Kleinen. Sie machen sich selbst ihre Schulzeitung, ihren Wandschmuck und ihre Bilderbücher, haben ihre Bibliothek und ihr Orchester. Sie haben sich Gärten angelegt und aus dem Waldbach einen Badeteich aufgestaut, Sie haben ihren Lichtbildapparat und ihr selbstgebautes Radio, das in die Einsamkeit Nachrichten aus der großen Welt trägt. Aber wichtiger als das, was hier Lehrer und Kinder in gemeinsamer Arbeit aufgebaut haben, ist das, was aus den Kindern selbst langsam wächst. Ihre Bilder und Aufsätze, ihre Aufführungen und ihre Unterhaltungen mit dem Lehrer zeigen es, wie hier aus den schwersten Verhältnissen heraus Freude und Zutrauen erblühen, wie die Verkrampfung des Elends sich löst, und die Fähigkeit zum Beobachten, zum Urteilen, zum Schaffen und sich selber Helfen keimt und wächst. Es ist ganz selten, daß heute in Deutschland so still, beharrlich und selbstlos, daß so fruchtbar gearbeitet wird. Dazu hat diese Arbeit mit verhältnismäßig wenig Widerständen zu kämpfen gehabt. Ein wenig Streit mit dem sehr orthodoxen Pfarrer, eine Denunziation und vorübergehende Verhaftung der Lehrer, als der General Hasse die Thüringer Schulen 1923 ordnete, ein gelegentliches Bedenken der Eltern, weil die Kinder nicht auf Bänken saßen und das Einmaleins auswendig lernten: das war alles. Jede Behörde hätte sich glücklich schätzen sollen, daß ihr hier schwere Verantwortung durch den glücklichen Zufall und die hingebende Arbeit junger Menschen abgenommen wurde. Daß die 3 Lehrer Sozialisten waren, konnte selbst einer rechtsgerichteten Regierung nicht bedenklich sein, denn das ganze Schwarzwald wählt seit alters "rot", und eine Änderung darin ist undenkbar, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht grundlegend ändern. Es wird den Lehrern auch kein politischer Fehltritt vorgeworfen. Noch weniger wird irgendeine Kritik an ihrer Erziehungsarbeit geübt. Trotzdem wird diese Arbeit zerstört, unwiderruflich und gegen den Protest von Eltern, Schulvorstand und Gemeinde. Man hat den beiden noch nicht fest angestellten Lehrern gekündigt, weil sie Preußen seien. Allerdings gibt es in der Nachbarschaft preußische Junglehrer, die ungekündigt bleiben dürfen. Aber diese sind auch keine "Schulreformer". Sie haben einfach getan, was die Dienstordnung vorschreibt, und sich weiter nicht darum gekümmert, was aus den Kindern und der Gemeinde wurde. Das ist für Behörden bequem. So werden jene bleiben, und in Goldisthal wird mitten im Schuljahr, am 1. Februar, die Schule auseinandergerissen werden. Es werden 2 Unterrichtsbeamte hingesetzt werden, die ihr Pensum herunterpauken. Die Arbeitsschule ist tot, dem Dorf ist sein Mittelpunkt genommen, und wir erleben zum hundertsten Mal, daß Aufbauarbeit in Deutschland Danaïdenarbeit ist. Daran trägt nicht das Ministerium die Schuld. Dem Minister kann man doch höchstens nur den einen Vorwurf machen, daß er einen Posten angenommen hat, ohne die eigentlichen Vorbedingungen seiner Arbeit zu kennen. Aber wenn man ihm dieses Amt antrug, so war nicht anzunehmen, daß er sich selber für unzulänglich erklären würde. Die Schuld an jenen so überaus traurigen Zuständen liegt also ausschließlich bei der öffentlichen Meinung, die teilnahmslos zusieht, wie jede ehrliche Arbeit im Keim erstickt wird, die sich mit einer Leitung zufrieden gibt, in der man die Schulpolitik von Leuten machen oder beeinflussen läßt, die völkischer Gesinnung zu sein glauben, in Wahrheit aber gegen das deutsche Volk wirken.

Thüringen ist ein Beispiel, keine Ausnahme. In größeren Verhältnissen wird etwas weniger grob, mit etwas mehr Kultur und Wissen verfahren. Grundsätzlich ist alles das Gleiche, weil die gleiche Ursache überall besteht: die tötende Gleichgültigkeit der deutschen Öffentlichkeit gegen Fragen des Rechts und der persönlichen Freiheit. Über den Fall Schillings kommt es im preußischen Landtag zu einer Interpellation, nicht etwa weil er Recht und der Minister Unrecht hat, sondern weil die Sache eine Berliner Sensation war. Ich bin dafür, daß Ministerien Intendanten gegenüber menschlichen Anstand wahren, aber ebenso, daß dies gegen Junglehrer und Volksschulkandidaten geschieht. Das Berliner Opernhaus ist gewiß keine gleichgültige Sache: und gerade, wenn man die Kunst nicht konsumentenhaft-genießerisch sondern als Pflicht zur Gestaltung nimmt. Aber unsere heranwachsende Jugend ist darum noch wichtiger, ohne sie ist auch die Sorge um die Kunst inhaltsleer. Wir müssen also unsere Schule aufbauen, können dies aber nur mit Menschen tun, die einen sichern Boden unter den Füßen haben. Der fehlt uns heute. Der deutsche Lehrer ist absolut isoliert. Überwirft er sich mit seinen Vorgesetzten, gleichgültig, aus welchem Grund, so kräht kein Hahn danach, wenn er zum Teufel geschickt oder um seine Gesundheit und seinen Verstand schikaniert wird.

Demokratie? Ach wie weit sind wir davon entfernt, solange das Interesse an öffentlichen Dingen und das Verantwortungsgefühl für sie so mausetot sind wie in unserer freien Republik. Die anderen Länder haben ihre Erziehung in diesen Dingen gehabt. Aber wir haben keine Zeit die 200 Jahre, die wir hinter ihrer Entwicklung zurück sind, einzubringen, uns vom Strammstehn zu erholen und unsere Kinder verantwortungsbewußt zu erziehen. Darum bleibt nichts übrig als so lange das selbe zu wiederholen, bis einige aufmerken, und bei jedem einzelnen Fall dem in den Arm zu fallen, der unwissend oder böswillig keimende Zukunft zerstört.

ARNO NADEL · SPRUCH AUF DER TRAUER-PYRAMIDE DES HEPHÄSTOS



U fühltest
Gewaltigen Schmerz,
Schufst göttlich auf Erden,
So trüb, so groß.

Dir dankte das Werk,
Nicht fremdes Schauen und Staunen.

Gingen Götter
Dir vorüber,
Wurden sie ernst wie Sterbliche.

Nun wehen die Lüfte
Wie Wolken um dich,
Bilden wie Träume
Geschehnis und
Düstern Wohlklang.

ADOLF BEHNE · WORIN BESTEHT DIE NOT DER KÖNSTLER?



ICHT nur den Fachmann interessierte die Automobilausstellung am Kaiserdamm in Berlin. Denn sie war nicht einfach eine Zusammenstellung von vielen Wagen, Motoren, Reifen und Bremsen. Sie regte alle an. Sie war wirklich eine Ausstellung, das heißt ein Ganzes. Die ausstellungstechnische Leistung, die räumliche Organisation, die Gliederung der Reklamemittel verdienten das höchste Lob. Selten sah man eine so einheitliche, geschlossene, lebendige Schau. Das Publikum reagierte durch einen Massenbesuch. Es steigerte die Ausstellung durch seine eigene flutende Lebendigkeit zu einer Lebenskraft und -fülle, die magnetisch neue Ströme von Menschen anzog.

Es schiene mir unverantwortlich einen Vergleich mit den Kunstaussstellungen zu unterlassen.

Die Leere des Glaspalasts führen die Aussteller gern auf die allgemein schlechte Finanzlage und den ungünstigen Platz des Ausstellungshauses in der Stadt zurück. Der Einwand, daß es sich bei der Abkehr des allgemeinen Interesses von den Bilderausstellungen nicht in erster Linie um die Folgen einer Finanzkrise sondern um geistige Wandlungen handle, wird meist abgelehnt. Aber beweist der Massenbesuch der Automobilausstellung nicht seine Berechtigung? Diese Hallen am äußersten Ende, an der Peripherie der Stadt zogen Riesenströme von Menschen an, die, da sie zum großen Teil mit der ganzen Familie kamen, ein Mehrfaches an Eintritts- und Fahrtpreisen ausgaben als sie der Besuch der Kunstaussstellung kosten würde. Ich entsinne mich, daß vor 20, vor 25 Jahren die Säle des Glaspalasts Sonntag nachmittags ähnlich überfüllt waren; die selben Säle, die jetzt kaum am Eröffnungstag besucht sind. Kann man mit gutem Gewissen einen andern Schluß aus dieser Wahrnehmung ziehen als den, daß die Interessen des Publikums in diesen Jahren andere geworden sind?

Nun, wenn das wirklich der Fall ist, werden viele (nicht alle) Künstler sagen, dann ist es ein Beweis mehr für die zunehmende Oberflächlichkeit und wachsende Sensationslust des Publikums. Aber es hieße doch wohl sich selbst betrügen, wollte man den Massenbesuch des Publikums im Glaspalast vor einem Menschenalter nur auf reine, edle Neigung zu den schönen Künsten zurückführen. Auch damals trieb die Massen Sensationslust, die Neugierde den Clou der Saison zu sehen. Der Beweggrund ist der selbe wie damals, nur der Gegenstand ist es nicht mehr. Es bleibt eben die Tatsache und es bleibt das Problem, daß die Dinge, die heute Massen sensationisieren, eben nicht mehr Gemälde, Plastiken und Zeichnungen sind.

Die Psyche des "Publikums" ist ziemlich einfach: Es reagiert auf die stärkste Vitalität. Darum machte das Publikum in allen Ländern den Krieg genau so lange begeistert mit, als er noch eine "heroische Angelegenheit" zu sein schien, und desinteressierte sich, als er eine Materialkonkurrenz wurde. Darum reagiert es heute auf den Sport. Aus dem selben Grund reagierte es noch um die Jahrhundertwende auf die jährliche Große Berliner Kunstausstellung, die aus eben dem selben Grund heute seinem Bewußtsein fast entschwunden ist.

Ist dieser Tatbestand für die Kunst wirklich so trostlos wie die meisten heute glauben?

Mir scheint, nicht. Denn er gibt doch die Gewißheit, daß die Kunst in dem Moment wieder im Zentrum stehen wird, da sie die stärkste Vitalität darstellt. In dem Augenblick werden ihre Hallen sich wieder füllen, gleichgültig, in welcher Stadtgegend sie liegen, und wie dann gerade das Börsenbarometer steht; vorausgesetzt, daß die Kunst dann überhaupt noch auf Ausstellungen angewiesen ist.

Ja, aber wie soll denn die Kunst den Wettbewerb der Vitalität mit Sportkämpfen, Boxmatches und Motoren aufnehmen können? Muß der Geist hier nicht einfach und endgültig resignieren?

Es ist ein völlig unangebrachter Hochmut vieler Künstler die Situation als einen Kampf des Geistes gegen Betrieb, gegen Konjunktur, gegen Patentgesinnung und gegen Materialismus anzusehen. In Wirklichkeit ist es der Kampf, und zwar ein aussichtsloser, des betulichen Geistes gegen tätigen Geist, sonntäglicher Beschaulichkeit gegen Energie und Willen zur Gestaltung. Wenn die Maler heute in der Verlustpartie sind, so sollten sie sich nicht hinter den Mythos eines "Dolchstoßes" retten, nicht die ewige "Tragik des Geistes" bemühen. Gerade wenn sie so tief überzeugt sind, daß der Geist auf ihrer Seite ist, müßte sie doch die sicherste Gewißheit des Sieges erfüllen. Kann ein vorurteilsloser Betrachter zugeben, daß in den Kunstausstellungen mehr Geist anzutreffen sei als zum Beispiel in den Hallen dieser Automobilausstellung? Wollen wir nicht offen zugeben, daß das Gros der Leinwände recht banal wirkt neben diesen spannungsreichen Gebilden, diesen vollkommen schönen Organismen? Alle Berufung auf Seele und Gefühl hilft einer konventionell gewordenen Kunst nicht. Das Auge läßt sich nicht täuschen. Es sucht und findet die größere Fülle, die tiefere Kraft, die reinere Notwendigkeit. Das Plus an Geist, Seele und Gefühl ist nicht bei den goldgerahmten Birkenwäldchen, weder bei den impressionistischen noch bei den expressionistischen.

Die Dinge seien inkommensurabel? Allerdings, aber durchaus vergleichbar ist ihr Gehalt an Leben, Spannkraft, Aktivität. Früher war die Kunst in der sinnvollen Verwendung guter Materialien an der Spitze. Es erregte noch viele Menschen, als Max Klinger Marmor, Syenit, Gold, Elfenbein, Bronze zu neuen farbigen Einheiten verband. Aber ist das nicht mutlos, epigonisch, geschmäcklerisch angesichts dieser prachtvollen klaren Konstruktionen, in denen die Materien des Stahls, Nickels, Messings, des Glases, Leders, Gummis zu Gebilden feinsten, nobelsten Proportionalität und überzeugend notwendiger Einfachheit montiert sind? Nicht weil es "Maschinen" sind, werden die Massen gepackt, sondern weil es Formen unserer Zeit, Zeugnisse unseres Lebens sind. Natürlich wäre es unsinnig und grundfalsch den Künstlern Nachahmung solcher Formen zu predigen. Aber wir dürfen offen sagen, daß die Schöpfer dieser Wagen und Motore uns einen neuen Maßstab auch für künstlerische Werte bieten. Es gibt für den Künstler nur ein Mittel sich aus dem hoffnungslosen Abwehrkampf zu retten. Und das ist: eine ebenso große oder größere Spannkraft und Vitalität in Gebilden der Kunst zu erreichen. Wenn die Künstler weiterhin Seele mit Leere und Blässe verwechseln, werden sie auch weiter über Gleichgültigkeit des Publikums zu klagen haben und auf milde Gaben gestellt bleiben.

Es wurde hier in einem frühern Artikel auf die Bemühungen des künstlerischen Stoßtrupps hingewiesen der Kunst eine neue Notwendigkeit und Sachlichkeit zu erobern.¹ Es wird der Öffentlichkeit nicht leicht diese Bestrebungen, die in das Bauen, in den Druck, in die Werbung, in die Industrie, in den Film einmünden, zu verstehen. Sie sieht da leicht eine Veräußerlichung der Kunst, weil sie allzusehr gewohnt ist die künstlerische Leistung einseitig als persönlichen individuellen "Ausdruck", als Seelenoffenbarung zu sehen. Wir sind heute geneigt die objektiven, sachlichen, überpersönlichen Momente der Kunst zu betonen.

Gewiß ist jedes Kunstwerk Magie. Aber ist nicht Magie um alles und jedes? Der Bürger ist am Wochentag krasser Rationalist. Am Sonntag tut er Buße, er reinigt seine Seele durch Kunst. Deshalb soll und muß ihm Kunst das Irrationale bleiben. Uns scheint die Zahl, das Telephon, die Papierfabrikation, der Druck und jede sonstige Äußerung des Lebens nicht weniger irrational. Kunst unterscheidet sich von anderen Tätigkeiten und Leistungen nicht dadurch, daß sie eine andere, nämlich eine irrationale Methode hat, sondern einzig und allein durch ihre spezifischen Aufgaben. Das aus seinen Materialien am logischsten montierte Kunstwerk wird auch am meisten magisch sein. Die Seelenzutat dürfte kein Plus sondern zumeist ein Minus an Vitalität bringen. Überhaupt dürfte der Satz nicht gewagt sein, daß Seele in der Kunst immer dann überbetont wird, wenn die Spannkraft der Montage erlahmte. Es findet sich in der Autobiographie des amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford (der hier nur als Vertreter der modernen rationalisierten industriellen Produktion, nicht als einzelne Persönlichkeit zitiert wird) eine Stelle, die in unserm Zusammenhang von großem Interesse ist. Ford sagt: »Man bemüht sich förmlich die schöpferischen Funktionen auf Dinge zu beschränken, die sich an die Wand hängen, in Konzertsälen hören und sonstwo zur Schau stellen lassen, wo müßige und wählerische Leute sich zu versammeln pflegen, um gegenseitig ihre Kultur zu bewundern . . . Wir brauchen Künstler, die die Kunst industrieller Beziehungen beherrschen. Wir brauchen Meister der industriellen Methode . . . Wir brauchen Menschen, die die formlose Masse in politischer, sozialer, industrieller und ethischer Hinsicht zu einem gesunden, wohlgebildeten Ganzen umzuformen vermögen. Wir haben die schöpferische Begabung allzusehr eingeengt und zu trivialen Zwecken mißbraucht. Wir brauchen Männer, die uns den Arbeitsplan aufstellen zu allem, was recht, gut und wünschenswert ist.«²

Die Not der Künstler wird durch die schwierige Lage, in der sich unsere gesamte Wirtschaft befindet, gewiß verschärft, und alle Schritte zur Linderung der menschlichen Not verdienen selbstverständlich Anerkennung und kräftige Unterstützung. Die letzten Ursachen dieser besondern Not aber liegen tiefer. Sie können nicht durch freundliche Erleichterungen beseitigt werden, weder durch Kunstverleih- noch durch Kunstteilzahlungsorganisationen sondern allein durch eine entschlossene Wendung zur Aktivität, durch Verlassen der sonntäglichen Abseitsstellung.

Genießertum ist heute Spießertum.



1) Siehe *Behne Stagniert die Kunst?*, in den Sozialistischen Monatsheften 1925 Seite 758 und folgende.

2) Siehe *Ford Mein Leben und Werk* /Leipzig 1924/ Seite 121.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

1925

Das internationale Wirtschaftsjahr 1925 bot noch immer die selben Gegensätze wie sein Vorgänger, aber doch unter weiterer unverkennbarer Stärkung der für den Wiederaufbau wesentlichsten Kräfte. Die Stabilisierung der Währungen schritt fort und ebenso die bestimmtere Abgrenzung der durch den Krieg und seine Nachwirkungen bewirkten internationalen, vorwiegend staatlichen (nicht privatwirtschaftlichen) Zahlungsverpflichtungen, allerdings unter gewaltiger Steigerung des amerikanischen Übergewichts gerade durch die vielseitigere Schuldenregelung. Ende April vollzog England den großen Schritt des Übergangs zur Goldwährung, vorläufig noch ohne innern Goldumlauf, aber sonst mit Erfüllung aller Voraussetzungen des free trade in gold (Prägefähigkeit und freier Barrenhandel, ungehemmter Ausgleich der internationalen Saldi durch Gold). Die Wertsenkung des Pfundes Sterling gegen den Dollar und ebenso gegen die bereits stabilisierten Währungen (wie die deutsche Mark) verschwanden Anfang 1925 rasch. Während man für das Pfund Sterling noch 1924 zeitweise nur 4,20 Dollars (beziehungsweise nur 17 Mark) und nach der höchsten Notierung immerhin nur 4,74 $\frac{1}{3}$ Dollars erhielt, bildete zuletzt das alte Pari (4,86 $\frac{2}{3}$ Dollars) von neuem die tatsächliche Norm, so daß nur die normalen Schwankungen im Sterlingskurs sich geltend machten, wie sie aus der wechselnden Zahlungsbilanz und den beiderseitigen Diskontmaßnahmen hervorgewachsen. Neben England stehen heute in dieser Beziehung ebenbürtig Australien, Neuseeland, Südafrika, Holland und Holländisch Indien. Schwedens Rückkehr zum Gold, ebenso wie Deutschlands Währungsstabilisierung fiel noch in das Vorjahr. Dagegen versagte 1925 die Wertaufrechterhaltung des 1924 geschaffenen polnischen Zloty und der griechischen Drachme. Recht wechselvoll war ferner das Schicksal der Währungen in den Ländern der ehemaligen lateinischen Münzunion. Die Schweiz mit ihrem Goldpari steht hier natürlich beiseite. Aber die weitgehende Schicksalsgemeinschaft des französischen und belgischen Franc und der italienischen Lira

hat sich mehr und mehr gelöst. Belgien regelte sein Schuldenverhältnis zu Amerika und kann deshalb mit Hilfe amerikanischer Kredite eine vollkommene Währungsstabilisierung für die nächste Zeit schon vorbereiten. Die Lira gewann zuletzt eine ziemliche Stabilität, etwa auf ein Fünftel der Höhe der alten Goldparität; auch hierbei spielten die im November erreichte Schuldenregelung und die Unterbringung einer 100 Millionen Dollars-Anleihe in den Vereinigten Staaten keine geringe Rolle. Dagegen bewegte sich der französische Franc mehrfach stark nach abwärts, und nach dem Scheitern der Caillaux-verhandlungen in Washington hat offenbar ein vereintes englisch-amerikanisches Kesseltreiben gegen Frankreich begonnen. Am Jahresschluß kaufte man in London mit dem Pfund Sterling 130 Francs, gegen 87,175 vor einem Jahr. Diese Entwicklung erschwert für Frankreich die Herstellung des Budgetgleichgewichts und damit die Gewinnung der notwendigsten Grundlage für alle sonstigen Wirtschaftsreformen.

Krise

Welcher Zerrüttung noch immer die europäische Produktion verfallen ist, beweisen am schlagendsten die Arbeitslosenzahlen. Die Arbeiterversicherung zur Grundlage genommen, gab es nach der Labour Gazette in England Ende Januar 1925 1 270 708 Arbeitslose, April 1 225 094, Juli 1 258 657, Oktober 1 287 733; das waren Ende Oktober 11,4 % aller in Frage kommenden Arbeiter. In Deutschland zählte man nach der Reichsstatistik Hauptunterstützungsempfänger in rascher Progression am 1. November 1925 363 961, am 15. November 472 830, am 1. Dezember 669 130, am Jahresschluß über 1 Million. Für das kleine Deutschland Österreich schätzte soeben bei der Beratung der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz Minister Resch für Januar und Februar die Anzahl der Beschäftigungslosen auf 300 000, das heißt ein Viertel aller Arbeiter. Dabei bleiben selbst in den Ländern der Goldwährung und Deflation die Preise weit über der alten Vorkriegshöhe. Die englischen Großhandelspreise werden in der Timesstatistik, 1913 gleich 100 gesetzt, Ende Dezember 1925 auf 152,8 berechnet, allerdings Ende 1924 auf 179,3. Die Maßziffer der Kleinhandelspreise, Juli 1914 zur Grundlage ge-

nommen und die Einzelwaren je nach ihrer Bedeutung für ein durchschnittliches Arbeiterbudget eingestellt, gibt die Labour Gazette für den 1. Dezember auf 1/7 an. In den Vereinigten Staaten betrug nach Irving Fisher, 1913 gleich 100 gerechnet, die Preiszeiffer in der 4. Dezemberwoche 157,9, so daß die Kaufkraft selbst des Dollars auf 63,3 % herabgesunken bliebe. Der Lebenshaltungsindex des deutschen Statistischen Reichsamts, der im Februar 1925 durch veränderte Berechnung eine Verbesserung erfuhr, deshalb aber auch längere Rückblicke kaum gestattet, wurde (1913-1914 100) im Februar auf 135,6 angegeben und steigerte sich im Hochsommer auf 145. Ende November betrug er 141,4, Ende Dezember 141,2.

Handelspolitik Das Erwachen einer mehr freihändlerischen und mehr auf den Export gerichteten handelspolitischen Strömung in Deutschland hat vor allem in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/ seinen Niederschlag gefunden. Die erste aufsehenerregende Stuttgarter Kundgebung von 1924 findet man jetzt nicht nur in den Verhandlungen, 170. Band, der die Referate von Max Sering, Christian Eckert, Bernhard Harms und Georg Gothein nebst der allgemeinen Aussprache enthält, sondern auch in einer sehr willkommen zu heißenden Sonderausgabe Grundfragen der neuen deutschen Handelspolitik. Nur Karl Diehl vertrat hier eine abweichende Meinung, gerade über die Agrarzölle. In den wissenschaftlichen Gutachten, die als Neue Grundlagen der Handelspolitik bisher, unter Leitung von Franz Eulenburg, die 2 Teile des 171. Bandes der Vereinsschriften füllen, zeigen sich die verschiedenen Richtungen wieder recht unvermittelt neben einander. Wilhelm Röpke, Walter Lotz und Paul Arndt, die über die neue Wirtschaftsstruktur Deutschlands, über Finanzen und Wirtschaftspolitik und endlich über Arbeiterschaft und Handelspolitik schreiben, stehen dabei auf dem linken Flügel, während Kurt Ritter sich für Agrarzölle ausspricht und Conrad von Dietze wenigstens Zölle auf Vieh und tierische Erzeugnisse billigt. Ferner äußern sich Rudolf Schneider über die handelspolitischen Auswirkungen des Dawesabkommens, Bernhard Hinst über Meistbegünstigung und Reziprozität, Herbert von Beckerath über die Textilindustrie, Henry Voelcker über die Eisenindustrie,

W. Spieß über die Gütertarife der Eisenbahn als Gegenstand der Handelsverträge. August Müller beleuchtet in sehr lesenswerter Weise die theoretisch geforderte und tatsächlich bisher erzielte Rolle der Konsuminteressen für handelspolitische Entscheidungen. Der Herausgeber Franz Eulenburg erkennt in dem Vorwort ausdrücklich »die Schwierigkeit des Gegenstandes selbst« an, der »so problematisch bleibt und noch so ganz im Flusse sich befindet«; ein Führer der Arbeiterschaft, der sich zur Übernahme eines Beitrags bereit erklärt hätte, sei überhaupt nicht verfügbar gewesen. Der 2. Teil der Enquete betrifft nur das Ausland, und zu einer vergleichenden Darstellung kommt es dabei leider nicht; nur für die national so ungleichmäßig differenzierte und doch so international allgemeine Krisis der Landwirtschaft war in Fritz Beckmann ein Bearbeiter zu gewinnen. Bisher wurden England, Deutsch Österreich, Rußland, Frankreich, die Schweiz, Italien, Schweden, Jugoslawien behandelt; von Theodor Plaut, Gustav Stolper, Hans Seraphim, Charles Gignoux und F. Legueu, Eugen Großmann, Eugenio Anzilotti, Sven Helander, Welimir Bajkitsch, Christian Eckert hat seine Stuttgarter Ausführungen mit einigen durch den Druck bedingten Änderungen und Ergänzungen gesondert unter dem Titel Umstellung der deutschen Handelspolitik im Verlag von H. Meyer in Halberstadt erscheinen lassen.

Den rührigsten Wortführer des Stuttgarter Vorstoßes darf man wohl Bernhard Harms nennen. Grundsätzlich bezeichnet er sich als Anhänger der Theorie der produktiven Kräfte im Sinn Friedrich Lists; bei den veränderten Lebensbedingungen des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit hält er jedoch eine Hinlenkung der deutschen Handelspolitik in freierlichere Bahnen für notwendig. Eine leistungsfähige heimische Landwirtschaft sei wünschenswert und erreichbar, in erster Linie stehe jedoch die Industrialisierung des deutschen Volkes in bisher nicht gekanntem Ausmaß: »das Schicksal jener 20 Millionen Menschen, welche Deutschland "zu viel" hat, läßt eine andere Wahl nicht zu«. Das Stuttgarter Referat brachte diese Gedankengänge bereits in sich abgeschlossen zum Ausdruck. Eine gedrängte Zusammenfassung liegt nochmals in der Schrift Gegenwartsaufgaben der deutschen Handelspolitik /Jena, Gustav Fischer/ vor, einer erweiterten Wiedergabe eines Vortrags vor dem Hambur-

gischen Überseeklub. Breit angelegt und mit einer Fülle von Material ausgestattet ist der 1. Band eines versuchten großen handelspolitischen Überblicks Die Zukunft der deutschen Handelspolitik im Rahmen des Neuaufbaues der deutschen Volkswirtschaft und ihrer weltwirtschaftlichen Beziehungen /Jena, Gustav Fischer/. Nach der Darstellung der handelspolitischen Perioden der Vorkriegszeit (Bismarck, Caprivi, Bülow), der Grundfragen Freihandel und Schutzzoll, Industrie- und Agrarstaat wird der Agrarschutz in seinem Ausbau und seinen Wirkungen eingehend untersucht. Der 2. Band soll alsdann vornehmlich den Industriezöllen gewidmet sein und sich außerdem der Handelsvertragspolitik und den reichsfinanziellen Rückwirkungen der Handelspolitik zuwenden. Auf außerordentliches Interesse kann natürlich die Auseinandersetzung über den Agrarschutz rechnen (siehe auch die Rundschau Landwirtschaft, 1925 Seite 446 und folgende). Max Sering hat hier alle seine Bedenken gegen die alte Form des Agrarschutzes nochmals in einer Schrift Agrarkrisen und Agrarzölle /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ vereint, unter reichlicher Polemik gegen den heutigen literarischen Hauptvertreter der Agrarzölle, Kurt Ritter. Von diesem liegen mehrere Schriften vor. In den Agrarpolitischen Aufsätzen und Vorträgen /Berlin, Paul Parey/ erschienen Die Notwendigkeit von Agrarzöllen in neuer Beweisführung, ferner Soll die deutsche Landwirtschaft sich nach dänischem Muster auf den Export einstellen?, endlich in Recht und Staat, einer Sammlung von staatswissenschaftlichen Vorträgen und Schriften /Tübingen, J. C. B. Mohr/ Zum Problem der Agrarzölle in Deutschland. Nach Ritter wäre in erster Linie der Getreidebau als Rückgrat der deutschen Landwirtschaft zu erhalten; alle hochwertigen tierischen Erzeugnisse, wie Fleisch aller Art, Butter, Käse, Rahm und andere Molkereiprodukte, seien mit wirksamem Schutz auszustatten; der Bezug ausländischer Futtermittel habe als Hebel höherstufiger Agrarproduktion unverkennbar seinen Wert, nur dürfe durch diese relative Importerleichterung die unbedingt notwendige Vergrößerung der inländischen Futterproduktion nicht aufgehalten werden. Als Typus der rein freihändlerischen Richtung sei schließlich die agitatorisch geschickte Flugschrift Georg Gotheins Brauchen wir Getreidezölle? /Berlin, Hinrichsen & Deppe/ aufgeführt. Auf die entsprechenden sozialdemokratischen Gegenstücke, die leider

noch immer recht wenig geistige und politische Selbständigkeit verraten, wird gelegentlich in anderm Zusammenhang zurückzukommen sein. Einstweilen seien als bezeichnendste Kundgebungen genannt: Rudolf Hilferding Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaftspolitik /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ ein vor dem Angestelltenkongreß in München gehaltenes Referat, und Arthur Saturnus Zölle und Produktionskraft /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/. In anerkennenswert objektiver Weise sucht Alexander Rüstow in Schutzzoll oder Freihandel? /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ in Rede und Gegenrede die Gründe für und gegen bestimmte protektionistische Maßnahmen wiederzugeben.

Die Grundanschauungen der ganzen Brentano-Münchener Schule haben jetzt eine systematische Darstellung in dem größeren Lehrbuch Joseph Bergfried Esslens Die Politik des auswärtigen Handels /Stuttgart, Ferdinand Enke/ erhalten. Das Werk ist aus langjährigen akademischen Vorlesungen herausgewachsen und war schon vor dem Krieg bis zur Druckreife gediehen. Die einzelnen Teile behandeln Außenhandel und Außenhandelspolitik im allgemeinen, die Rolle von Geld und Kapital im auswärtigen Wirtschaftsverkehr (Handels- und Zahlungsbilanz, Wechselkurse und Diskontpolitik), die Ziele der Politik des auswärtigen Handels, das Grundproblem des Freihandels und des Schutzes, die Mittel der Außenhandelspolitik (Verbote, Zölle, Handelsverträge, Veredlungsverkehr und Rückerstattungen, Eisenbahntarife), die Geschichte der Handelspolitik der einzelnen Hauptstaaten, immer unter Heraushebung der mehr allgemeinen vorherentwickelten Gesichtspunkte, die deutschen Agrarzölle und ihre Stellung in der Handelspolitik der Gegenwart. Es steckt unlegbar viel Fleiß und Nachdenken, ruhige Sachlichkeit und ernstes Wahrheitssuchen in dem Buch. In der freihändlerischen Konsequenz geht vielleicht Essen von allen hier erwähnten Handelspolitikern am weitesten: bei Fortfall der gewerblichen Schutzzölle und bei zollfreier Einfuhr von Futtermitteln glaubt er die deutsche Landwirtschaft schon in der nächsten Zeit imstande das deutsche Volk mit allen nötigen pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln zu versorgen.

Josef Gruntzel, der in bewußter Abkehr vom ökonomischen Liberalismus so oft die handelspolitische Praxis in ihren Einzelheiten dargestellt hat, veröffent-

lichte jüngst eine mehr theoretisch-systematische Begründung seines Standpunkts unter dem Titel Theorie des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs: Freihandel oder Schutzzoll /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/. In dem Vorwort heißt es programmatisch: »In der vorliegenden Arbeit suche ich besonders die Irrwege zu beleuchten, die sich infolge unrichtiger theoretischer Einstellung in der Frage von Freihandel und Schutzzoll, der Handels- und Zahlungsbilanz, des äußern Geldverkehrs usw. ergeben haben . . . Ein bloßes Spiel mit abstrakten Begriffen, wie es vielfach als alleinige Wissenschaft ausgegeben wird, kann als Denkschule nützlich sein, ist aber unfruchtbar, wenn es als logische Ableitung aus allgemeinen Sätzen und nicht als Abstrahierung aus beobachteten Tatsachen erscheint. Seminarweisheit ohne Lebenserfahrung geht leicht in die Irre.«

Amerika

Zwar mit etwas überreichlichem Enthusiasmus, aber mit ungewöhnlich gutem Blick für alles wirtschaftlich Wichtige und Charakteristische schildert der frühere Staatssekretär Julius Hirsch das amerikanische Wirtschaftswunder /Berlin, S. Fischer/. Über die Organisation der amerikanischen Großstadt, des Großgeschäftshauses, des Bankwesens, der Industrie, der Verkehrsmittel, über die Landesbesiedlung und Landwirtschaft, die Arbeitsverfassung und die kulturellen Zustände wird ein fesselnder Überblick gegeben, den sich kein daheim Weilender und noch mehr kein Besucher der Vereinigten Staaten entgehen lassen sollte. Emil Honermeier schreibt über die Ford Motor Company, ihre Organisation und ihre Methoden /Leipzig, Paul List/. Theodor Lüddecke, ein Volkswirtschaftler, der selbst lange in Amerika gelebt hat, über das amerikanische Wirtschaftstempo als Bedrohung Europas /Leipzig, Paul List/. Die Entstehung und das Aufblühen der Rationalisierungs- und Organisations- (Scientific Management-) bewegung in den Vereinigten Staaten lernt man sehr gut aus der Biographie Frank Bunker Gibbreths Das Leben eines amerikanischen Organisators kennen. Sie stammt von seiner Lebensgefährtin Lillian M. Gilbreth, und ist jetzt in die Nicklischsche Schriftenreihe Die Bücher: Organisation /Stuttgart, C. E. Poeschel/ in einer von I. M. Witte angefertigten deutschen Übersetzung aufgenommen. Kennzeichnend für die Vereinigten Staaten ist neuerdings auch die Beachtung der <wirklichen oder vermeintlichen>

Umschichtung des Volksvermögens zugunsten kleinerer Leute und sogar bloßer Lohnarbeiter. Das Großunternehmen schreitet zwar unbestritten mit Riesenschritten weiter, aber die Besitzanteile (Aktien und ähnliches) zerstreuen sich, wie man gern behauptet, auf immer weitere Bevölkerungskreise. Im Mittelpunkt dieser Erörterungen stand länger schon eine Schrift Robert S. Brookings', eines der erfolgreichsten amerikanischen Geschäftsmänner und vertrauten Freundes Carnegies. Sie liegt jetzt unter dem Titel Die Demokratisierung der amerikanischen Wirtschaft in der Übersetzung Robert Kuczynskis vor /Berlin, R. L. Prager/. Auch die Academy of Political Science, die mit der Columbiauniversität zusammenhängt, beschäftigte sich auf ihrer letzten Apriltagung in New York mit dieser vielumstrittenen Frage. Die Referate und Diskussionen, redigiert von William L. Ransom und Parker Thomas Moon, sind nunmehr unter dem Titel Popular Ownership of Property, its Newer Forms and Social Consequences /New York, Academy of Political Science/ gesammelt worden.

Für die Russell Sage Foundation in New York bearbeitete ihr Leiter Shelby M. Harrison in Verbindung mit Bradley Buell, Mary La Dame, Leslie E. Woodcock und Frederick A. King die ganze Entwicklungsgeschichte des vereinsstaatlichen Arbeitsnachweiswesens von der wildgewachsenen privaten Stellenvermittlung mit ihren zum Teil ganz krassen Auswüchsen bis zu der überraschend einheitlichen Zusammenfassung der allmählich geschaffenen, während des Krieges systematisch verallgemeinerten öffentlichen Nachweise. Es ist so ein umfangreiches wertvolles Werk entstanden: Public Employment Offices, their Purpose, Structure and Methods /New York, Russell Sage Foundation/. Das technisch-geschäftliche Verfahren, die Beziehungen zwischen Bund, Staat und Lokalverwaltung, die Struktur der Offices, die Sonderverhältnisse der Wander-, Jugendlichen-, Einwanderer- und Negerarbeit werden eingehend durchgeführt. Die eigenartigen überseeischen Zustände, die starken Arbeiterwanderungen, in erster Linie die Einwanderung haben hier die Vereinigten Staaten, trotz ihrer Vorliebe für freie Konkurrenz, Privatunternehmung und Selbsthilfe, zu einschneidenderen Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung gedrängt, als sie selbst in unserm, an sich viel staatssozialistischem Nachkriegseuropa sich durchgesetzt haben.

**Wiederaufbau-
publikationen**

Von der Enquête sur la production, die in so verdienstvoller Weise trotz der hervorragender Unternehmervvertreter vom Internationalen Arbeitsamt unternommen wurde, liegt nunmehr in 2 stattlichen Bänden der 5., abschließende Teil vor /Paris, Berger-Levrault/. Er bietet in noch höherem Maß als die letzte hier erwähnte Veröffentlichung neben dem produktionswirtschaftlichen ein soziales Interesse. Zunächst wendet er sich den länderweise verschiedenen und doch wiederum gleichartigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Produktions- und Absatzkrisis zu (Belebung des Bauwesens, Rohstoffversorgung, Verkehrsmittelhebung, Krediter-schließung). Die unlösbare Wechselwirkung zwischen den Abwärts- und Aufwärtsbewegungen der einzelnen Länder wird gleichfalls dargelegt. Die internationalen Preis- und Preisindexvergleiche sind überaus reichlich und nach den Einzelgebieten gesondert mitgeteilt (Großhandels- und Konsumentenverkehr, Bahntarife, Wohnung, Lebensmittel, die verschiedenen Lohneinkommenskategorien), ebenso die Außenhandels- und Arbeitslosenziffern. Es folgen Abschnitte über die Lohnanpassung (Gleitlohn, Teuerungszulagen usw.), die hygienischen Zustände und Maßnahmen, über den gewerblichen Nachwuchs, die Kriegsverletztenfürsorge, über das Einigungs- und Schiedswesen, die Arbeitslosenversorgung, die Kurzarbeit, die Beziehungen von Produktionsleistung einerseits und andererseits von Lohnsystemen (Zeitlohn, Leistungslohn, Gewinnbeteiligung) und Arbeitszeit, über Betriebsrats- und Gildenproblem, Wirtschafts- und Arbeits-rationalisierung. Hervorgehoben wird immer die Rolle der Gewerkschaften und Genossenschaften, und deren Auskünfte bilden vielfach eine Hauptquelle der Tatsachenerkundung. Das Hauptverdienst an der Durchführung des monumentalen Werkes von nicht weniger als 6552 Seiten nebst 1394 statistischen Tabellen und 868 Diagrammen gebührt Edgar Milhaud (der übrigens im Dezemberheft der Revue Internationale du Travail die Ergebnisse der Einführung des Achtstundentags international darlegte).

Die großen Umwälzungen in der internationalen Agrar-, Montan- und Industrie-Produktion, nach Standorten, Ausdehnung und Konkurrenzbeziehungen, faßt Walther Tuckermann in einer kleinen gediegenen Schrift Die Änderungen in der Weltwirtschaft seit 1913 /Leipzig, B. G. Teubner/ zusammen.

Die neuartigen Preistendenzen seit dem Krieg wurden auf dem New Yorker Novembermeeting der amerikanischen Academy of Political Science in zahlreichen Referaten, mit besonderer Berücksichtigung des Agrarpreissturzes, besprochen. Die Wiedergabe der lehrreichen Aussprache nennt sich The Future of Prices at Home and Abroad /New York, Columbia University/. Im Schlußteil finden sich noch mehrere Referate über den europäischen Wiederaufbau und den Dawesplan. Die Erneuerung der Reichsbankverfassung nach dem Londoner Protokoll hat wesentliche Änderungen nicht nur nach Organisation und Geschäftskreis sondern in der ganzen Bedeutung und Stellung der Reichsbank innerhalb der Volkswirtschaft gebracht. Unter Vergleichen mit der frühern Bankverfassung wird dies im 84. Heft der Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen von Werner Spohr unter dem Titel Die Neugestaltung der Deutschen Reichsbank dargestellt.

Gustav Cassels Ansehen als theoretischer Nationalökonom und Kenner des Geld- und Bankwesens ist in den Jahren seit dem Krieg rasch gewachsen. Der Verfasser der beiden bekannten Denkschriften an den Völkerbund über die Sanierung des Geldwesens war wie kaum ein anderer dazu berufen die ganze Periode der Währungszerrüttung und der Reformversuche wissenschaftlich zu analysieren. Das zuerst in Schweden veröffentlichte Werk liegt jetzt in deutscher Sprache als 1. Band der von Ernst Schultze herausgegebenen Schriften des Weltwirtschaftsinstituts der Handelshochschule Leipzig vor, und zwar unter dem Titel Das Geldwesen nach 1914 /Leipzig, G. A. Gloeckner/. Die Aufhebung des Goldmünzfußes in der ganzen Welt, die Schaffung künstlicher Kaufkraft, die Preissteigerung, die Goldsperre, die Diskontpolitik und ihre Bedeutung für die Regulierung des Geldwesens, die Bewegungen der Wechselkurse und die Abweichungen von den Kaufkraftparitäten werden erörtert. Weiter bespricht Cassel die Wechselkurs-theorien, die Inflation nach dem Krieg, die Reformvorschläge, den Verlauf der Deflation und ihre Wirkungen, den langsamen Rückgang des Zahlungsmittelums-laufs der meisten Länder und das Stabilisierungsproblem.

Österreichs Geldentwertung und Stabilisierung in ihrem Einfluß auf die soziale Entwicklung wendet sich ein weiterer Sammelband der Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/ zu. Abweichend von ande-

ren Bänden haben hier unter der Anregung Julius Bunzels eine Reihe von Sachverständigen die Rückwirkung des Valutaverfalls auf Landwirtschaft, Industrie, Hausbesitz, Sparkassen, Banken, Löhne und Gehälter, Genossenschaften, Staats- und Finanzwirtschaft, ferner auf die geistige, künstlerische und sittliche Entwicklung dargestellt. Das österreichische Sanierungswerk hat auch in den Schanz-Wolfschen Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen /Stuttgart, Ferdinand Enke/ in dem ehemaligen Bundesfinanzminister Victor Kienböck einen Schilderer gefunden. Es ist ein sachlicher Vorzug, daß ein Regierungsmitglied hier spricht; das finanzielle Gebiet tritt in den Vordergrund.

In Rußland kamen für die Währungsgestaltung noch manche Ausnahmevorsatzungen in Betracht, weil sich mit der versuchten widerspruchsvollen Planwirtschaft Anläufe zu einer geldlosen Wirtschaft verbanden. Der Chef der Valutaverwaltung L. Zurowskij hat aus dem Material des Finanzkommissariats schöpfen können. Sein bereits russisch und englisch herausgegebenes Buch führt in der deutschen Übersetzung den Titel Die Währungsprobleme Sowjetrußlands /Berlin, R. L. Prager/. Den russischen Trust, diese Verlegenheitsgründung eines schöpferisch unfähigen Halbsozialismus, beurteilt Paul Wohl in den Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen ziemlich günstig. Die staatliche Wirtschaftsverwaltung habe die bürokratischen Kinderkrankheiten überwunden und elastische autonome Produktionskörper geschaffen, deren Organisationsform insbesondere für unsere Kommunalwirtschaft Beachtung verdiene. Rußlands Friedens- und Handelsverträge 1918 bis 1923 hat in deutscher Übertragung Heinrich Freund für das Osteuropainstitut in Breslau zusammengestellt /Leipzig, B. G. Teubner/. Paul Heilfron leitet die Sammlung ein. Salomon Schwarz gibt ein ungeschminktes Bild von dem Arbeitslohn und der Lohnpolitik in Rußland /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/. Beachtenswert sind besonders die Darlegungen über die beschämende Rolle der sogenannten Gewerkschaften Rußlands.

Einen wie immer recht instruktiven Vortrag hielt Engelbert Graf vor der Angestelltenkammer in Bremen über das Britische Weltreich, Aufstieg, Krisis und möglichen Zerfall, der jetzt im Selbstverlag der Kammer gedruckt erschienen ist. Uns interessiert hier vor allem die Schlußbetrachtung über eine »ehrliche Verständigung zwischen den Völkern des

europäischen Festlands«, in erster Linie zwischen Deutschland und Frankreich. Graf erblickt hierin die günstigste Zukunft Deutschlands, das sonst zum Vorposten Rußlands oder zum Kontinentaldegen Englands herabsinken müsse.

Informations- In dem weitangelegten
mittel *Grundriß der Sozialökonomik* /Tübingen, J. C. B.

Mohr/ (siehe darüber auch die Rundschau Sozialwissenschaften, in diesem Band Seite 52) waren Julius Hirsch das Gebiet des modernen Handels und der staatlichen Binnenhandelspolitik zugewiesen. Für die Tüchtigkeit des ungemein reichhaltigen und vielseitigen Werkes spricht wohl am besten, daß vor kurzem die 2., völlig neubearbeitete Auflage ausgegeben werden konnte.

Gleichfalls bei Mohr in Tübingen erscheint in Lieferungen unter Leitung von Wilhelm Gerloff und Franz Meisel in Verbindung mit zahlreichen Fachmännern des In- und Auslands ein *Handbuch der Finanzwissenschaft*: bei der vollständigen Umwälzung der alten staatlichen und kommunalen Finanzsysteme sicherlich eine der notwendigsten Veröffentlichungen.

Für die *Südafrikanische Union* liegt das vom Regierungsverlag in Pretoria gedruckte 7. Official Yearbook vor, das nach der üblichen Anlage zugleich die ganze Periode 1910 bis einschließlich 1924 rekapituliert und außerdem die Angaben für Basuto- und Bechuana- und Swaziland mit enthält. Da der verdienstvolle Begründer und Ausgestalter des Yearbook, Cousins, das Arbeitsministerium übernahm, hat der neue Direktor des Zensus- und Statistischen Amtes Holloway das geradezu allseitige Informationswerk herausgegeben. Wirtschafts-, Sozial- und Kolonialpolitiker seien auf diese Fundgrube hingewiesen.

Für *Canada* liegt der 24. Jahrgang (für 1924-1925) der ebenfalls unschätzbaren Canadian Annual Review of Public Affairs /Toronto, The Canadian Review Company/ vor. Alle Haupttatsachen der politischen Entwicklung, der Landbesiedelung und Verkehrserschließung, der forstwirtschaftlichen, agrarischen und industriellen Produktion, der Arbeiterbewegung, Arbeitsgesetzgebung und Einwanderung, der Finanz- und Handelspolitik, im Bund und in den Einzelprovinzen, werden von hervorragenden Sachkennern dargestellt. Daneben kommen aber die Beziehungen Canadas zum Mutterland England und zu den übrigen britischen Reichsteilen, ferner zu dem

großen Nachbarreich der Vereinigten Staaten ausführlich und ungemein instruktiv zur Sprache, und selbst die eigentümlichen Zusammenhänge mit dem Völkerbund rücken mit in den Vordergrund. Je rascher und gewaltiger solche siedelungskolonialen Länder aufstrebten, desto mehr sollte man sie in ihrer eigenartigen wirtschaftlich-sozialen und politischen Struktur an der Hand solcher gediegener Übersichten studieren.

Der Siegeszug der *Betriebswirtschaftslehre* setzt sich in Deutschland (die Vereinigten Staaten waren schon lange vorangegangen) ununterbrochen fort, und die volkswirtschaftliche Systematik wird gut tun das hier sich anhäufende, um Betrieb und Unternehmung sich gruppierende Einzelmateriale für den Aufbau und manche präzisere Ausgestaltung ihrer Theorien nicht unbenutzt zu lassen. Der Verlag G. A. Gloeckner in Leipzig kündigt einen Grundriß der Betriebswirtschaftslehre in 16 Einzelbänden an, herausgegeben von Walter Mahlbach, Eugen Schmalenbach, Ernst Walb und Fritz Schmidt. Der Verlag Carl Ernst Poeschel in Stuttgart (der unter der Leitung Georg Obsts Bankwissenschaftliche Forschungen, unter der Leitung Siegfried Berliners Weltwirtschaftliche Abhandlungen herausgibt) bringt auch ein Archiv der Fortschritte betriebswirtschaftlicher Forschung und Lehre heraus; ferner soll unter Heinrich Nicklisch ein großes Handwörterbuch der Betriebswirtschaft erscheinen. Der Verlag Julius Springer in Berlin veröffentlicht Ausgewählte Arbeiten des Lehrstuhls für Betriebswissenschaften in Dresden, herausgegeben von Ewald Sachsenberg.

Der bekannte Industrieverlag Spaeth & Linde in Berlin setzt unermüdlich seine *Kommentarsammlung* fort, und hier wird der mehr theoretische Volkswirtschaftler gleichfalls gut tun mehr als bisher von den bestimmten Definitionen und Abgrenzungen Kenntnis zu nehmen, wie sie durch die ewig in Umwälzung und Fortentwicklung befindliche Steuerpraxis erzeugt wurden. Als Neueingänge sind zu verzeichnen: Ludwig Pissel und Fritz Koppe Die neue Steuermilderungsverordnung, die 2. Auflage von Fritz Koppes Arbeit Die 3. Steuernotverordnung mit den neuesten Aufwertungsvorschriften, Hans Wulff Die Praxis der steuerlichen Buchprüfung.

Die Belastung von Handel und Industrie nach den Gesetzen zur Durchführung des *Dawesplans* behandelt Carl Becher /Berlin, Otto Liebmann/.

Totenliste Am 27. Juni 1925 verschied eine der wichtigsten Führerpersönlichkeiten der deutschen Industrie, der langjährige Leiter der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, *Emil Guggenheimer*. Zuletzt leistete er in Reparationsfragen der Regierung wichtige Dienste.

In München starb Ende August *Eugen Gutmann*, 85 Jahre alt. Er hatte 1872 die Dresdner Bank begründet, die er dann fast 50 Jahre hindurch leitete.

In Zürich starb Ende September der Wirtschaftspolitiker *Alfred Frey*, im Alter von 65 Jahren. Er hat sich durch seine Anteilnahme an den Handelsvertragsverhandlungen der Schweiz große Verdienste erworben.

Am 21. Oktober starb plötzlich, mitten in seiner Tätigkeit, *Max Tschermak*, der Generaldirektor der Deutschen Tageszeitung. Er hatte dieses Organ des Bundes der deutschen Landwirte, seit dessen Gründung, zuerst als Prokurist, dann als Direktor, geschäftlich geleitet. Er gehörte zu den sachkundigsten Mitgliedern der deutschen Verlegerschaft.

Kurze Chronik Zwischen *Spanien und Deutschland* wurde am 18. November 1925 ein

Handelsprovisorium, auf 6 Monate gültig, abgeschlossen, das die gegenseitigen Kampfmaßnahmen wieder aufhob, Spanien einige deutsche Zollermäßigungen gewährte, während Deutschland nur die Zollsätze der 2. Kolonne des spanischen Zolltarifs zu zahlen braucht. ◊ Wichtiger ist vielleicht die Verständigung zwischen *Deutschland und Frankreich*, vom 19. Dezember, über die Grundzüge des in Aussicht zu nehmenden Handelsvertrags. Danach würde Deutschland für eine Liste von Waren die Meistbegünstigung erhalten, während es selber Bindungen bestimmter Zollsätze eingeht. Die Verhandlungen sollen am 12. Januar wieder aufgenommen werden. ◊ Kurz vor Parlamentsschluß wurden in *England* auf Grund der hier früher geschilderten Ausschußvoruntersuchungen neue Zölle für Spitzen, bestimmte Messerschmiedeerzeugnisse, Handschuhe und Glühstrümpfe eingeführt. ◊ Anfang Dezember fielen in *Indien* die aufreizen den Innenverbrauchssteuern für Baumwollwaren, die ursprünglich als Ausgleich des Grenzzolls unter dem Druck Lancashires eingeführt wurden. Der Grenzzoll von 11% ist also nunmehr in voller Höhe Schutzzoll, entsprechend den Forderungen der indischen wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbewegung.

Literatur

Die mustergültige Eheberg-sche Ausgabe von *Friedrich Lists* Nationalem System der politischen Ökonomie ist neu erschienen /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/, nicht nur mit der selber ein Buch verkörpernden, noch heute un-übertroffenen historischen und kritischen Einleitung K. Th. Ehebergs sondern um eine 62seitige, bis zum Jahr 1925 reichende, von Max Hoeltzel verfaßte List-bibliographie vermehrt. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens gleich vermerkt, daß im 21. und 22. Band des Harns-schen Weltwirtschaftlichen Archivs /Jena, Gustav Fischer/ William Notz aus Was-hington ein reiches und wichtiges Quel-lenmaterial über Lists journalistisch-literarische, politische und geschäftliche Tätigkeit in Amerika darbietet. ◊ In einer neu bearbeiteten (3.) Auflage ist vor kurzem auch die vielumstrittene Denkschrift *Lujo Brentanos* über die deutschen Getreidezölle herausgegeben worden /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/. Streitbar und geistig lebendig wie nur je zuvor hat der Altmeister noch einige Polemik und einen allge-meinen politischen Ausblick auf die Zukunft Deutschlands hinzugefügt. ◊ Ein ganz prächtiges Buch über Wirtschaftsforschung und Geographie hat uns *Peter Heinrich Schmidt* als Niederschlag vieljähriger Vorbereitungen geschenkt, die mit Vorlesungen an der Sankt Gal-ener Handelshochschule in Verbindung standen /Jena, Gustav Fischer/. Dem Marxismus, der immer allgemeine kul-turell-soziale Erscheinungen auf grund-legende Produktionsvoraussetzungen zu-rückzuführen sucht, lag es seit jeher nahe von der Produktionsgrundlage und Wirt-schaftsweise weiter hinauszusteigen: zu den natürlich-geographischen Bedingungen. Schmidt ist kein Marxist im engern und eigentlichen Sinn, das Kapitel über Marx ist sogar etwas farblos und unzulänglich ausgefallen. Aber die großen parallelen Entwicklungen, die starken gegensei-tigen Beeinflussungen von Wirtschafts-geographie und Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie werden bei den ein-zelnen sich folgenden natur- und wirt-schaftsgeographischen und national- und sozialökonomischen Richtungen und Schu-len und ihren Meistern fast immer glän-zend herausgearbeitet. Es regen sich hier, ähnlich wie bei den neuerdings so lebendig werdenden Geopolitikern und Geoökonomern, zweifellos Ansätze zu tie-feren soziologischen Auffassungen. Schmidts Werk verliert sich aber nir-gends ins Nebelhafte und fußt auf einer

reichen Kenntnis der sozialökonomischen und geographischen Literatur. Auch die Darstellungsart selber bereitet in den Hauptteilen hohen Genuß. ◊ Als Bei-trag zum Verständnis des Merkantilis-mus, zunächst in England, ist *Br. Suvi-rantas* Theory of Balance of Trade in England /Helsingfors, Kirjall/ gedacht und willkommen zu heißen. Der Ver-fasser sieht mit Recht in den merkan-tilistischen Vorstellungen nicht bloße Kurzsichtigkeit und Selbsttäuschung, wie dies nach Adam Smith' Kritik an-fangs allgemein üblich war. Gerade der Abschnitt über die besondere Bedeu-tung der Edelmetalle für die Unterstuf-en der kapitalistischen Entwicklung, vor allem für das von Gold- und Silber-bergwerken ausgeschlossene England, ist von Suviranta mit viel wirtschaf-ts-geschichtlichem Verständnis durchge-führt. Auffällig bei der Vertrautheit des Verfassers mit deutscher und englischer Literatur ist, daß ihm Schmollers, ins Englische übertragene Abhandlung über das Merkantilsystem, eine der besten Arbeiten Schmollers, entgangen ist; es hätten sich hier manche Berührungspunkte dargeboten. ◊ Mit der ihm eige-nen Fähigkeit lebendiger und plasti-scher Darstellung hat *Robert Wilbrandt* 4 Bändchen zur Einführung in die Volks-wirtschaftslehre geschrieben /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Die einzelnen Teile betreffen die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre, die Geschichte der Volkswirtschaft, die Theorie der Volkswirtschaft und das Problem der Volkswirtschaftspolitik. ◊ Das Institut für ostdeutsche Wirtschaft an der Uni-versität Königsberg soll unter Fritz Karl Mann die Bausteine für eine ost-deutsche Wirtschaftskunde zusammen-tragen. Im 11. Heft der Schriften des Instituts /Jena, Gustav Fischer/ schil-dert *Otto Höhn* den ostpreußischen Holzhandel nach dem Krieg nach seinen Bezugsquellen und Arten, seiner Organi-sation, Technik, Transportgrundlage und Preisbewegung. ◊ In den von Friedrich Meinecke und Hermann Oncken heraus-gegebenen Klassikern der Politik /Ber-lin, Reimar Hobbing/ ist der 10. Band *Richard Cobden* und dem Manchestertum gewidmet. Nach der längern bio-graphisch-wirtschaftsgeschichtlichen Ein-leitung von Carl Brinkmann folgen in Übersetzung Cobdens Schrift über Ruß-land /1836/, die Unterhausrede von 1844 über die Kornzölle und von 1857 über die Chinafrage. Bastiats Aufsatz von 1848 über den Staat ist etwas unver-mittelt als Anhang beigelegt.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Kant und Marx Die Kant und Marx betitelte Schrift *Karl Vorländer's*, eine Zusammenstellung der interessanten Aufsätze, in denen der Verfasser, an Cohen und Natorp anknüpfend, ein inneres Ergänzungsverhältnis zwischen den Grundideen der Kantischen Ethik und dem Marxismus aufzuzeigen bemüht war, ist in 2., erweiterter und umgearbeiteter Auflage erschienen (Tübingen, J. C. B. Mohr). An die Skizzierung von Marx' ökonomisch-politischen Grundanschauungen und einen Ausblick auf die philosophische Entwicklung Marx' und Engels', die in ihren Anfängen offenkundig idealistische Prägung trug, schließt sich in dem Buch die Besprechung sozialistischer Tendenzen bei den Neukantianern und eine eingehende Auseinandersetzung mit den verschiedenen sozialistischen Autoren, die im revisionistischen oder im radikalen Lager zur Frage nach dem Verhältnis von Kant und Marx das Wort ergriffen haben. Durchgehend spürt man das Bestreben des Autors auch die gegnerischen Anschauungen gründlich, möglichst unter Zitierung der betreffenden Autoren selbst, darzulegen. So auch in seiner Auseinandersetzung mit der von mir in den Sozialistischen Monatsheften und sonst wiederholentlich vertretenen Auffassung: daß, bei aller Bewunderung für die Tiefe des Kantischen Denkens, doch die Prinzipien seiner Ethik und damit natürlich auch alle Versuche den Sozialismus auf Kantische Ethik als ein letzthin sicheres philosophisches Fundament zu gründen abzulehnen seien. Vorländer pflichtet einem Teil des dort Ausgeführten bei, sieht aber in dieser Gegnerschaft zur Kantischen Ethik schließlich doch nur ein Unvermögen der erkenntniskritischen Methode, die Kant, wie in seiner Kritik der reinen Vernunft, so auch in seiner Ethik anwende, zu folgen. Von dem »transzendentalen Gesichtspunkt«, auf dem die Kantische Ethik fuße, sei ich mit meinen Einwänden unversehens in das Gebiet einer psychologisch-genetischen Betrachtungsweise herabgeglitten. Vorländer deutet so auf einen Punkt, dessen nähere Betrachtung bei der jetzt wieder in der sozialistischen Literatur besonders lebhaft debattierten Frage, ob etwa der Marxismus einer Ergänzung und Fundierung in der Kantischen Ethik bedürfe, zur Klarheit beizutragen vermag. Die Parallelisierung der in Kants ethischen Schriften befolgten Methode mit

der in seiner Kritik der reinen Vernunft eingeschlagenen scheint auf den ersten Blick geeignet dem Glauben an die bindende Schlüssigkeit seiner Moralanalyse eine festere Stütze zu geben. Aber der Ausgangspunkt der Zergliederung ist dort und hier nicht mit einander zu vergleichen. Fragt er in seiner Kritik der reinen Vernunft, wie zusammenstimmende Erfahrung und wissenschaftliche Verarbeitung des in dieser Enthaltene möglich sei, so lautet die Frage in der Grundlegung zur Metaphysik der Sitten und in seiner Kritik der praktischen Vernunft nicht, wie man erwarten sollte: Wie ist, wenn man von der Betrachtung des Menschen als eines fühlenden, denkenden und wollenden, also eines sich selber Zwecke setzenden Wesens ausgeht, die Vorstellung des Sollens als eines sich in seinem Willen notwendig entwickelnden Moments und schließlich die Vorstellung eines vernünftigen, vom Standpunkt sozusagen der Gattung und des gesellschaftlichen Gesamtprozesses vernünftig erscheinenden Sollens zu begreifen? Sondern: Wie muß man den menschlichen Willen denken, wenn man ihn als einen Willen unterstellt, der die Vorstellung eines unbedingten Sollens besitzt, das heißt eines Sollens, das sich letzthin überhaupt nicht mehr im Hinblick auf irgendwelche Interessen, Bedürfnisse und Zwecke, sei es des einzelnen sei es der Gesellschaft, herleiten läßt, vielmehr ganz unabhängig davon gebietet? Er spricht mithin von einem Sollen, von dem es bei diesem Herausgelöstsein aus jeder Zweckbeziehung von vornherein fraglich ist, ob es als eine erfahrungsmäßig gegebene, das menschliche Handeln irgendwie dirigierende Vorstellungstatsache im menschlichen Bewußtsein überhaupt existiert. Ob ihm, innerhalb der Grenzen der reinen Vernunft, überhaupt ein in sich widerspruchsloser und deutlich formulierbarer Sinn, oder gar, wie Kant meint, ein Sinn zukommt, der letzthin aller unverdorbenen sittlichen Beurteilung zugrunde liegt, dem einfachsten Verstand schon bei dessen moralischen Billigungs- und Mißbilligungsurteilen Ziel und Richtung weist. Ist das alles aber fraglich, so kann sich die Stellungnahme zur Kantischen Ethik von vornherein natürlich nicht auf die erkenntniskritische Frage beschränken: ob und inwiefern es der Kantischen Analyse gelungen sein mag in schlüssiger Weise die Bedingungen herauszuschälen, die in jenem problematischen Begriff eines unbedingten Sollens mitgedacht sind; sondern sie muß

vor allem prüfen, ob die auf diesem rein deduktiven Weg gedanklicher Entwicklung gewonnenen Formeln mit dem erfahrungsmäßig gegebenen sittlichen Bewußtsein, respektive dem sittlichen Bewußtsein, das einem selbst als unverdorben und normal erscheint, zusammenstimmen. Soweit als möglich prüfen, ob die komplizierten gesellschaftlichen Zweckvorstellungen, die uns als Maßstäbe bei der moralischen Beurteilung von Handlungen vorschweben, wirklich auf die Grundvorstellung eines unbedingten, von allen Zweckvorstellungen ablösbaren Sollens zurückweisen und in irgendwelcher Weise dafür sprechen.

Da zeigt es sich aber auf der Stelle, daß der allerallgemeinste und erste von Kant auf diesem Weg deduzierte Grundsatz, sein berühmter kategorischer Imperativ: der Mensch solle so handeln, daß die *Maxime*, nach der er sich bei seinem Handeln entscheidet, als ein zugleich das Handeln aller anderen bestimmendes allgemeingültiges Gesetz gedacht werden kann, gar keine angebbare nähere Beziehung auf Tatsachen des sittlichen Bewußtseins besitzt. Denn abstrahiert man wirklich von den sozialen Zweckvorstellungen, die, aus den Erfordernissen des gesellschaftlichen Zusammenlebens erwachsend, unserer Billigung oder Mißbilligung von Handlungen zugrunde liegen, so ist nicht abzusehen, warum nicht jede *Maxime* (zum Beispiel ebenso die *Maxime*, wo es dem einzelnen jeweils vorteilhaft erscheint, von der Wahrheit abzuweichen, ebenso wie die *Maxime* fest bei der Wahrheit zu bleiben) als allgemeingültiges Naturgesetz, das das Verhalten der Gesellschaftsglieder zu einander regelt, denkbar sein soll. Der Hinweis darauf, daß die *Maxime* zu eigenem Vorteil von der Wahrheit abzuweichen das Vertrauen unterhöhlen müsse, würde, solange man in der Aufrechterhaltung des Vertrauens nicht selbst wieder ein im Rahmen des Gesellschaftslebens wertvolles und zu erstrebendes Gut sieht und damit doch wieder auf gesellschaftliche Zweckvorstellungen rekurriert, gar kein Gegenargument gegen die Möglichkeit darstellen eine solche *Maxime* ohne Widerspruch als allgemeine Regel und Gesetz zu denken. Das logisch formelle Grundmerkmal zur Unterscheidung billigenswerter und verwerflicher Grundsätze, zu dem Kants Zergliederung der Idee eines unbedingten, der Relativität der Zwecke enthobenen Sollens führt, versagt da. Wenn seine Ethik trotzdem so viele überzeugte Anhänger gefunden hat und

immer wieder findet, so wohl darum, weil er die unabtrennbar mit der Ethik gegebene Beziehung auf sozial wertvoll erscheinende Zwecke auf einem Umweg doch schließlich wieder einführt. Zu jener rein formellen These, daß unser Urteil über Gut und Böse letztlich auf der Überlegung beruhe, ob sich *Maximen* unseres Handelns ohne Widerspruch verallgemeinert denken lassen, tritt bei ihm nämlich ein in jener ersten These nicht mitenthaltener, vielmehr anders orientierter Satz. Jener Satz, daß die Ethik das Handeln nach *Maximen* verbiete, deren Verallgemeinerung, wenn auch nicht logisch widerspruchsvoll erscheinend, der Handelnde selbst nicht wollen könne. Das ist, um einen Kantianer selbst, wie Windelband, in seiner trefflichen Geschichte der neuern Philosophie, zu zitieren, »dann freilich sehr bedenklich«. Sehr bedenklich von dem prinzipiellen Standpunkt der Kantischen Ethik aus gesehen. Denn »der Grund dieses "Nichtwollenkönnens" kann entweder wieder ein sittlicher sein, und dann dreht sich die ganze Erklärung im Kreise, oder jener Grund ist durch ein Interesse bestimmt, und dann liegt die Entscheidung doch wieder bei dem von Kant so lebhaft verworfenen Glückseligkeitsstreben«. Zeigt das nicht aber, daß Kant selbst bei dem Versuch das moralische Bewußtsein zu begreifen außerstande war an jener seiner programmatisch zuerst aufgestellten Grundidee einer über alle sozialen Zweckbeziehungen hinausgreifenden und von ihr abgelösten Ethik festzuhalten? Und weiter: Diese utilitarisch-soziale Zweckbedingtheit, auf die man bei der Zergliederung moralischen Urteilens immer wieder stößt, steht zu den äußerst mannigfach verzweigten Gefühls- und Vorstellungskomplexen, die, religiös oder humanitär gefärbt, in den ethischen Urteilen mit-schwingen, durchaus in keinem innern Gegensatz, der eine Nötigung enthielte nach einer rein formalen, von jeder utilitarisch-sozialen Zweckbeziehung losgelösten Begründung der Moral zu suchen. Diejenigen Momente, die in der Kantischen Ethik am stärksten das Gefühl ergreifen, und auf die jene Versuche einen innern Zusammenhang des sozialistischen Gedankens mit der Idee der Kantischen Ethik darzutun, in erster Reihe zurückgreifen; nämlich seine Lehre von der Wahrung der Menschenwürde, davon, daß der Mensch schlechthin als »Selbstzweck« anzusehen sei, der nie zum bloßen Mittel für Zwecke anderer erniedrigt werden dürfe, behalten ihren

guten Sinn ganz unabhängig davon, ob man jenem formalistischen Grundprinzip der Kantischen Ethik zustimmt oder es als unfruchtbar und überschwenglich ablehnt. Sehr richtig sagt der schon einmal zitierte Windelband, daß es völlig unmöglich ist aus jener rein formalen Bestimmung des kategorischen Imperativs »irgendeine empirische Maxime abzuleiten oder auch nur darunter zu subsumieren«. Und das Mißtrauen gegen die Formulierung eines angeblich aus reiner Vernunft deduzierten, durch keinerlei soziale Zweckbeziehungen weiter bedingten kategorischen Imperativs wird noch dadurch verstärkt, daß Kant bei dem Versuch sein Moralprinzip zu illustrieren vielfach zu Konsequenzen gelangt, die ein unbefangenes ethisches Gefühl als absurd zurückweist. So in seiner These von der schlechthin ausnahmslosen Verwerflichkeit jeder Lüge, auch wenn der einzelne dem schwersten Unrecht gegenübersteht, wenn er durch eine bewußt unwahre Aussage das bedrohte Leben eines Unschuldigen zu retten vermöchte; oder in jener Behauptung der unbedingten Verwerflichkeit des Selbstmords, der doch ebenso wie ein Zeichen krankhafter Verwirrung auch ein Akt gerechter Notwehr gegen sinn- und aussichtslose, von der Natur verhängte Leiden, ja oft genug ein Akt des höchsten Heroismus sein kann. Die Zumutung, aus Respekt vor einem mit dem Anspruch auf »apriorisch allgemeine Gültigkeit deduzierten obersten Grundsatz, die eigene organisch gewordene, bei vorurteilsloser Überlegung sich bestätigende moralische Empfindung zu dementieren hat etwas Aufreizendes. Gewiß wird Vorländer das nicht bestreiten. Was schon daraus hervorgeht, daß er immer von neuem einschärft, man möge zwischen Kants Methode der ethischen Betrachtung und seinen zeitlich individuell bedingten Ansichten über Einzelfragen der Moral streng unterscheiden; dem Neukantianismus komme es eben nur auf die Problemstellung der Kantischen Ethik und die in dieser begründete Methode an. Aber was bleibt von der Methode zur Erkenntnis der Moral, wenn der von Kant methodisch abgeleitete Obersatz, der angeblich die letzte Richtschnur des moralischen Urteils bezeichnen soll, dermaßen abstrakt ist, »daß sich aus ihm die Möglichkeit keiner einzelnen empirischen Maxime sittlichen Verhaltens zwingend ableiten, ja keine einzelne empirische Maxime auch nur darunter subsumieren läßt? So gewiß der Humanitätsgedanke der Aufklärung, die Vorstellung einer in der

menschlichen Natur mitangelegten Aufgabe und Bestimmung zu einem schließlich zu erringenden harmonisch gerechten, die unverkümmerte Entwicklung aller menschlichen Anlagen und Kräfte ermöglichenden Gesellschaftszustand, zugleich ein unverlierbares Moment der sozialistischen Bewegung bildet, so entschieden wird man bestreiten müssen, daß, wie die sozialistischen Neukantianer meinen, jener humanitäre Idealismus, konsequent zu Ende gedacht, zur Kantischen Ethik führen müsse, daß er in dieser ein gesichertes Fundament von evidenter Gültigkeit besitze. Kants praktische Philosophie steht, das ist Vorländer zuzugeben, nicht im Gegensatz zu dem genetisch-historisch zergliedernden Marxismus. Aber darum bildet jene noch lange keine irgendwie als denkwürdige nachweisbare Ergänzung des Marx'schen Systems, auf die sich der Wunsch einer Synthese des Marxismus und des Kantianismus zu stützen vermöchte.

Idealismus und Sozialismus Wenn sich

Vorländer Schrift speziell mit dem Verhältnis zwischen Kant und Marx beschäftigt, betrachtet *Albert Kranold*, in seiner Grundauffassung ähnlich eingestellt, den Sozialismus allgemein vom Standpunkt und nach den Maßstäben der idealistischen Philosophie. Im Jahr 1923 ist von diesem Autor ein Band *Die Persönlichkeit im Sozialismus*, Beiträge zur philosophischen Begründung des Sozialismus erschienen /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/, der insbesondere auf Fichte als Philosophen des Sozialismus wie auf das Thema Marxismus und Kritizismus eingeht. Jetzt ist unter dem Titel *Zwang und Freiheit im Sozialismus*, Untersuchungen über die sozialistische Gesinnung und die inneren Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung ein neues, jene Gedankenfäden weiter spannendes Buch gefolgt /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/. Die etwas schwerflüssige Darstellung bietet im Gegensatz zu derjenigen Vorländers dem Leser erhebliche Schwierigkeiten, spiegelt aber zugleich auch den Ernst gedanklichen Ringens wider.

Kranold erklärt die Marx'sche ökonomisch-genetische Geschichtsauffassung durchaus anzuerkennen. Nur sei hinzuzufügen, daß die Betrachtung der ökonomischen Evolution, auf die sich der marxistische Sozialismus konzentriert, ja auch immer schon die Betrachtung der zwecksetzenden Aktivität vergesellschafteter Menschen, ihres Handelns und Treibens, also geistig-seelische Beziehungen

und Vorgänge einschließt. Das Verständnis und die prinzipielle Beurteilung dieses geistig-seelischen Lebens, dem sich der wirtschaftliche Gesamtprozeß als ein Moment eingliedert, verlangen aber nach ihm eine besondere, über die wirtschaftliche Zone hinausgreifende Untersuchung, der seine Arbeit dienen soll. Von solchem weitgesteckten Gesichtspunkt meint Kranold die sittliche Idee des Sozialismus dahin zusammenfassen zu können, daß dieser »die Autonomie der Persönlichkeit, die Befreiung aller von jeglichem Zwang und jeglicher Autorität«, die Realisierung einer wirklichen »Gemeinschaft im gesellschaftlichen Leben« erstrebe. Erst der Glaube an ein solches in unendlicher Ferne liegendes Ideal, »das auf etwas Absolutes zurückweist«, löse die Persönlichkeit aus ihrem Isoliertsein, verweise sie auf ein »Gesetz, das aus ihrem eigenen Wesenswillen quillt, und in dem sie sich selbst verwirklicht«.

Der Sozialismus erscheint hier als Etappe auf dem Weg zu einem allgemeinen Solidarismus. Zu einem Ideal, das aber daraufhin, ob es überhaupt mit den in der menschlichen Natur begründeten, wohl disziplinierbaren, aber doch nie auszusaltenden Antrieben des Eigeninteresses vereinbar sei, in der Schrift des nähern nicht untersucht wird. Auch der etwa die Hälfte des 2. Bandes füllende, von den »Schwierigkeiten im Werden der sozialistischen Gesinnung« handelnde Abschnitt gibt hierüber nicht Auskunft. Es scheint fast, als wolle der Verfasser bestimmte Grenzen, die dem Ideal des Solidarismus durch die Natur der Eigeninteressen und die Notwendigkeit diese in das Gefüge des gesellschaftlichen Gesamtprozesses einzugliedern gezogen sind, überhaupt nicht anerkennen. So darf er sich aus diesem Grund auch nicht wundern, wenn der von ihm zurückgewiesene Vorwurf der »Weltfremdheit« seinem an Kantische und Fichtesche Gedankengänge vielfach anklingenden, aber sie im Radikalismus des Forderns noch überfliegenden Idealismus gegenüber nicht verstummt. Hat er auch recht, daß die Marxsche Geschichtsauffassung, zu der er, wie gesagt, sich selbst bekennt, den Idealismus keineswegs ausschließt, so setzt doch diese Geschichtsauffassung auf der andern Seite diesem Idealismus Schranken, die dieser, soll er nicht utopisch werden, unmöglich überfliegen kann; Schranken durch die Betonung der Rolle, die die partikularen Interessen in der gesellschaftlichen Gesamtbewegung spielen, und durch den Hin-

weis auf die Gebundenheit, die sich für die Möglichkeiten und Chancen irgendwelcher sozialen Ideale und Forderungen Hand in Hand damit ergibt. Speziell die Aversion gegen jeden äußern Zwang, ohne den doch die Aufrechterhaltung einer Rechtsordnung überhaupt nicht denkbar scheint, bringt den Kranold'schen Idealismus in selbstgeschaffene Verlegenheiten und steigert den Eindruck des Chimärischen.

Volle Aufmerksamkeit verdient dagegen der Abschnitt Marxismus und Kritizismus im 1. Band, wo der Autor in eindringender, aufschlußreicher Weise von der dialektischen Methode und ihrem rationalen Kern handelt, der nach Abstreifung der metaphysischen Verhüllungen bei Hegel verbleibt und für Marx und Engels ein so wichtiges Ferment in ihrem wissenschaftlichen Denken wurde.

Nelsonbund

Die Versuche dem Sozialismus im Anschluß an die Kantische Ethik und Rechtsphilosophie eine über den Relativismus von Marx' ökonomisch-genetischer Geschichtsauffassung hinausgehende, philosophisch fundierte Begründung zu geben traten als rein private Äußerungen auf, denen der Gedanke an eine besondere Organisationsbildung zum Zweck der Propaganda innerhalb der Partei vollständig fernlag. Erst die Konflikte mit dem Bund, der sich unter der Leitung des Göttinger Philosophen Leonard Nelson zusammengeschlossen hatte, und die schließlich bedauerlicherweise zum Ausschluß des Vereins aus der Partei führten, haben in größeren Kreisen auf die Existenz derartiger Organisationsbestrebungen aufmerksam gemacht. Ein in der Gesellschaft veröffentlichter, bei aller Schärfe prinzipieller Ablehnung doch ruhig abwägender Artikel des Breslauer Philosophiedozenten Siegfried Marck, auf den hier zur nähern Information verwiesen sei, bringt ein kritisches Resümee der Gedankengänge, auf denen Nelson, anknüpfend an die formalistischen Tendenzen der Kantischen Ethik, einer umbildenden Erneuerung des alten Naturrechts oder, wie Stammler sagen würde, einer Darlegung des »richtigen« Rechts nachgeht. Aus der Grundforderung, daß in jedem richtigen Rechtssystem die Gesellschaftsmitglieder einander als vernünftige Personen anerkennen müßten, wird eine Reihe von Postulaten, darunter auch die Forderung einer Besitzverteilung möglichst nach dem Grundsatz der persönlichen Gleichheit, deduziert. Richtige Politik

sei einzig eine Politik zu nennen, die sich die Verwirklichung der Rechtsidee zum Zweck setzt und so zugleich den »wahren Interessen« dient. Aber aus diesem Postulat soll man nicht folgern dürfen, daß eine der verschiedenen denkbaren Verfassungsformen, die Demokratie, dem richtigen Recht entspreche, von ihm gefordert würde. Denn der Volks- und Mehrheitswille, den die Demokratie zum obersten Gesetzgeber mache, biete an und für sich keine Garantie, daß er mit dem vom richtigen Recht Gebotenen zusammenfällt. Aber Nelson begnügt sich nicht mit dieser allgemeinen, vagen Reflexion, der sich sofort die Frage gegenüberstellen läßt, ob nicht das demokratische Prinzip der Mitwirkung aller an der Gesetzgebung nichtsdestoweniger die günstigsten Chancen für die Entwicklung einer gerechten, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigenden Ordnung darstelle. Er reißt die Demokratie herab, indem er gewisse Begleiterscheinungen, die im Rahmen jeder Verfassungsform auftreten können und aufgetreten sind, gleichsam auf deren Spezialkonto setzt. Sie sei, dekretiert er, »nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste hervorgeht«, vielmehr der »Jahrmarkt, auf dem der pfiffigste oder käuflichste Schwätzer dem rechtliebenden und auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang ablauft«. Man sollte meinen, diese ganz allgemein formulierte Wesenseinschätzung der Demokratie müsse Nelson logischerweise zu dem Schluß führen, daß die von ihm konstruierte Rechtsidee ein bloßes Luftschloß sei und jeden Weg zu ihrer Realisierung in der wirklichen Geschichte versperrt finde. Seine Phantasieen, wie sich abseits, unabhängig von der Demokratie, in dem platonischen Sinn eine Herrschaft der Besten, der sozusagen von der Rechtsidee speziell Berufenen, etablieren könnte, wirken, so fest er selbst darauf vertrauen mag, auf den unbefangenen Leser gleich einer Bankrotterklärung.

Gegründet wurde der Nelsonbund im Frühjahr 1917. Die Kommunistische Partei, der die Mitglieder größtenteils angehörten, erklärte die Zugehörigkeit zum Bund, »der sich auf Kant und Fries beruft, auf bürgerliche Philosophen, die keine Ahnung vom Klassenkampfe haben«, im Jahr 1922 für unvereinbar mit der zur Kommunistischen Partei. Nach dem Zusammenschluß der Unabhängigen mit der alten Sozialdemokratie stellte der Bund sich auf den Boden der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Die Angriffe der Mitglieder gegen die

Demokratie, wie anscheinend auch die prinzipielle Befehdung der Kirchen, womit die Sozialdemokratische Partei als solche mit ihrer Erklärung der Religion als Privatsache nichts zu tun haben wollte, führten dann auch hier zu immer schärferen Reibungen. Letzten Oktober gab die Vereinsleitung im Schreiben an den sozialistischen Parteivorstand die Versicherung ab, daß ihre politische Betätigung in Solidarität mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in Unterordnung unter deren Parteiprogramm erfolge, wie auch, daß »die besondere Arbeit des Bundes nur noch auf pädagogischem Gebiet« liege; er wolle nur Erziehungsarbeit leisten. Theoretische Grundlage, heißt es im Schreiben weiter, seien Nelsons philosophische Arbeiten. Jeder, der die da ausgesprochenen Anschauungen billige und sich verpflichte alkohol- und nikotinfrei und vegetarisch zu leben und aus der Kirche auszutreten, könne der Organisation angehören. Mag eine prinzipielle Bekämpfung der Demokratie unter Berufung auf Nelsons, man weiß nicht wie, herbeizuzaubernde Führerschaft der Besten auch noch unverständlicher erscheinen als die Tiraden, mit denen die Kommunistische Partei im Namen einer Diktatur des Proletariats wider die Demokratie loszieht, so ist trotzdem nicht abzusehen, warum man gegen den Bund mit einer Ausschlußerklärung vorgegangen ist. Wenn, woran zu zweifeln kein Grund vorliegt, die Erklärung des Vereins, daß er auf sozialistischem Boden stehe, ehrlich gemeint war, so ließ sich wohl erwarten, daß den Trägern der Bewegung über die Verkehrtheit ihrer antidemokratischen Doktrin allmählich die Augen aufgehen würden, und daß dann der idealistische Eifer, der sie beseelt, im Leben der Partei ein fruchtbares Feld seiner Betätigung finden könne. Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die sich eine Erhöhung des individuellen Verantwortungsbewußtseins im Handeln und Denken des einzelnen zum Ziel setzt, ist eins der wesentlichen Momente, die eine wirkliche Demokratie verlangt. Der Ausschluß aber, auch wenn er sich formell als gerechtfertigt begründen ließe, wird von den Ausgeschlossenen als Unrecht, als Gewaltakt empfunden werden und droht so Tendenzen auszulösen, die den Dogmatismus der Ausgeschlossenen zunächst noch mehr entzündend, um sie dann bei dem unvermeidlichen Erwachen der Skepsis durch Abtrennung vom Boden der Partei einem untätigen und lähmenden Indifferentismus auszuliefern.

Kurze Chronik In München wurde eine *Gesellschaft für Zeitungskunde und Publizistik* gegründet, die sich die Aufgabe stellt Dokumente und Erzeugnisse der unmittelbaren Vergangenheit für die Wissenschaft und Forschung zu sammeln. Als Grundstock für ein solches Museum der Zeitgeschichte und Publizistik dient die Sammlung Rehse. $\diamond$ Mitte Oktober 1925 fand in Brüssel ein Kongreß für *wissenschaftliche Durchbildung der Arbeit* statt, als dessen Aufgabe bezeichnet wurde Wege zum fruchtbaren Ertrag der menschlichen Arbeit und zur Senkung der Herstellungskosten zu suchen. $\diamond$ Der Professor der Versicherungswissenschaft an der Handelshochschule Berlin *Alfred Manes* übernahm einen Lehrauftrag auch an der Universität. Seine Disziplin war an der Berliner Universität bis jetzt noch nicht vertreten. $\diamond$ Zu der Notiz dieser Rundschau (1925 Seite 717) über seine Ernennung zum ordentlichen Professor teilt uns *Eduard Heilmann* mit, daß ihm die ordentliche Professur nicht an der Freiburger sondern an der Hamburger Universität übertragen wurde. Heilmann steht im 37. Lebensjahr. $\diamond$ Der ehemalige österreichische Finanzminister *Josef Schumpeter* ist Ordinarius der Staatswissenschaften an der Universität Bonn, als Nachfolger Dietzels, geworden. $\diamond$ Der Privatdozent an der Berliner Universität *Constantin von Dietze* geht als außerordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaft an die Universität Rostock. $\diamond$ In der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg habilitierte sich *Hans von Eckardt* für Nationalökonomie. Eckardt stammt aus Riga; er studierte in Moskau, Berlin und Heidelberg. 1920 promovierte er in Heidelberg mit einer soziologischen Dissertation *Der politische Führer*.

Literatur

Von dem großen *Grundriß der Sozialökonomik*, den der Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen in 2. Auflage herausgibt, ist jetzt in 2 umfangreichen Halbbänden die 3. Abteilung, *Wirtschaft und Gesellschaft*, herausgekommen, ferner der 1. Teil des die spezifischen Elemente der modernen kapitalistischen Wirtschaft behandelnden Teils der 4. Abteilung und ein Heft der 5.: *Handel, Transportgewerbe, Banken*. Die ersten beiden Bände enthalten den Neudruck der weitgreifenden Studien, die sich im Nachlaß *Max Webers* zum Thema *Wirtschaft und Gesellschaft* fanden. Neu hinzugekommen

ist in der 2. Auflage eine soziologische Abhandlung über Musik. Man darf von diesem Werk enzyklopädischer soziologischer Gelehrsamkeit, in dem alle Seiten der Lebensarbeit Webers, durch neues Material bereichert, nochmals lebendig werden, eine lange und tief nachwirkende Befruchtung der soziologischen Forschung und Wissenschaft erwarten. Um einiges aus dem Inhalt herauszugreifen, sei hier insbesondere auf das mehr als 100 große Seiten umfassende Kapitel über Religionssoziologie im 1. und auf die Abschnitte über die Rechtssoziologie und die Stadt im 2. Halbband hingewiesen. Der 1. Teil der 4. Hauptabteilung bringt eine Reihe eingehender und interessierender Untersuchungen, so unter anderem von *Werner Sombart* (Prinzipielle Eigenart des modernen Kapitalismus), von *Arthur Salz* (Über vorkapitalistische und kapitalistische Vermögensbildung und über Kapitalformen), von *Franz Eulenburg*, von *Otto von Zwiedineck-Südenhorst* und von *Emil Lederer*; der 1. Teil der 5. Abteilung aus der Feder des bekannten Handelshistorikers *Heinrich Sieveking* eine Darlegung über Entwicklung, Wesen und Bedeutung des Handels. $\diamond$ Die Ausgabe von *Max Webers* Gesammelten Werken ist durch 2 neue wertvolle Bände vermehrt worden (Tübingen, J. C. B. Mohr). Der eine enthält Webers Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, darunter das Schriftchen über die Börse vom Jahr 1894, seine Abhandlung zur Psychophysik der industriellen Arbeit und seine Reden in dem Verein für Sozialpolitik und auf den Tagungen des Vereins für Soziologie; der andere Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, darunter die epochemachende Abhandlung über die Agrarverhältnisse im Altertum, die das Thema unvergleichlich weiter faßt als der Titel, unter dem sie im Handwörterbuch der Staatswissenschaften erschien, ahnen läßt. Von den kleineren hier abgedruckten 5 Aufsätzen haben die über die ländliche Agrarverfassung in Preußen und über die Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter allgemeinpolitisches Interesse. $\diamond$ Von dem System der Soziologie, an dem *Franz Oppenheimer* arbeitet (Jena, Gustav Fischer), ist kürzlich der 2. Halbband des 3. Bandes, für sich allein über 1000 Seiten zählend, herausgekommen. Er nennt sich *Die Gesellschaftswirtschaft und rekapituliert in umgearbeiteter Form den Inhalt früherer Arbeiten des Verfassers*.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff**Strafrechtsreform**

Nachdem der Allgemeine Teil des Strafgesetzentwurfs in seinen Grundzügen hier

erörtert worden ist (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 579 und folgende), sollen hier die politisch und kulturell wichtigsten Bestimmungen des Besondern Teils behandelt werden. Weit mehr noch als um die allgemeinen Vorschriften wird der Kampf um die einzelnen Tatbestände der Verbrechen und Vergehen entbrennen. Denn sie werden in ihrer endgültigen Fassung dereinst die Hauptgrundlage der Strafverfolgungen, Anklagen und Urteile bilden.

Da sind zunächst innerhalb der Verbrechen gegen den Staat die Bestimmungen über *Landesverrat*. Bekanntlich hat in den letzten Jahren eine Reihe der vom Oberreichsanwalt eingeleiteten Strafverfolgungen wegen Landesverrats nicht geringes Aufsehen erregt. Es handelte sich hierbei um Fälle, in denen durch öffentliche Aufdeckung gesetzwidriger Zustände (sogenannte schwarze Reichswehr, heimliche Waffenlager) der Tatbestand des diplomatischen Landesverrats gemäß § 92 Ziffer 1 des Strafgesetzbuchs als erfüllt angesehen wurde. Ob der Wortlaut ausreichende Handhabe hierzu bietet, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls widersprechen Sinn und Zweck einer solchen Auslegung. Landesverrat ist Angriff auf die äußere Machtstellung des Staates. Nicht wer die Militärspielerie aufdeckt, sondern höchstens wer sie treibt, könnte demnach Landesverrat begehen. Denn sie würde unter dem Versailler Diktat zu Sanktionen führen können, die alles andere als eine Stärkung der äußern Machtstellung des Reichs bedeuten würden. Mit Recht ist deshalb zur Klarstellung eine zusätzliche Bestimmung zu § 92 des Strafgesetzbuchs dahin gefordert worden, daß die Bekanntmachung gesetzwidriger Zustände zwecks Abstellung durch deutsche Behörden als Landesverrat nicht anzusehen ist. Leider hat der Entwurf diese berechtigzte Forderung nicht berücksichtigt. Da auch die Begründung schweigt, und nicht angenommen werden kann, daß sie dem Reichsjustizministerium unbekannt ist, bleibt nur die Vermutung offen, daß das Ministerium die strafrechtlich widersinnige und außenpolitisch höchst unkluge Auslegung des § 92 Ziffer 1 billigen will. Daß man den bisherigen Zustand nicht ändert, ist besonders fühlbar, weil in anderer Hinsicht die Fas-

sung des Entwurfs erheblich erweitert ist. Während es nämlich bisher erforderlich ist, daß der Täter die zum Wohl des Reichs geheim zu haltenden Nachrichten öffentlich bekannt macht oder einer andern Regierung mitteilt, will der Entwurf bereits den wegen Landesverrats strafen, der solche Nachrichten an einen andern gelangen läßt und dadurch das Wohl des Reichs oder eines Landes gefährdet. Solange die internationalen Beziehungen der Völker auf Staatsgeheimnissen aufgebaut sind, werden Bestimmungen zum Schutz dieser Geheimnisse unentbehrlich sein. Ihre Preisgabe ist als Landesverrat zu ahnden. Aber doppelt notwendig ist deshalb die tatbestandsmäßige Ausscheidung aller jener Fälle, die es ermöglichen Männern eine Anklage wegen Landesverrats anzuhängen, die durch Aufdeckung gesetzwidriger Zustände, weit entfernt das Wohl des Reichs oder eines Landes zu gefährden, die wahren Interessen ihres Vaterlands vertreten haben. Ferner muß die neue Bestimmung jeden Zweifel darüber ausschließen, daß Landesverrat zwischen Reich und Ländern und zwischen den Ländern unter einander ein Ding der Unmöglichkeit ist. Bekanntlich läßt der geltende § 92 solche Möglichkeit zu. Das seit der Weimarer Verfassung veränderte staatsrechtliche Verhältnis verbietet eine derartige Auffassung, die unter der Herrschaft der alten Reichsverfassung vielleicht berechtigt gewesen ist. Die Worte im Entwurf »andere Regierung« müßten daher ersetzt werden durch »ausländische Regierung«.

Eine Reihe von wichtigen Erweiterungen bringen die Bestimmungen über *Vergehen bei Wahlen und Abstimmungen*. § 103 des Entwurfs bestraft im Gegensatz zu § 107 des Strafgesetzbuchs auch die Ausübung des Zwangs überhaupt zu wählen, was bisher, außer im Fall der Nötigung, nicht strafbar war. Die Bestimmung ist insofern besonders interessant, als die Deutschnationalen im vorvergangenen Reichstag einen Antrag auf gesetzlichen Wahlzwang gestellt hatten. § 104 des Entwurfs setzt die Strafbarkeit der Wahltäuschung außer Zweifel. § 105 erweitert die Strafbarkeit des Stimmkaufs. §§ 107 und 108 (beide neu) bestrafen die Verhinderung der Wahl oder der Feststellung des Wahlergebnisses und die Verletzung des Wahl- und Abstimmungsgeheimnisses in der Absicht sich oder einem andern Kenntnis zu verschaffen, wie jemand gewählt oder gestimmt hat.

Über den Abschnitt *Verletzung der Amtspflicht* wäre nichts zu sagen, wenn nicht die Begründung zu §§ 123 bis 125 eine Bemerkung abnötigte. Angesichts der selbst auf dem offiziellen Kriminalistenkongreß in Innsbruck der Prüfung für wert erachteten Fragen, ob und gegebenenfalls aus welchen Ursachen das Vertrauen in die deutsche Strafrechtspflege mehr und mehr erschüttert sei, und was zur Wiederherstellung des Vertrauens zu geschehen habe, dürfte doch wohl der Ausspruch des Reichsjustizministeriums, daß bei allen Angriffen, denen die Rechtsprechung der Gerichte in den letzten Jahrzehnten ausgesetzt gewesen sei, das lautere Streben der Richter nach Gerechtigkeit über jeden Zweifel erhaben geblieben sei, mindestens als eine unnötige Hypertrophie des Ausdrucks zu bezeichnen sein.

Zu erheblichen Bedenken gibt die Fassung des § 159 Anlaß, der von der *Auflorderung zur Auflehnung gegen Gesetze* handelt. Danach werden politische Redakteure und Redner, sofern sie nicht Immunität genießen, ständig in Gefahr schweben von der nach allen Richtungen dehnbaren Bestimmung erfaßt zu werden. Schon der § 110 des Strafgesetzbuchs ist trotz seiner viel eindeutigeren und auch engeren Formulierung im kaiserlichen Deutschland, wie man weiß, in den unmöglichsten Fällen angewandt worden. Die völlig unbestimmte Fassung des Entwurfs dürfte den Staatsanwälten keinerlei Hemmungen mehr auferlegen die Anwendung der Bestimmung jeder politischen Absicht anzupassen. Eine schärfere, auf objektivere Merkmale gestützte Fassung ist deshalb dringend geboten.

Eine Anomalie in einem modernen Strafgesetzbuch ist der *Gotteslästerungs*-paragraph. Der Entwurf hat ihn, in seinem § 157, nicht nur beibehalten sondern, abgesehen vom angedrohten Strafmaß, gegenüber der geltenden Vorschrift sogar noch verschärft. Die Beschimpfung einer im Reich bestehenden Religionsgesellschaft oder ihres Glaubens strafrechtlich als besonderes Delikt zu ahnden ist unvereinbar mit der grundsätzlichen Trennung von Kirche und Staat. Es ist nicht Sache des Staates für Religionsgesellschaften strafrechtliche Privilegien zu schaffen. Sollen Geister von der Art Heines oder Nietzsches sich wegen Gotteslästerung verantworten, weil der Staat in Religionssachen nur beschränkte Gedankenfreiheit gewähren will? Denn auf eine Beschränkung der

Gedanken- und Gewissensfreiheit kommt praktisch die Anwendung der Sonderbestimmung heraus. Selbst die Brandenburgische Provinzialsynode ist daher neuerdings bei einer Aussprache über § 166 des Strafgesetzbuchs dafür eingetreten, daß »bei der bevorstehenden Reform des Strafrechts die Vorschrift über die Bestrafung der Beschimpfung einer Religionsgesellschaft so gestaltet wird, daß die Gefahr einer Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit vermieden wird«. Diese Gefahr ist am besten durch die grundsätzlich gebotene Aufhebung dieser Ausnahmevorschrift zu beseitigen.

Innerhalb der Gruppe *Verbrechen und Vergehen wider das Leben* sind neu hinzugekommen die Strafdrohungen gegen die Verleitung zum Selbstmord, die Auforderung zum Mord, die Verabredung eines Mordes sowie die Ankündigung von Abtreibungsmitteln und die Lebensgefährdung. Die Verbrechen des Mordes und des Totschlags haben eine anderweitige, die Feststellung des Tatbestandes erleichternde Abgrenzung gegen einander erfahren. Heiß umstritten ist in dieser Gruppe die Bestimmung über die Abtreibung, deren grundsätzlich unbeschränkte Strafbarkeit § 228 des Entwurfs beibehält. Die Begründung des Entwurfs macht sich die Sache sehr leicht. Sie erklärt, daß die schweren gesundheitlichen Schäden, die »eine Abtreibung für die Schwangeren unter allen Umständen zur Folge hat, die Gefahren, die für die Volkskraft aus einem Umsichgreifen der Abtreibung entstehen, die Forderung eines Verzichts auf die Strafdrohung gegen die Schwangere nicht annehmbar erscheinen [lassen]«. Bei der außergewöhnlichen Bedeutung der Frage hätte erwartet werden können, daß sich das Reichsjustizministerium mit den hauptsächlichsten der für und wider vorgebrachten Gründe unter Prüfung des vorliegenden Materials eingehend auseinandergesetzt hätte, statt sich auf dürftige und ziemlich oberflächliche Redewendungen zu beschränken. Der übrigens rein utilitaristische Standpunkt der Regierung ist außerdem in doppelter Hinsicht anfechtbar. Da ausweislich der Abtreibungsstatistik selbst die Zuchthausstrafe nicht abschreckend wirkt, würde bei Straflosigkeit eine nennenswerte Vermehrung der Aborte kaum eintreten. Wohl aber würden bei Zulassung der Schwangerschaftsunterbrechung durch approbierte Ärzte die Gefahren für Schwangere wesentlich vermindert. Auf der andern Seite kann die Schwangerschaftsunterbrechung auch

außer in den Fällen der Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Schwangeren im Interesse der Erhaltung der Volkskraft geradezu geboten sein (Geisteskrankheit, Tuberkulose, Lues usw.). Sprechen hiernach schon die von der Regierung verfolgten nackten Nützlichkeitszwecke gegen die unbeschränkte Strafandrohung für Abtreibung, so fordert notwendig ein unabweisbares ethisches Moment ihre Aufhebung. Nicht von der "Staatsmoral" soll hier die Rede sein, deren Gesetzgebung auch die im höchsten sozialen Notstand erfolgte Abtreibung ebenso kaltherzig mit Strafe bedroht, wie sie keinerlei Anstrengung macht die Ursachen dieses Notstands zu beseitigen. Aber hat man sich denn nicht die Frage vorgelegt, ob es nicht das Höchstmaß von Unsittlichkeit ist eine Schwangere mittels des Strafgesetzbuchs zum Gebären gegen ihren Willen zu zwingen? Gegenüber der unerhörten Unsittlichkeit dieses Zwangs darf kein irgendwie geartetes Recht der Leibesfrucht oder der Gesellschaft eine Rolle spielen. Der selbe Grund läßt auch die bisweilen erhobene Forderung abweisen die Schwangerschaftsunterbrechung von der Genehmigung einer die sozialen und eugenischen Gründe prüfenden Frauenkommission abhängig zu machen. Juristisch unbedenklich und sachlich durchaus geboten wäre es die Straflosgigkeit von der Vornahme der Handlungen durch einen approbierten Arzt abhängig zu machen. So viel über die strafrechtliche Seite der Sache. Der soziale Staat kann sich freilich bei dieser Regelung nicht beruhigen. Er wird die Abtreibung, die nicht aus gesundheitlichen oder eugenischen Gründen notwendig ist, nach wie vor als ein Gesellschaftsübel anzusehen haben, das er durch planmäßige Bekämpfung und Beseitigung der Ursachen zu heilen hat. Soweit der Mangel an Gebärwillen bei den Schwangeren auf sozialem Notstand beruht, wird er daher durch umfassende Maßnahmen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet die Hindernisse wegzuräumen versuchen; soweit Egoismus Gebärunlust bewirkt, wird nur eine, auch in anderer Hinsicht heilsame Erziehung zu kollektiver, überindividueller Denkweise eine wirksame medicina mentis schaffen können. Nicht ein Hauch vom Geist einer Reform ist in den Vorschriften des Entwurfs über *Sexualdelikte* zu spüren. Um jedoch nicht alles beim alten zu lassen und zum Beweis, daß Reform nicht notwendig Fortschritt bedeutet, sind ein-

zelne Verschlechterungen aufgenommen. Vergebens sucht man in der Begründung zureichenden Aufschluß darüber zu gewinnen, weshalb die Welt von 1925 auf diesem Gebiet die selben, ja noch rückständigere Kenntnisse und Erkenntnisse haben soll als die Zeit von 1871. Man wundert sich nur, daß nicht auf die Geistesverfassung aus der Zeit der Theresiana oder des ältesten sächsischen Rechts zurückgegriffen ist. Die den Entwurf beherrschende Auffassung durch weitgehenden Strafschutz die Reinheit, Kraft und Gesundheit des Volkslebens zu erhalten bedeutet eine aus dem Polizeistaat überkommene völlige Verkenntung des Zwecks und der Grenzen des Strafrechts. Aber die Überspannung der strafrechtlich gesicherten Reglementierung der Sittlichkeit ist nicht nur unnütz, sie ist, wie die Erfahrung zeigt, als Großzüchterin des gefährlichsten Erpressertums von allergrößter Schädlichkeit. Diese Erwägung müßte mindestens zu äußerst vorsichtiger Abwägung des Strafschutzbedürfnisses führen. Der Entwurf verzichtet auf solche Vorsicht. Schon die Erweiterung des Tatbestands der Verführung läßt dies erkennen. Während die Vorschrift des § 182 des Strafgesetzbuchs ein sogenanntes unbescholtenes Mädchen voraussetzt und damit wenigstens eine gewisse Garantie gegen mißbräuchliche Anwendung bietet, eröffnet der Wegfall dieser Voraussetzung auch dem "bescholtenen" Mädchen die für sie doppelt reizvolle Möglichkeit sich als "Verführte" im bengalischen Licht der Unschuld zu zeigen oder aber ihre strafrechtlich bedeutungsvolle Stellung zu Erpressungen gegen ihren "Verführer" zu benutzen. Der Entwurf glaubt diese psychologische Wahrscheinlichkeit noch dadurch erhöhen zu sollen, daß er die Strafverfolgung des Verführers an die Zustimmung der Verletzten knüpft und ihr damit die Waffe zu Erpressungen in die Hand gibt, die ihr nach dem bisherigen Recht noch gefehlt hat. § 267 des Entwurfs hält unter Weglassung der Strafdrohung gegen Sodomie den Tatbestand des § 175 des Strafgesetzbuchs aufrecht. Es ist bekannt, daß der gleichgeschlechtliche Verkehr zwischen Männern erst mit der Ausbreitung des Christentums als etwas Strafwürdiges bezeichnet wurde, während die alten Kulturvölker der vorchristlichen Zeit von entgegengesetzten Anschauungen durchdrungen waren. Die Päderastie galt der christlichen Anschauung als Todsünde und wurde dementsprechend während

des ganzen Mittelalters, in England sogar bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts, ausschließlich mit Todesstrafe bedroht. Es ist notwendig hieran zu erinnern, um im Vergleich zu den geltenden strafrechtlichen Bewertungen den Wandel der Anschauung zu erkennen, den auch in dieser Frage das moralische Bewußtsein der Welt erfahren hat. Seit Jahrzehnten sind darüber hinaus infolge wachsender wissenschaftlicher Einsicht und kriminalpolitischer Vernunft die medizinischen und juristischen Stimmen nicht verstummt, die eine vollständige Beseitigung der Strafvorschrift fordern. Wer die stichhaltigen Gründe dieser Stimmen kennen lernen will, lese die amtliche Begründung zu § 267, die eine einzige überzeugende Rechtfertigung für die Notwendigkeit seiner Abschaffung ist. Die beiden einzigen für die Beibehaltung angeführten Gründe sind nicht wirksam. Das sittliche Empfinden des Volkes, auch wenn man mit der Begründung davon ausgeht, daß die geschlechtliche Beziehung von Mann zu Mann nach deutscher Auffassung als eine Verirrung erscheint, verlangt heute keineswegs eine strafrechtliche Ahndung mehr. Der weitere stereotype Hinweis, daß die strafrechtlichen Schranken nicht ohne Schaden für die Gesundheit und Reinheit des Volkslebens hinweggezogen werden können, ist, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, bei der auch vom Entwurf anerkannten praktischen Bedeutungslosigkeit der Vorschrift von nicht ernst zu nehmender Logik. Da es nicht die Aufgabe des Gesetzgebers sein kann eine praktisch bedeutungslose Strafvorschrift, deren schwere Nachteile, vor allem auf dem Gebiet der Erpressung, evident sind, aus dem Gesetz der Trägheit bestehen zu lassen, ist außerdem schon deshalb die Aufhebung der Vorschrift geboten. Zu § 263 des Entwurfs sei nur erwähnt, daß im Gegensatz zum Entwurf von 1922 auch der Geschlechtsverkehr von Verschwägerten auf- und absteigender Linie als Blutschande mit Gefängnis bestraft werden soll. Die Vorschrift wird sich gleichfalls nicht halten lassen. § 273 Absatz 2 des Entwurfs bestimmt, daß das Gewähren von Wohnungen an Prostituierte straflos ist, sofern nicht mit Rücksicht auf das Dulden der Unzucht ein unverhältnismäßiger Gewinn erstrebt wird. Er korrigiert damit den durch die Rechtsprechung nach geltendem Recht herausgebildeten unerträglichen Zustand, daß das bloße Vermieten an Prostituierte als Kuppelei zu bestrafen sei.

Trotzdem ist die Begründung der Vorschrift falsch. Denn nicht die Tatsache, daß der Staat die weibliche Prostitution nicht ausrotten kann, sondern daß er sie nicht mit Mitteln des Strafrechts ausrotten kann, erfordert die Straflosigkeit solcher Fälle. Einer Revision bedarf auch die im wesentlichen den Tatbeständen des § 184 Nummer 1 und 2 entsprechende Bestimmung des § 269 Absatz 1 des Entwurfs (unzüchtige Schriften und Abbildungen). Die Fassung muß so begrenzt werden, daß jede Möglichkeit einer Beengung der künstlerischen Produktion ausgeschlossen ist. Die Freiheit der Kunst muß unbedingt gewährleistet werden.

Schließlich hat der Entwurf im § 280 die Strafdrohung gegen den Ehebruch im Gegensatz zum Entwurf von 1922, der sie ganz beseitigt hatte, verschärft wieder eingeführt. Allerdings erscheint der Ehebruch nicht mehr wie bisher als Sittlichkeitsdelikt, sondern als besonderes Vergehen gegen die Ehe. Diese <systematisch berechnete> Umgruppierung macht aber die Sache nicht besser. Die amtliche Begründung der Vorschrift ist inhaltsleer und widerspruchsvoll. Inhaltsleer, soweit sie die Bedeutung der Vorschrift darin erblickt, daß in ihr die grundsätzliche Stellung des Staates zu der Einrichtung der Ehe als einer der Grundlagen des Staates zum Ausdruck kommt. Widerspruchsvoll, soweit sie von jenem Gesichtspunkt aus einen Abbau des Strafschutzes der Ehe für bedenklich erklärt. Denn da die Begründung einige Zeilen vorher die praktische Wirkungslosigkeit der geltenden Strafvorschrift zugibt, so hat sie sich damit selbst widerlegt. Sind hiernach die Rechtfertigungsgründe der Regierung hinfällig, so reicht jeder der Gegengründe, deren Widerlegung die Regierung übrigens gar nicht versucht, zur Beseitigung der Vorschrift aus. Grundsätzlich entscheidend ist vor allem, daß der Schutz der Reinheit der Ehe außerhalb der Aufgaben des Strafrechts liegt. Wen aber keines der Argumente überzeugt, den sollte jedenfalls die Furcht vor dem Fluch der Lächerlichkeit belehren: Die Ehe ist wegen beiderseitigen Ehebruchs der Ehegatten geschieden; beide ehemalige Ehegatten treten als Ankläger gegen einander und gegen die beiderseitigen Ehestörer auf, um sich sämtlich im Gefängnis wiederzusehen; ein wahrhaft erhebendes Schauspiel »zum Schutze der Reinheit der Ehe«. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die Vorschrift auch gesetzestechnisch

schlecht gefaßt ist, indem aus der Wendung »Wer die Ehe bricht« mit Recht gefolgert wurde, daß der Ehebruch nur noch an dem verheirateten Teil, der genau genommen, allein die Ehe bricht, bestraft werden soll, während die Begründung auch den mitschuldigen Dritten einbegriffen wissen will.

Begrüßenswert ist die Aufnahme des Kampfes gegen den Mißbrauch von *Rauschgiften* (§§ 335 und folgende). Es entspräche der Tendenz und erhöhte die Aussichten des Kampfes wesentlich, wenn durch ausdrückliche Vorschrift im Allgemeinen Teil die Angetrunkenheit, die die bisherige Praxis als strafmildernd ansieht, als strafscharfender Umstand bezeichnet würde.

Tagungen

Die *Vereinigung deutscher Zivilprozeßrechtslehrer* hielt vom 21. bis zum 24. April

1925 ihre 5. ordentliche Tagung in München ab. Hauptgegenstand der Beratung war die Reform des Rechtsmittelwesens.

Vom 4. bis zum 6. Juni fand in Stuttgart die Tagung der *Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* statt. Der Reichsgerichtspräsident Walter Simons referierte über internationale Gerichtsbarkeit und der Professor Max Fleischmann /Halle/ über Kolonialmandate. Zum Bericht Internationale Gerichtsbarkeit wurde eine Resolution angenommen, die angesichts der andauernden Gefahr furchtbarer kriegerischer Entladungen dringend die Fortentwicklung der internationalen Gerichtsbarkeit mit der Anbahnung internationaler Zwangsvollstreckungs- und Strafeinrichtungen sowie die Kodifizierung des materiellen Völkerrechts fordert.

Die Deutsche Landesgruppe der *Internationalen Kriminalistischen Vereinigung* tagte zusammen mit der Österreichischen Kriminalistischen Vereinigung vom 10. bis zum 12. September in Innsbruck. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand der Schutz der Gesellschaft gegen Gemeingefährliche und der Schutz des Verbrechens gegen Willkür auf Grund des Entwurfs eines Strafgesetzbuches.

In Augsburg fand am 14. und 15. September der *Deutsche Richtertag* statt. Nach Entgegennahme von Referaten über die Stellung des deutschen Richters, den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes und den Entwurf eines Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuchs wurden einige ziemlich bedeutungslose Resolutionen angenommen. Erwähnenswert ist aus der Aussprache immerhin das eine,

daß maßlose Ausfälle rechtsgerichteter Redner gegen die Kritik der Rechtsprechung durch die Presse und gegen den Republikanischen Richterbund den Beifall eines Teils der Versammlung fanden.

Kurze Chronik Die Juristische Fakultät der Universität Berlin hat für dieses Jahr die voriges

Mal gestellten *Preisaufgaben* wiederholt (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 791) und dazu die beiden folgenden neu gestellt: 1. »Das Privatrecht des Berliner Stadtbuches vom Ende des 14. Jahrhunderts (neue Ausgabe von Clauswitz, 1883/) soll, insbesondere soweit es nicht dem Sachsenspiegel entnommen ist, zusammenfassend behandelt werden. Nach Wahl des Bearbeiters kann die Darstellung auch auf einige Rechtsinstitute beschränkt werden, wenn über den privatrechtlichen Inhalt im ganzen eine Übersicht vorausgeschickt wird.« 2. »Der Eigentumsvorbehalt an Maschinen nach den Rechten der wichtigsten Kulturstaa-ten.« Die Arbeiten müssen vor dem 4. Mai 1926 abgeliefert werden. $\diamond$ In *Australien* ist die Todesstrafe abgeschafft worden. $\diamond$ Der Bonner Professor *Erich Kaufmann* geht als Nachfolger Niemeyers nach Kiel, wo er zugleich das Amt des Direktors des Instituts für internationales Recht übernehmen wird.

Literatur

Eine 1922 veröffentlichte, aber noch immer aktuelle

Arbeit ist die rechtswissenschaftliche Untersuchung *Heinrich Körlings* Die Rechtsnatur des Völkerbundes /Bigge, Verlag der Josephsdruckerei/. Jedes Problem wird mit peinlicher Gewissenhaftigkeit angefaßt und durchgeführt. Der unschätzbare Vorzug der Arbeit liegt in der Unmenge des geschichtlichen und politischen Materials, das in dieser Konzentration eine Fundgrube für alle in der Völkerbundesrechtsfrage Interessierten bedeuten dürfte. $\diamond$ Die als 60. Heft der Schweizer Zeitfragen /Zürich, Orell Füßli/ veröffentlichte Schrift *Fritz Ficks* Die Verschmelzung (Fusion) von Aktiengesellschaften nach schweizerischem Recht bringt eine erschöpfende Darstellung der Materie. Besonders erwähnenswert ist die eingehende Berücksichtigung auch der österreichischen Rechtsprechung und Literatur zu der Frage. $\diamond$ Unter dem Titel *Arzt und Patient* in der Rechtsprechung /Berlin, Rudolf Mosse/ hat der Oberreichsanwalt *Ludwig Ebermayer* in ausgezeichnete Weise die von ihm seit dem Jahr 1911 in der Deutschen

Medizinischen Wochenschrift erstatteten Berichte über Rechtsfragen aus der ärztlichen Praxis zusammengestellt. Besondere Sorgfalt ist auf die ausgiebige Erörterung aller wichtigen Streitfragen verwandt. $\diamond$ In der Folge der Öffentlichkeitsrechtlichen Abhandlungen /Berlin, Otto Liebmann/ erschien Die Gleichheit vor dem Gesetz von *Gerhard Leibholz*. Der Wert des Bandes liegt in dem umfangreichen Material. Straffere Linienführung des Gedankengangs wäre einer größeren Klarheit des Gedankeninhalts zugute gekommen. Die gegebene Definition des Gleichheitssatzes ist unbefriedigend, weil die zur Erläuterung verwendeten Begriffe selbst wieder problematisch sind. Es ist die Auflösung eines Rätsels durch ein anderes. Immerhin ist das Ganze sehr schätzenswerte Pionierarbeit. $\diamond$ In 2., völlig neu bearbeiteter Auflage wurde das 1900 veröffentlichte Werk *Leo Rosenbergs* Die Beweislast auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Zivilprozeßordnung herausgebracht: /Berlin, Otto Liebmann/. Die Hoffnung des Verfassers mit dieser Neuauflage das ebenso schwierige wie wichtige Problem der Beweislast seiner Lösung einen Schritt nähergebracht zu haben darf bei den eingehenden und tiefgründigen Untersuchungen, verbunden mit der Fülle des Materials, als voll gerechtfertigt bezeichnet werden. $\diamond$ Den Versuch zur Befriedigung des kriminalpsychologischen Bedürfnisses im Menschen unternimmt ein Serienwerk *Außenseiter der Gesellschaft* /Berlin, Verlag Die Schmiede/. Die bisher herausgebrachten Bücher schildern Verbrechen der jüngsten Vergangenheit, wie Die beiden Freundinnen und ihr Giftmord von *Alfred Döblin*, Der Mord am Polizeigangten *Blau* von *Eduard Trautner*, Der Fall des Generalstabschefs *Redl* von *Egon Erwin Kisch* und Der Fall *Vukobranovicz* von *Ernst Weiß*. In jedem der Bände sind die psychischen Grundlagen, teils in enger Anlehnung an das amtliche Prozeßmaterial teils in freierer Darstellung, klar herausgearbeitet. $\diamond$ Ähnlichen Charakter, vielleicht von noch kühlerer Objektivität, weist die Sammlung von Kriminalfällen *Aus dem Archiv des grauen Hauses* /Wien, Rikola-verlag/ auf. Die Fälle spielen Anfang und Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die Geschichten des Raubmörders *Grasel* und der Giftmischerin *Ebergényi* sowie des Raubmörders *Jaroszinski* sind als Meisterwerke ihrer Art zu bezeichnen.

KUNST

Musik / Max Buttig

Berg: Wozzek In der Berliner Staatsoper wurde am 14. Dezember 1925 Alban Bergs Oper

Wozzek uraufgeführt. Die Aufführung brachte eine Glanzleistung des Staatsopernorchesters unter *Erich Kleibers* Leitung. Der Hörer, dem *Georg Büchners* Werk vertraut war, wird den einzelnen Darstellern freilich nicht überall zugestimmt haben. Über das Werk selbst (dessen von *Fritz Heinrich Klein* bearbeiteter Klavierauszug in der Universal-edition in Wien erschienen ist) kurz zu referieren ist sehr schwer. Kritische Bemerkungen sind erst möglich, wenn man sich eingehend mit dem Wesen des Stücks vertraut gemacht hat. Es sei hier der Versuch gemacht in erster Linie davon zu berichten.

Alban Berg hat Büchners Drama ein wenig gekürzt oder geändert, im allgemeinen den Text genau behalten und so ein Buch von 3 Akten mit je 5 Szenen geschaffen. Die Szenen sind kurz und prägnant, die Handlung ist sehr klar und sehr wirksam gestaltet. Ist die Dichtung trotz allen phantastischen Momenten ein stark realistisches Werk, so ist der Kern der Musik gänzlich anderer Gesinnung. Berg hat durchaus bewiesen, daß es auch in seinem Stil möglich ist krasse reale Wirkungen hervorzurufen, aber seiner Kunst im ganzen liegt eine völlig verschiedene Kultur zugrunde. Er ist ein Schüler *Schönbergs*, von dessen Klangfarbenmelodie und eigenartiger Polyphonie auch die Sprache Bergs beherrscht wird. Es ist überall eine unerhört feine, geistvolle, selten ursprünglich oder spontan wirkende Sprache letzter Kultur. Letzter Kultur, weil sie nicht bloß undenkbar ist ohne *Wagner* und *Strauß*, sondern weil sie die Geistigkeit *Berlioz'*, *Liszt's* noch ebenso in sich trägt wie die *Schönbergs*, weil sie in dieser Entwicklungslinie letzte Erfüllungen bringt, weil ihre Kontraste und ihre Logik nur dem ohne weiteres evident sind, der von den Voraussetzungen dieser Kultur ausgeht, und weil ihre Mittel sich auszudrücken auf der Komplizierung und Potenzierung der alten Mittel dieser Geistigkeit beruhen. Es ist auffallend, wie unpersönlich der Stil der *Wozzek*-musik wirkt. Ebenso wie innerhalb des musikalischen Fließens in diesem Stil durch den beständigen Wechsel der Klangfarben eher Eintönigkeit als Farblichkeit erzielt wird, so gleicht sich der persönliche Stil der Autoren dieser

Schule auf Kosten ihrer Persönlichkeit an. Man vergleiche Schönbergs Sere-nade, Anton Webersn Lieder Opus 14 und Bergs Wozzek: Der Stil der Rich-tung ist das Charakteristische, nicht der Stil der Persönlichkeit. Und so fehlen der Wozzekmusik viele Momente, die wir als Ausdruck eines starken Schöpfer-tums werten. Der Einfall scheint eher durch Kombination als durch Intuition zustande gekommen zu sein. Prägnant erfundene Thematik tritt fast nie her-vor; wohl aber glänzend kombinierter Klang. Dies Klangliche wirkt unpersön-lich; es bleibt überall die Hauptsache. So kommen unpersönliche Klangillustrationen zustande, die der größte nur denkbare Gegensatz zu dem sind, was uns Musik als solche ist. Und doch ist eine Fülle von formaler und thematischer Ar-beit in dem Werk; wohl jede Szene ist in irgendeiner alten strengen Form ge-schrieben. Ich muß gestehen, daß ich das mit wenigen Ausnahmen nirgends beim Anhören bemerkt habe; die Fugen habe ich nie als Fugen gehört. Ich ver-mute, daß es dem Werk nichts nähme, wenn Berg auf diese strengen Grund-ricse verzichtet hätte; vielleicht hätte er sich durch größere Bewegungsfreiheit eher genützt. Eine Fuge, in der die Klang-lichkeiten unbedingt über die Plastik der Stimmführungen dominieren, ist keine Fuge. Ich sage nicht, daß solch ein Musikstück nicht sehr schön sein kann. So ist in dieser Musik und ihrem sehr großen Orchester, ihrer äußersten klang-lichen und polyphonen Kompliziertheit nirgends eine musikalisch charakte-ristische Zeichnung; man glaubt zuerst nur Ornamente oder Verzierungen zu hören, man sucht nach dem Skelett die-ses Körpers. Vielleicht stünde man einer restlos befriedigenden Lösung gegen-über, wenn die Dichtung dieses Skelett wäre. Aber gerade hier stößt man auf größte Schwierigkeiten. Kann Büchners Werk überhaupt komponiert werden? Bergs Musik hat es nach meiner Emp-findung vergewaltigt. Und trotzdem wirkt es stark durch all die Komplizierthei-ten der Musik hindurch, wirkt meist stärker als die Musik, so daß man nie die Empfindung einer wahren Einheit von Musik und Dichtung hat. Wenn die Dichtung mit ihrer großen andersartigen Eigengewichtigkeit kein Skelett gibt, wo liegt das Zusammenhaltende für diese Musik? In den von Berg zugrunde ge-legten formalen Schemen alter Kunst ist es bestimmt nicht zu sehen. Während des Hörens suchte ich und fand eigent-lich nichts. Aber nach dem Hören hatte

ich das Empfinden einer Stimmungsein-heit, einer einheitlichen Grundhaltung, die wohl nicht musikalisch materiell greifbar, aber seelisch spürbar ist. Darin liegt dann wohl auch der Grund, daß diese Musik so wenig musikalisch ist; andererseits findet sie aber hier ihren Halt. Verständlich ist nun auch, daß die Wirkung für sie alles ist, die Wir-kung im Sinn der momentanen Impres-sion. Man braucht dieser Musik gegen-über kein Gedächtnis zu haben, jede Stelle hat selbständige Wirkung; nur die einheitliche Grundstimmung durchzieht das Ganze.

Alban Bergs Werk ist innerhalb seines Stils ein in jeder Beziehung bedeuten-des Kunstwerk. Allein die Fähigkeit die oben betonte Einheit zustande zu brin-gen ist eine große Tat, und im einzelnen sind ergreifende und schöne Momente vorhanden. Man bewundert das Werk, wenn man sich auch nicht verhehlt, daß die Beziehung zu ihm fast ganz histo-rischer Art ist. Man sieht ein großes Kunstwerk. Daß es einen Weg in die Zukunft weist, sieht man nicht.

Reformbestre-bungen

Im April 1923 legte der preußische Kultusminister dem Landtag eine Denk-schrift über die gesamte Musikpflege in Schule und Volk vor. Es unterliegt kei-nem Zweifel, daß im alten Preußen für die allgemeine Musikpflege schlecht ge-sorgt war; hatte doch bis zum November 1919 jede andere Kunst im Ministerium ihren Referenten, nur die Musik nicht. Schon seit dem Anfang unseres Jahrhun-derts etwa war deshalb in vielen Krei-sen empfunden worden, daß eine gründ-liche Reform notwendig war. Diese Er-kenntnis in besonderer Hinsicht auf den Wert der Musikpflege für das gesamte kulturelle Niveau des deutschen Volkes behandelt die oben erwähnte Denkschrift. Sie geht davon aus, daß zwar in man-cherlei Form überall musiziert, daß aber den breiten Schichten des Volks nir-gends eine einheitliche Grundlage durch Erziehung geboten wurde. So wird die große Kluft zwischen Musikalischen und Unmusikalischen immer größer, weil sich niemand bemüht in diesen eine Freude an der Musik zu erwecken. Und der unerzogen Musikalische verfällt oft ret-tungslos allen Gassenhauern, während die Freunde der ersten Musik mit den kulturell hochstehenden Musikern einen kleinen Verein im Volksganzen bilden. Die Denkschrift entwirft nun den Grund-riß einer Reform. Diese will vor allem den Musikunterricht in der Schule gänz-

lich umgestalten, dann Garantien festlegen, durch die der gesamte Privatunterricht in der Musik auf ein höheres Durchschnittsniveau gestellt wird, und schließlich die Pflege der Musik, wie sie in der Jugendbewegung, in Vereinen usw. ausgeübt wird, erleichtern und unterstützen.

In Verfolgung dieser Pläne wurde zuerst die Reform des Musikunterrichts in der Schule berücksichtigt. »Der Ausbau des Instituts für Kirchenmusik zu einer Akademie für Kirchen- und Schulmusik gab«, wie Leo Kestenberg (Privatunterricht in der Musik /Berlin, Weidmannsche Buchhandlung/) berichtet, »in Verbindung mit der Prüfungsordnung für das künstlerische Lehramt an Höheren Lehranstalten vom 22. Mai 1922 die Grundlage für den künstlerischen und pädagogischen Bildungsweg des Musiklehrerstandes in der Schule. Der Musiklehrer wurde dem wissenschaftlichen Fachlehrer gleichgestellt. Der Schulmusikerlaß und die neuen Lehrpläne für den Musikunterricht an Höheren Lehranstalten von 1925 geben den leitenden Gedanken Ausdruck, die das Erziehungswesen unserer Zeit erfüllen und bestimmen.« Das Wesentliche dieser Reformen ist die Umgestaltung des alten Gesangsunterrichts in einen Musikunterricht, und als Vorbedingung die Ausbildung der dazu geeigneten Musik- respektive Musiklehrer. Der alte Gesangsunterricht hatte mit Musik nicht viel zu tun, dem "Brummer" gestand man ohne weiteres das Recht zu Musik überhaupt verleugnen zu dürfen. Befreiung vom Musikunterricht ist heute nicht zulässig, aber der Schüler kann getrennte Zensuren über Singen und musikalische Kenntnisse erhalten. Der Hauptwert wird darauf gelegt, daß der Schüler etwas von der Musik erfährt: Er soll Noten lesen können, etwas von der Musiktheorie wissen, sein Gefühl für Rhythmus soll erweckt werden usw., und er soll die Schule nicht mit dem Gefühl verlassen, daß Musik ihn nichts angehe. Daher soll auch in all den anderen Fächern (Religion, Geschichte, Sprachen usw.) auf die kulturellen Zusammenhänge mit der Musik hingewiesen werden. Das Interesse und das Wissen um die Musik soll auf diese Weise in der ganzen heranwachsenden Jugend, in allen, nicht nur in dem, der singen kann, gefördert werden. »Nur eine Erziehung, die die Musik in das Volk trägt, kann den Boden fruchtbar machen zu einer umfassenden deutschen Musikpflege«, heißt es in der Denkschrift.

Im August 1924 veröffentlichte das Ministerium einen Erlaß zur Förderung des Chorgesangs. Dieser Erlaß beschäftigt sich mit der Fortbildung der Chorvereinsdirigenten, erörtert Erleichterungen und andere wichtige Fragen für Chorvereine. Von vielen Anregungen, die in der Denkschrift gerade dieses Gebiet behandeln, spricht er aber noch nicht. Des weiteren wird auch zu erwarten sein, welche Möglichkeiten das Ministerium findet, um zur Förderung der Instrumentalvereinigungen, zur Errichtung von Volksmusikschulen und vieler anderer Institutionen, die die weitblickende Denkschrift andeutet, Schritte tun zu können.

Der letzte, überaus wichtige Erlaß vom 2. Mai 1925 betrifft den Privatunterricht in der Musik. Nach einer Kabinettsorder vom Juni 1834 war die Ausübung des Privatunterrichts von der Erteilung eines Erlaubnisscheins abhängig gemacht worden; sowohl private Lehranstalten wie einzelne Lehrer sollten von der Schulbehörde beaufsichtigt werden. Diese alte Kabinettsorder ist in den letzten Jahrzehnten in den einzelnen Landesteilen verschieden behandelt, von einigen Behörden streng beachtet, von anderen völlig vernachlässigt worden, so daß seit langer Zeit von allen interessierten Kreisen eine einheitliche Lösung gefordert wurde. Die Reform auf diesem Gebiet wurde aber auch durch die in der Denkschrift ausgeführten Gesamtpläne des Ministeriums notwendig. Nachdem der Staat sich die Aufgabe gestellt hatte durch eine hochwertige Schulerziehung auf die gesamte Musikpflege einzuwirken, mußte er gewisse Garantien zu schaffen versuchen, daß diese Schulerziehung durch den privaten Unterricht nur gefördert werden konnte. Demnach hat »die Ordnung für den Privatunterricht in der Musik die Aufgabe die Unterrichtsuchenden vor Benachteiligung durch unzulänglichen oder schädlichen Unterricht zu bewahren, befähigte Lehrkräfte zu schützen und ungeeignete fernzuhalten«. Der Erlaß setzt die Genehmigungsbestimmungen für Musiklehranstalten (Konservatorien, Musikseminare, Musikschulen) und für Privatmusiklehrer fest, stellt eine Prüfungsordnung für Privatmusiklehrer auf und erläutert Richtlinien für die Tätigkeit der staatlichen Musikberater, die jedem Regierungsbezirk zugeteilt werden sollen. Eine Engherzigkeit kann in diesen Erlässen nirgends gefunden werden. Die Bestimmungen sind vorwiegend formaler Natur, und es wird wichtig sein, daß

bei der Ausführung ihr Geist recht verstanden wird, Demzufolge ist es auch wichtiger darauf zu achten, wie die Reform sich in der Praxis auswirken wird, als Kritik zu üben, die sich nur auf Meinung, nirgends auf Erfahrung stützen kann. Die Wachsamkeit darf diesen wichtigen Dingen gegenüber nie nachlassen, damit etwaige Mißstände sofort beseitigt werden können. Tatsache ist, daß besonders die einzelnen Bestimmungen des Erlasses über den Privatunterricht einen heftigen Meinungsstreit hervorgerufen haben, dessen Art teilweise sehr unsachlich erscheint. Dieser Erlaß ist aber nur ein Teil in dem großen Plan, den das Ministerium in seiner Denkschrift niedergelegt hat. Der Geist der Denkschrift ist das Wertvolle; in dessen Sinn sind die einzelnen Taten zu verstehen. Daß derartige Reformen nicht reibungslos durchzuführen sind, ist wohl klar; ihr wirklicher Wert kann sich aber erst mit der Zeit herausstellen. Das Ziel ist: unserm Volk ein einheitlicheres Niveau durch Erziehung zu schaffen. Wenn das auch nur zum Teil erreicht werden könnte, dann wird es auch wieder gemeinsames Fühlen und gemeinsames Urteil bekommen. Es stößt dann den Schund leichter ab, es erfaßt Kunstwerte als gemeinsamen Besitz, und vielleicht entsteht auch, ein wesentliches Moment, der Wunsch gute Musik der Gegenwart im eigenen Haus zu pflegen.

Totenliste

Am 17. August 1925 starb in Berlin der Komponist und Kapellmeister **Robert Erben**, 63 Jahre alt. Er ist in Prag, Hamburg, Stuttgart, Frankfurt und an einigen Berliner Opern- und Operettentheatern tätig gewesen und hat sich auch an der Herausgabe der Volksliedersammlung beteiligt. Seine Oper *Enoch Arden* wurde im Frankfurter Opernhaus und an einigen anderen Bühnen Deutschlands aufgeführt.

Am 15. September starb in Wien der Operettenkomponist **Leo Fall**, 51 Jahre alt. Fall überragte seine Kollegen erheblich an Können und wirklich musikalischem Einfall. Seine Melodik war nie trivial, die Orchesterbehandlung stets geschmackvoll, seine Musik besaß eine feine innere Heiterkeit.

In der 1. Hälfte des Dezembers starb in Paris im Alter von 82 Jahren **Eugène Gigout**, einer der bekanntesten französischen Organisten. Er war ein Schüler Saint-Saëns', Leiter einer Organistenschule und hat zahlreiche Werke für Kirche und Konzert komponiert.

Kurze Chronik Die Donaueschinger Kammermusikaufführungen zur Förderung zeitgenössischer

Tonkunst finden in diesem Jahr zum 6. Mal statt. Kammermusik, Chöre, Bühnenwerke mit Kammerorchester und auch Originalkompositionen für Militärmusik sollen berücksichtigt werden. $\diamond$ Der Berliner Ausschuß zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur und des Unwesens im Kino hielt eine Tagung zur Bekämpfung des *Gassenhauers* ab. Ob sich die Gassenhauerkomponisten mit einer Tagung zur Förderung ihrer Werke revanchieren, ist noch nicht bekannt. $\diamond$ Das ehemalige *Kölner Konservatorium*, das im Mai 1925 sein 75jähriges Bestehen feierte, wurde zu einer Staatlichen Hochschule erweitert. Leiter sind der Generalmusikdirektor Hermann Abendroth und der Komponist Walter Braunfels. Zu den neu berufenen Lehrkräften gehört auch **Eduard Erdmann**. $\diamond$ Die Deutsche Musikakademie in Prag soll in ihrer Existenz gefährdet sein, da die Unterstützung des tschechischen Staates bedeutend herabgesetzt wurde. Die Deutschen in Prag und Repräsentanten der Deutschen in den Provinzstädten haben beschlossen den fehlenden Betrag durch freiwillige Spenden aufzubringen. $\diamond$ In Paris wurde ein neues Unternehmen gegründet, das sich *Orchestre Philharmonique de Paris* nennt, und dessen Zweck es vornehmlich ist auswärtige Dirigenten und Solisten in großen Orchesterkonzerten in Paris einzuführen, damit auch einen Austausch der Dirigenten Frankreichs mit denen des Auslands, namentlich Deutschlands, in die Wege zu leiten. $\diamond$ In Eisenstadt, der neuen Hauptstadt des österreichischen Burgenlandes, in der Haydn einen großen Teil seines Lebens als fürstlich Esterhazy'scher Kapellmeister gewirkt hat, soll ein *Haydnedenkmal* errichtet werden. Als Standort ist der Platz vor der Eisenstädter Bergkirche in Aussicht genommen worden, in der sich die Grabstätte Haydns befindet. $\diamond$ In der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg *habilitierte* sich **Heinrich Beseler** mit einer Arbeit über die Motettenkomposition von Petrus de Cruce bis Philipp von Vitry /zirka 1250 bis zirka 1350/ für Musikwissenschaft.

Literatur

Im Verlag F. J. Marcjan in Köln erschien ein *Von neuer Musik* betitelt Buch, das Beiträge zur Erkenntnis der neuzeitlichen Tonkunst enthält. Einen großen Nachteil haben diese Bücher, in

denen verschiedene Autoren über sehr eng zusammenhängende Themen schreiben, stets; es fehlt meist der einheitliche Standpunkt, von dem aus betrachtet der Wert der Erscheinungen gegen einander abgewogen werden kann. Bei den systematischen Arbeiten tritt das nicht so stark hervor; sie stammen von ersten Forschern oder Künstlern, die Fragestellungen sind eng abgegrenzt und sehr interessant behandelt. Die historischen Arbeiten aber, die sich meist mit einzelnen Persönlichkeiten beschäftigen, sind von überzeugten Anhängern des einzelnen geschrieben; und da diese Persönlichkeiten nun wieder recht verschieden von einander sind, kommt man zu dem Schluß, daß unter neuer Musik recht viel Verschiedenes verstanden werden kann. Wesentlich wäre aber, daß die Resultate eines solchen Buches möglichst eindeutig wären; dann schiene der Versuch gerechtfertigt heute schon erkenntniskritisch sich der neuen Kunst gegenüberzustellen. Tatsächlich bleiben die Aufsätze zum Teil unter einander fremd, die umfangreiche Untersuchung mancher in ihrer Entwicklung noch nicht abgeschlossenen Erscheinung ist auch verfrüht, und trotz der Reichhaltigkeit berührt das Buch lange nicht alle wesentlichen Probleme. Vielleicht wäre es gut, wenn solch Sammelwerk öfter (etwa in Form eines Jahrbuchs) erschiene; man könnte dann wenigstens der Vielseitigkeit gerecht werden, die für den Willen zu neuer Musikkultur heute charakteristisch ist. In dem einen Buch ist trotz seinen hohen Einzelqualitäten das Fehlen eines festen einheitlichen Bodens ein Mangel; es verhindert die Erkenntnis der neuzeitlichen Tonkunst, indem es einige Einzelheiten klärt. Die Quantität kann in diesem Ausnahmefall helfen. Noch einige solcher Bücher von neuer Musik, und wir wissen etwas von ihr. Das von H. Grues, G. Kruttge und E. Thalheimer herausgegebene Werk, das Beiträge von Wilhelm Altmann, Ernst Bloch, Paul Collaer, Ewald Dülberg, Guido Gatti, Alois Haba, Charles Koechlin, Ernst Krenek, Hugo Leichtentritt, Boris de Schloezer, Arnold Schönberg, Erwin Stein, Otto Vrieslander, Adolf Weißmann, Egon Wellesz und Franz Willms enthält, ist auf alle Fälle sehr interessant und lesenswert. ◊ Von *Adolf Weißmann* sind 2 neue Bücher herausgekommen: *Die Musik der Sinne* / Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ und *Der Dirigent im 20. Jahrhundert* / Berlin, Propyläenverlag/. Das erstgenannte Werk ist eine Zusammenstellung von Weiß-

manns früher veröffentlichten Büchern *Der Virtuose*, *Die Primadonna* und *Der klingende Garten*. In gewissem Sinn ist *Der Dirigent* des 20. Jahrhunderts eine Ergänzung dazu. Das Vorwort dieses neuen Werkes beginnt: »Musik wird. Sie ist nicht. Sie lebt in der Ausführung.« Fügen wir hinzu: Sie wirkt auf Sinne, und ihr geistiger Gehalt wird durch Sinne vermittelt. Dann haben wir die Ausgangspunkte zu einem für Schöpfer und Hörer gleich wichtigen Problem. Innerhalb des Vorgangs, der den Interpreten zum Vermittler zwischen Schöpfer und Publikum macht, kann eine Verschiebung des Schwerpunkts eintreten, wenn sich der Interpret selbstherrlich zum Ausgangspunkt macht, wenn ihm das Werk des Schöpfers nur Mittel wird sich zu erhöhen, seine Fähigkeit glänzen zu lassen. Ohne den Wert der glänzenden Interpretation herabsetzen zu wollen, für jedes Werk ist sie bedeutungsvoll, aber immer von dem Gedanken ausgehend, daß das Werk der Zentralwert ist, dem der Interpret dienen sollte, setzt sich Weißmann mit den bedeutendsten Erscheinungen der reproduzierenden Künstler auseinander. Er berücksichtigt neben den psychischen vor allem auch die kulturellen Seiten, er schildert die historischen Entwicklungen, entwirft kurze charakteristische Schilderungen der Persönlichkeiten, und ohne gerade viel von der Grundfrage direkt zu sprechen, erläutert er das Problem der Interpretation mit tiefer Einsicht. Die scharfe analytische Betrachtung der äußeren Erscheinung wird dadurch wertvoll, daß sie den Sinn des Seins dieser Erscheinungen prüft. Für den Hörer, den Interpreten, aber auch für den Schöpfer sind beide Werke interessant. Sie sprechen von der Welt, in der die Kunst der Betriebsamkeit dienen muß, in der sie jedoch gleichzeitig intensivstes Leben empfangen kann. Besondere Probleme behandelt der *Klingende Garten*. Was beim virtuellen Interpreten Eigenwert ist, das Schöpferisch-Spielerische, das Sinnlich-Klangliche, kann auch Sinn eines Kunstwerks sein. Wenn ein Wunsch beim Leser offen bleibt, ist es der von diesen Dingen mehr zu erfahren. Würde uns das Ethos der Werke und Schöpfer nicht noch wichtiger sein als das der Interpreten? ◊ Die Handbüchersammlung des Verlags Max Hesse in Berlin brachte eine 2bändige Arbeit *Siegfried Ochs' Der deutsche Gesangverein*. Es sei hier besonders auf dies Buch hingewiesen, weil in ihm eine solche Fülle von Erfahrungen steckt,

daß jeder es ernsthaft lesen sollte, der ein Interesse für Chor und Chormusik hat. Der 1. Band behandelt den Aufbau und die Leitung eines Gesangsvereins, der 2. die Aufführungspraxis bei Schütz, Händel und Bach. Es gibt wenig Bücher, die so klar und einfach und doch so klug und reich sind. Theorien, mit denen wir uns auseinandersetzen müßten, finden wir kaum. Es ist das Buch eines Mannes, der uns wirklich etwas zu sagen hatte, darum konnte es so einfach sein. ◊ Schließlich sei hier noch auf die Sammlung *Musikalische Volksbücher* / Stuttgart, J. Engelhorn's Nachfolger/ hingewiesen, die schon manches enthielt, was weitere Verbreitung verdient. Von ihren beiden letzten Bänden kann man sagen, daß ihr Wert hauptsächlich in der Pietät liegt, mit der sie geschrieben sind. Es sind dies eine Biographie Hans von Bülow's, geschrieben von seiner 2. Gattin Marie, und die Erinnerungen Eugenie Schumann's, der Tochter Robert und Clara Schumann's. Beide Bände schildern uns vertraute Persönlichkeiten. Wir verlangen von ihnen keine strenge Objektivität, sondern wir freuen uns wertvolle Menschen im Ansehen ihrer nächsten Angehörigen kennen zu lernen. Hans von Bülow's Leben ist im einzelnen ein wenig zu breit geschildert. Eugenie Schumann's Buch liest sich frischer, ist abwechslungsreicher. Beide Werke sind gut geschrieben und haben interessante Abbildungen.

KULTUR

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

Berliner Stadtbaurat

Die Wahl des neuen Berliner Stadtbaurats, über die die neugewählte Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden hat, ist von wirtschaftlich-sozialer Bedeutung. Da die sozialistischen Parteien über die Mehrheit verfügen, wird ihnen damit eine große Verantwortung auferlegt. Es handelt sich dabei nicht allein darum den Wohnungsbau auf eine soziale Basis zu stellen sondern vor allem um den künftigen Ausbau Berlins. Der bisherige Stadtbaurat für Hochbau sah seine Hauptaufgabe in der Projektierung und Errichtung städtischer Neubauten und in der Erhaltung alter Bauwerke. Aber er nahm kaum Bezug zum Ganzen des Gemeinwesens und noch weniger zum Staat. Auch fand er keine Stellung zu den völlig umwälzenden Veränderungen, die Leben und Kunst erfahren. Heute sind die Aufgaben des Berliner Stadtbaurats von Grund aus

verändert. Zunächst: Berlin ist nach dem Krieg eine verwaltungstechnische Einheit geworden. Dadurch ergeben sich erweiterte Probleme sozialer, wirtschaftlicher und technischer Natur. Die Forderungen, die heute im Interesse der Bewohner zu stellen sind, werden den Stadtorganismus von Grund aus umgestalten. Aber die Aufgaben der Stadtwirtschaft sind auch mit den Aufgaben der Staats- und Weltwirtschaft verbunden. Dabei erweitert sich der Stadtorganismus über seine politischen Grenzen hinaus. So wird er zu einem Bestandteil der Landesplanung, des Staates. Wesentlich wird unter solchen Voraussetzungen die Leistungsaufgabe, die einer Stadt zufällt, sowohl ihre wirtschafts- wie ihre geistespolitische. Aus beiden ergibt sich ihr Bauprogramm. Berlin ist die Stadt der politischen Arbeit, der Forschung und des künstlerischen Schaffens. Berlin ist aber auch zugleich eine der größten Industriestädte. Außerdem ist jedes Unternehmen Deutschlands in Berlin vertreten. Es ist sowohl das geistige wie das wirtschaftliche Zentrum Deutschlands. In seinem Raum sind daher unterzubringen: die Stadt der geistigen Arbeit (Politik, Zeitungen, Bildungsstätten), die Stadt der Bureaus, Ausstellungs- und Verkaufsräume und Banken, die Industrieanlagen mit ihren Arbeitersiedelungen, die Siedelungen der übrigen Bewohner, die Komplexe der Versorgung und Betriebsführung. Diese Teile sind so zu ordnen, daß der günstigste Lebensablauf in ihnen und zwischen ihnen gesichert ist. Die Stadt ist nicht einfach größer zu machen sondern völlig umzugestalten. Bei solch planmäßiger Umorganisation ergibt sich auch die Lösung des bisher unlösbar scheinenden Verkehrsproblems. Denn der Verkehr kann nicht durch Häufung der Verkehrsmittel sondern nur durch ihre Unnötigmachung verbessert werden. In Deutschland sind für 6 Milliarden, in Berlin allein für rund 1½ Milliarden Wohnungsneubauten notwendig. Ein solches Objekt kann unmöglich dem Spekulantentum ausgeliefert werden. Man hat es bisher in Berlin im Interesse der Unternehmer vermieden den Wohnungsbau fabrikmäßig zu betreiben, das heißt die Baueinzelteile serienweise herzustellen und an der Baustelle zu montieren. Hierzu sind wissenschaftliche Untersuchungen nötig. Im Anschluß daran ist ein Materialprüfungsinstitut erforderlich, dem die Prüfung aller Neuerungen obliegt, das aber zugleich von sich aus die neuen Materialprobleme zu bearbeiten hat. Man

ging dem bisher aus dem Weg, obwohl bei konsequenter Durchführung dieser Forderungen die Wohnungen nicht nur erheblich verbessert sondern vor allem auch außerordentlich verbilligt würden. Der gesamte bisherige Wohnungsbau, soweit er überhaupt dem Proletariat zugute kam, kann eher als karitative denn als wirtschaftlich-politische Maßnahme bezeichnet werden, während der übrige Wohnungsbau vollkommen als Spekulation mit Unterstützung öffentlicher Mittel durchgeführt wurde.

Aus der Fülle dieser Probleme ergibt sich, daß die Stellung des neuen Berliner Stadtbaurats völlig anders geartet ist als sie bisher aufgefaßt wurde. Er muß die mannigfachen Voraussetzungen unserer Zeit begreifen, um aus ihnen heraus Zukünftiges zu schaffen. Er muß von einer Reihe von Mitarbeitern umgeben sein, die die Einzelgebiete beherrschen und die erforderliche Vorarbeit leisten. Er wird nicht mehr, wie bisher üblich, selbst bauen sondern das Bauen bestimmen. Nicht das einzelne Gebäude, die ganze Stadt wird sein Werk sein.

Bauherrschaft Mit dem Problem des Stadtbaurats hängt ein noch wesentliches Problem, das der Bauherrschaft, zusammen. Europa hat außer technischen und wirtschaftlichen Problemen noch tiefere Sorgen, Sorgen um eine neue Form des Lebens, vor allem um eine neue Form der politischen Gesellschaft. Hugo Häring, der diesen Gedanken in seinem Artikel Zur Problematik des Städtebaus, in den Sozialistischen Monatsheften (1925 Seite 554 und folgende) entwickelt hat, machte zu diesem Thema im Tagebuch vom 4. Juli 1925 diese bemerkenswerten Anmerkungen: »Man erwartet zu viel von einem Stadtbaurat, wenn man von ihm erwartet, daß er selbst diesen Plan einer höhern Ordnung aufstelle. Denn schon in Richtung eines solchen Planes zu handeln erfordert staatsmännischen Geist, politisches Denken bis zur schöpferischen Leistung. Solche Wesenheit ist selten anzutreffen bei einem Mann hoher bautechnischer Leistungen, selten auch bei einem Mann hoher baukünstlerischer Gestaltungskraft. Deshalb ist es wichtiger zuerst den Mann zu finden, dem man es zutrauen kann, daß er Wege auffinde, welche in Richtung einer werdenden Struktur verlaufen. Es ist wichtiger die verlorengegangene Bauherrschaft wieder aufzufinden und aufzurichten, welche die Bauaufgabe in einem höhern als nur technischen Verstande stellt. Es fehlen die Bau-

herren. Der Baurat ist kein Bauherr; der Baurat baut, was der Baurat will, das heißt, er denkt vom Fach aus. Eben das ist falsch. Eben das versperrt dem Bauen den Weg zu neuen Gestaltungen. Gewiß ist der Architekt heute ganz allgemein in die Notlage versetzt selbst die Probleme der Bauherrschaft aufzustellen, weil die Bauherren keine Bauherren mehr sind, weil sie außer dinglichen Ansprüchen keine geistigen Ansprüche mehr zu stellen haben. Woraus ja auch die Not der Baukunst stammt. Das ist in nur technischen Dingen, in der Industrie anders. Da ist eine Bauherrschaft einer klaren planbewußten Willensbildung, da ist auch das Bauen auf schöpferischen Wegen. Die Misere beginnt jedoch sofort, sobald man den Boden dieser Willensbildung verläßt, sobald man aus der Wirtschaft des Materiellen in das Reich des Geistigen übertritt. Hier ist nur Hilflosigkeit und Planlosigkeit mit all ihren Folgen. Was ist in unserm Sinne also ein Bauherr? Als Bauherr im weitesten Sinne sprechen wir jeden Geist an, der baut, das heißt der die Dinge nach einem bestimmten Plane ordnet. Der Wille zu bauen ist der Wille zu ordnen. Es ist der Wille sie zu einem neuen Ganzen so zu ordnen, daß dieses Neue eine individuelle Gestalt und eine Lebensfähigkeit habe wie etwa der menschliche Körper . . . Die besten schöpferischen Kräfte sind für die Aufgaben der Großstädte gerade gut genug. Diese Aufgaben sind zudem heute so mannigfaltig, daß sie von einem einzelnen Menschen gar nicht mehr bezwungen werden können. Die Städte sollen sich die Freiheit bewahren für die jeweiligen Großaufgaben die jeweils geeignetsten Männer verpflichten zu können, ohne Rücksicht auf vorhandene Ämter, und sollen darauf verzichten diese Männer immer gleich in ein Amt zu stecken. Kein Fachmann kann in einem Amt der Gefahr entgehen die Allüren eines Bauherrn anzunehmen, was immer zu einer Katastrophe führt. Solche Männer auszuwählen, sie mit bestimmten Aufgaben zu beauftragen, sich auch mit ihnen zu beraten, sie nach dem großen Plane eines bauenden Willens einzusetzen ist Sache einer Bauherrschaft.«

Messegelände Einem der vielen Zeitirrtümer zufolge muß nun auch Berlin, wie viele andere Städte, ein Messegelände mit kostspieligen Hallen haben, obwohl gerade Berlin dessen am allerwenigsten bedarf. Denn Berlin an sich ist die Messe-

stadt par excellence. Alles, was in Deutschland hergestellt wird, kann man in Berlin jederzeit auf engem Raum zusammensehen. Jedes Unternehmen Deutschlands ist in Berlin vertreten. Berlin ist das Bureau und die Dauerausstellung ganz Deutschlands, darin liegt seine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung. Daher muß es als eine Absurdität bezeichnet werden, wenn die Stadt Berlin einen Wettbewerb für die Bebauung des Messe- und Ausstellungsgeländes ausschreibt. Die Aufgabe ist vollkommen falsch gestellt. Denn die Messen als solche sind durchaus ein Rudiment aus einer verkehrstechnisch primitiven Zeit, sie entsprechen keineswegs mehr den heutigen Erfordernissen. Was aber notwendig wäre, ist der Ausbau der Innenstadt zu einer wirklichen Geschäftsstadt mit Verkaufs- und Ausstellungsgelegenheiten. Eine städtebauliche Notwendigkeit, die wohl durch prunkhafte Inszenierungen, wie es dieser Wettbewerb ist, verschleiert und zurückgedrängt, aber nicht aufgehoben werden kann; eine Aufgabe, die mit Notwendigkeit ihrer Lösung harret.

Von der gleichen Absurdität wie der Wettbewerb selbst ist auch das mit dem 1. Preis ausgezeichnete Projekt Heinrich Straumers. Außerlich wie der Gesamtgedanke dieses Wettbewerbs ist auch die "Inszenierung" dieses Entwurfs, der sich mit bewundernswerter Leichtfertigkeit über die Gegebenheiten des Geländes, das auf 500 Meter ein Gefälle von 10 Meter hat, hinwegsetzt, mit großen Achsen arbeitet, die bei näherem Zusehen sich als bloßes Phantom herausstellen, richtige Papierarbeit sind. Ein charakteristisches Beispiel dafür, wie heutzutage zur Bearbeitung lebenswichtiger Fragen die richtigen Männer ausgewählt werden. Da das Preisgericht eine ganze Reihe von Entwürfen mit dem selben Grundfehler durch Preise und Ankäufe ausgezeichnete, scheint es wohl selbst die Schwierigkeiten der Aufgabe verkannt und aus seiner Verlegenheit zu toten Symmetrisierungen, die immerhin etwas "hermachen", gegriffen zu haben. So kann der Oberbaurat Heiligenthal mit Recht an das Preisgericht die Frage stellen, ob es sich das Gelände überhaupt angesehen habe.

Berlin: Kunsthaus Der Glaspalast am Lehrter Bahnhof in Berlin erfüllt schon lange seinen Zweck nicht mehr. Auch liegt er völlig außerhalb der Verkehrszentren, die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet

haben. Ein Neubau, der auch modernen Bedürfnissen entspricht, ist nur noch eine Frage der Zeit. Notwendig ist ein Gebäude, das allen Erfordernissen Raum bietet, gleichzeitig aber auch durch Verbindung mit gewinnbringenden Anlagen: Vortragssaal, Versuchsbühne, Restaurant und Café, ökonomisch gesichert wird; denn durch Ausstellungen allein kann sich ein solches Gebäude nicht selbst erhalten. Die Frage des Kunsthauses wurde neuerdings insofern akut, als die Berliner Sezession einen engern Wettbewerb ausschrieb und nun die Errichtung eines Ausstellungshauses plant. Es wurden Otto Firle, Hugo Häring, Leo Nachtlicht, Harry Rosenthal, Georg Steinmetz und Heinrich Tessenow aufgefordert. Von diesen Arbeiten soll das Projekt Nachtlichts der Ausführung zugrunde gelegt werden. Das Haus soll auf dem Savignyplatz errichtet werden. Das Geld dazu wurde durch eine Lotterie aufgebracht. Da es sich um ein öffentliches Gelände und um durch die Öffentlichkeit aufgebrachte Mittel handelt, handelt es sich bei dem Gebäude ebenfalls um ein öffentliches Interesse. Es geht daher nicht an, daß die Sezession allein das Bauprogramm aufstellt und die Bauherrschaft übernimmt. Zum mindesten müssen alle anderen Künstlervereinigungen zur Bearbeitung des Bauprogramms hinzugezogen werden. Vor allem die Novembergruppe als die aktivste der Berliner Künstlervereinigungen. Dieses Bauprogramm muß sich mit der Frage des Glaspalasts am Lehrter Bahnhof auseinandersetzen. Erst dann kann zur Aufstellung eines den Notwendigkeiten entsprechenden Plans geschritten und auch die Platzfrage geklärt werden.

Ausgrabungen Bei Orizaba in *Mexico* ist mit der Ausgrabung einer Stadt, die viele Jahrhunderte verschüttet lag, begonnen worden. Bisher wurden 4 Pyramiden mit einem Flächenraum von rund 9 Quadratkilometer und eine Stadtmauer freigelegt. In den Pyramiden entdeckte man über 100 Kammern, in denen sich Skulpturen und besonders zahlreiche Gebrauchsgegenstände befanden. Ausgrabungen des Deutschen Instituts für ägyptische Altertumskunde zu Kairo bei der bekannten Stufenpyramide von Saqqâra hatten erstaunliche Ergebnisse. Besonders bemerkenswert ist die Freilegung einiger Gräber, die den Übergang aus der ältern Ziegelarchitektur und die ältesten Beispiele der Verwendung von Haustein in Ägypten darstellen.

In dem Villenvorort Konstantinopels, Kadiköj, dem alten *Chalkedon*, wurden kürzlich Teile einer großen antiken Wasserleitung freigelegt, deren Anschlußstücke und Röhren von hervorragender technischer Arbeit sind.

In *Anatolien* finden zahlreiche Grabungen der verschiedensten Nationen statt. Eine deutsche, von den Berliner Museen ausgesandte Expedition arbeitet in *Didyma*, je eine amerikanische am Kultepe bei *Kaisseri* und in *Kolophon*, eine kombinierte englisch-amerikanische am *Jalowatsch* bei *Antiochia* und eine tschechische in *Kyme*. Auch die türkische Museumsverwaltung will einiges bei *Angora* freilegen lassen.

In *Bajal* bei *Neapel* sind im Meer einige Reste einer römischen Villa gefunden worden. Die zutage geförderten Gegenstände bestehen vor allem aus interessanten Architekturfragmenten, die neuerdings in das Museum von *Neapel* gekommen sind. Im Komitat *Veszprem* in *Ungarn* wurde auf einem Gut ein großes römisches Mosaik im Umfang von 60 Quadratmeter in gutem Zustand freigelegt.

Totenliste Im Alter von 65 Jahren starb Anfang Januar 1925 der Ingenieur *François Schüle* in *Zürich*. Er lehrte am Eidgenössischen Polytechnikum *Baumechanik* und *Technologie für Baumaterialien*. Er war auch Direktor der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt.

Am 23. April starb *Heinrich Müller-Breslau*. Er war einer der erfolgreichsten Forscher auf dem Gebiet der *Statik* und hat diese Wissenschaft durch die Ausbildung übersichtlicher, allgemein anwendbarer Rechnungsverfahren wesentlich bereichert. In allen Zweigen der Baukonstruktionslehre hat er erfolgreich als Forscher und Praktiker gearbeitet. Er wurde am 13. Mai 1851 in *Breslau* geboren, besuchte die *Berliner Gewerbeschule* und *Universität*, worauf er als *Zivilingenieur* in *Berlin* tätig war und mit der *Praxis* in enge Fühlung kam. 1883 wurde er an die *Technische Hochschule Hannover* berufen, 1888 übernahm er das Lehrgebiet der *Statik*, der *Baukonstruktion* und des *Brückenbaus* für Ingenieure an der *Berliner Technischen Hochschule*. 1889 nahm ihn die *Akademie des Bauwesens* als ordentliches Mitglied auf. Außer zahlreichen Ingenieurbauten schuf er eine Anzahl Brücken, so die *Halenseer Eisenbahnbrücke* und die *Eisenbahnbrücke über die Wolga bei Kasan*. Auch die *Ingenieurkonstruktionen* des *Berliner Doms* sind von ihm.

Seine Haupttätigkeit fällt leider in eine Zeit, die die Schönheiten des Ingenieurbaus nicht zu würdigen verstand und die gewaltigen Eisenkonstruktionen mit dekorativen Stilattrappen glaubte verkleiden zu müssen. Besondere Beachtung erlangten seine Werke *Theorie und Berechnung eiserner Bogenbrücken* und *Graphische Statik der Baukonstruktionen*. Es sind grundlegende Werke.

Kurze Chronik Der Architekt *Max Landsberg* schlägt in der *Vossischen Zeitung* vom 25. Dezember 1925 in einem Aufsatz *Der Platz der Republik vor den Platz vor dem Brandenburger Tor* in *Berlin* nach einer neuen, auf das Reichstagsgebäude bezogenen Achse zu verändern, in die gleichfalls die *Friedrich Ebert-Straße* geführt werden soll. Es kann darin im wesentlichen nur eine dekorative Angelegenheit erblickt werden, und es sei auf den Vorschlag verwiesen, den *Martin Mächler* vor Jahren machte, und nach dem gleichfalls durch eine Querachse das heute isoliert liegende Reichstagsgebäude in den *Planorganismus Berlins* einbezogen wird; nur mit dem Unterschied, daß es sich bei *Mächler* nicht um eine dekorative sondern um eine städtebaulich-verkehrstechnische Angelegenheit handelt. $\diamond$ Die *Städtische Kunsthalle* in *Mannheim* veranstaltete eine umfassende *Architekturausstellung Typen neuer Baukunst*, die auch in *Wiesbaden* gezeigt wurde und ebenfalls nach anderen Städten wandern soll. $\diamond$ Der *Deutsche Automobilhändlerverband* veranstaltete im Rahmen der *Deutschen Automobilausstellung* in *Berlin* eine *Ausstellung von Garagenbauten*, die in der *Funkhalle* untergebracht war. Neben Projekten zu neuen *Garagenbauten* war ein umfassendes Material von *Photographien* und *Zeichnungen* vorhandener *Garagen* ausgestellt; daneben auch verschiedene *Konstruktionen* und *Gegenstände* für die *Einrichtung der Garagen*.

Literatur Der Verlag *Albert Langen* in *München* hat sich durch die Übernahme der von *Walter Gropius* und *Ladislav Moholy-Nagy* herausgegebenen *Bauhausbücher* ein großes Verdienst um die neuere Kunstbewegung erworben. Diese Bände, von denen die ersten 8 erschienen sind, behandeln künstlerische, technische und wissenschaftliche Fragen, wollen durch ihre Problemstellung klärend auf die heutigen Gestaltungskomplexe einwirken. Der 1. Band, *Internationale Architekten*

von Walter Gropius, ist ein Bilderbuch moderner Baukunst, das den gemeinsamen Willen aufzeigt die Bauten aus ihrem innern Gesetz heraus zu gestalten. Der 2. Band, Paul Klees Pädagogisches Skizzenbuch, vermittelt die theoretischen Grundlagen seiner Unterrichtsmethode am Bauhaus. Ein wichtiger Beitrag zur Kunstpädagogik. Der 3. Band ist dem Versuchshaus des Bauhauses gewidmet, das zur Bauhausausstellung 1923 in Weimar erbaut wurde. Zahlreiche Photographien und Detailangaben suchen diesen Bauorganismus anschaulich zu machen. Der 4. Band, Die Bühne im Bauhaus, zeigt instruktiv die Möglichkeiten einer neuen Bühnenkunst, eines wirklich künstlerischen Theaters. Im 5. Band, Neue Gestaltung, entwickelt Piet Mondrian, der Begründer des Neoplastizismus, Grundsätzliches über alle Arten der Gestaltungsgebiete. In den Grundbegriffen der neuen Gestaltungskunst, die als 6. Band erschienen, versucht Theo van Doesburg die allgemeinverständlichen elementaren Grundbegriffe der bildenden Kunst aufzustellen. Der 7. Band, Neue Arbeiten der Bauhauswerkstätten, gilt einem Überblick über die systematische Arbeitsleistung der Bauhauswerkstätten. Der 8. Band, Malerei, Photographie, Film von L. Moholy-Nagy, ist eine Apologie der Photographie, deren Gestaltungsmöglichkeiten und Ausdrucksfähigkeiten erkannt und durch zahlreiche Illustrationen dem Beschauer übermittelt werden. $\diamond$ Das Buch *Lewis Mumfords Vom Blockhaus zum Wolkenkratzer*, eine Studie über die amerikanische Architektur und Zivilisation, das Margarete Mauthner ins Deutsche übersetzte (Berlin, Bruno Cassirer/), ist ein Versuch den Weg aufzuzeigen, den sowohl Architektur wie Zivilisation in Amerika zurückgelegt haben. Sowohl Architektur wie Zivilisation; denn beide sind eng miteinander verbunden. Durch diese Verknüpfung bekommt das Buch einen anschaulichen und lebendigen Charakter, besonders durch die Art, wie die treibenden Kräfte der Entwicklung aufgezeigt werden. So ist es Geschichte und Kritik zugleich. Es gibt kein ähnliches Buch über die architektonische Entwicklung in Europa seit der Renaissance, das in so eindeutiger Weise die Kräfte enthüllt, die fördernd und hemmend die Entwicklung beeinflusst haben. Das Bild, das Mumford von der Weltstadtfassade entrollt, zeigt die Auswirkungen des Kapitalismus in Architektur und Städtebau. Er charakterisiert diese

Architektur als eine Architektur der Entschädigung, die dem Volk prahlreiche Steine reicht, es aber des täglichen Brotes, des Sonnenlichts und all der Gottesgaben beraubt, die den Menschen vor Erniedrigung bewahren. Nicht völlig einverstanden kann man mit dem sein, was Mumford über die Maschine sagt. Die Maschine ist nur ein vollkommeneres Werkzeug, ein Mittel in der Hand des Menschen die Materie zu beherrschen. Daß die Maschine wie jedes andere Mittel mißbraucht werden kann, sagt nichts gegen sie sondern nur gegen die Mißbraucher aus. In diesem Fall gegen den Kapitalismus mit seinem Raubbausystem, dem es nur um Rentabilität und Gewinn, nicht aber um den Menschen geht. In einer sozial geordneten Gesellschaft, wo die Produktion der Notwendigkeit des zu Schaffenden, nicht dem Profitstreben entspricht, werden die Maschinenprodukte, genau wie die Handwerksprodukte einer früheren Epoche, ihren singemäßen formalen Ausdruck finden. Auch das Gebäude als Maschinenprodukt wie die ganze Stadt. Dem Buch ist eine Auswahl typischer Beispiele amerikanischer Architektur beigelegt. $\diamond$ Eine vorzügliche, mit 300 Lichtbildern ausgestattete Publikation *Palästina* (München, Meyer & Jessen) führt mitten in ein Land, das ungeheuer erinnerungsreich und jetzt in vieler Beziehung aktuell ist. Mehr als alle weit-schweifigen Untersuchungen zeigt das Bildmaterial jenen vielen Völkern und Rassen heiligen Küstenstreifen, dessen alter Boden jetzt durch die zionistische Kolonisation neu gestaltet werden soll. Viele Kunststätten sehen wir, oft geprägt durch das wechselreiche Bild alter und neuer Architektur. Die neuen Bauten sind in der Mehrzahl, zumal die offiziellen, allerdings nicht frei von jener auch bei uns herrschenden fatalen Prunksucht, die auch nicht gewinnt, wenn man landesübliche Stile imitiert. Nur in einigen Zweckbauten und in den Behausungen der neuen Kolonisten zeigt sich ein natürlicherer, erfreulicher Formwille, der zu bejahren ist. In der objektiven Darstellung aller Gegebenheiten liegt der besondere Charakter dieses Werkes, das von Georg Landauer herausgegeben ist, und in dessen Einleitung Sven Hedin die geographischen, geologischen und historischen Fakta in schöner Weise zusammenstellt. $\diamond$ Im Verlag Anton Schroll & Co. in Wien hat Heinrich Schwarz ein Buch über *Salzburg und das Salzkammergut* erscheinen lassen, das in 100 Bildern des 19. Jahrhunderts den un-

vergleichlichen Reichtum der Stadt und Feste Salzburg sowie die malerischen Schönheiten des Salzkammerguts zeigt. **◊** In einem *Almanach* für 1926 gibt der gleiche Verlag in sein Wirken und Wollen Einblick, das sich hauptsächlich der Architektur, dem Kunstgewerbe, der Kunst und Kunsttheorie zuwendet. Der *Almanach* enthält eine Fülle interessanter Beiträge der Autoren des Verlags.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Werkstudenten und Arbeiter

Daß der Student sich seinen Lebensunterhalt durch praktische Arbeit verdienen mußte, erlebten wir in Deutschland in bemerkenswertem Umfang erst nach dem Krieg. Die Zahl der Werkstudenten stieg von Jahr zu Jahr und erreichte im Inflationsjahr 1923 ihren Höhepunkt. Damals verdienten sich mehr als 50 % der deutschen Studenten in den Ferien und teilweise auch während des Semesters ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit. Heute ist die Zahl wieder erheblich zurückgegangen. Immerhin kann man sagen, daß der größere Teil einer Studentengeneration die Welt der Handarbeit am eigenen Leib kennengelernt hat und damit um Erfahrungen bereichert worden ist, die den Studentengenerationen vorher nicht zuteil geworden sind. Was bedeutet diese Tatsache für unsere soziale Zukunft?

Einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage will eine Schrift des Vorsitzenden der Heidelberger Studentenhilfe *Johannes Hermann Mitgau* *Erlebnisse und Erfahrungen Heidelberger Werkstudenten / Heidelberg, J. Hörning/* liefern. In diesem Buch sind 22 kürzere und längere Berichte von Studenten vereinigt, die längere Zeit in industriellen, landwirtschaftlichen und anderen Betrieben gearbeitet haben: vom Kohlenhauer bis zum Zeitungverkäufer, vom Erntearbeiter und von der Zigarettenarbeiterin bis zum wandernden Komödianten. In der Form wechselt die Aufzählung nüchterner Tatsachen, die in ihrem Kontrast zu dem üblichen Studentenleben teilweise grotesk wirkt, mit eingehenden Betrachtungen über Studententum und Handarbeit, über Arbeits- und soziale Verhältnisse.

Als Ergebnis der Lektüre der Schrift drängt sich zweierlei auf: Was die jungen Menschen, von einigen wenigen abgesehen, die durch besondere Umstände ihre Arbeit als eine Art fröhliches Ferienabenteuer ansehen konnten, tatsäch-

lich erlebt haben, ist das *Arbeitsschicksal* in der Entseeltheit unserer Epoche. Aber zum Nacherleben des *Arbeiterschicksals* sind nur ganz wenige der Werkstudenten vorgedrungen; *Arbeiterschicksal*, genommen als Gesamtheit der Lebensumstände des Lohnarbeiters der Gegenwart. Dazu gehört eben doch mehr als für einige Monate, höchstensfalls für wenige Jahre Arbeiter sein: Der eigentliche Arbeiter ist von Geburt an der Welt dieses Arbeitsschicksals unentrinnbar eingegliedert, es gestaltet von früh an seinen ganzen Typ, seine Lebensweise, seinen Charakter, seine Anschauungen, seine Ziele, Interessen und Gewohnheiten. Dieser besondern Welt stehen doch die weitaus meisten der in der Sammlung vertretenen Werkstudenten mehr oder weniger verständnislos gegenüber. Gewiß heißt es hier und da, man habe die Ansichten und Auffassungen der Arbeiterschaft verstehen gelernt, wenn man sie auch nicht teile. Der Herausgeber sagt im Vorwort: »Der Weg des Reichen zum Armen führt über ein gleiches Schicksal, nicht aber über die schwankende Brücke sozialen Mitgefühls.« Diese Hoffnung wird aber durch die meisten Berichte nicht bestätigt, obgleich ihr geistiges Niveau durchaus dafür spricht, daß ihre Verfasser sich über soziale Fragen ein Urteil zu bilden suchen. Der Student hat sich nicht davon überzeugt, daß das Arbeitsschicksal notwendig seine Überwindung durch eine bessere soziale Ordnung erheische, sondern er war überwiegend besorgt seinen Abstand zu dem Weg zu betonen, auf dem die Arbeiter diese Neuordnung herbeizuführen trachten. Immer wieder heißt es: »Ich hielt mit meinen politischen Ansichten usw. zurück, weil die Arbeiter sich doch nicht überzeugen ließen.« Und ähnliches.

Wenn also die 22 Berichte einen Schluß zulassen, so ist es dieser: Die akademische Generation, die durch das Werkstudententum gegangen ist, wird dem praktischen Wirtschaftsleben und insbesondere der Welt des Handarbeiters nicht mit der Weltfremdheit und Verständnislosigkeit gegenüberstehen wie manche frühere; aber wirkliche Mitkämpfer für die sozialistische Bewegung wird auch sie nur wenige liefern. Noch herrschen an unseren Universitäten die alten gesellschaftlichen Vorurteile und der Geist einer rückgewandten Romantik vor. Die Erneuerung unseres gesellschaftlichen und geistigen Lebens wird kommen. Ob aber aus dem deutschen Studententum?

Helmut Tormala